



Landtag von Baden-Württemberg

87. Sitzung

15. Wahlperiode

Stuttgart, Donnerstag, 19. Dezember 2013 • Kunstgebäude

Beginn: 9:33 Uhr

Mittagspause: 12:35 bis 14:00 Uhr

Schluss: 15:44 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	5209	b) Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und anderer Gesetze – Drucksache 15/4353	
Würdigung und Verabschiedung des Abg. Dr. Dietrich Birk	5209	Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/4444	
Würdigung und Verabschiedung des Abg. Alfred Winkler	5209	c) Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft vom 4. Dezember 2013 – Mittelfristige Finanzplanung für die Jahre 2013 bis 2017 – Drucksachen 15/4412, 15/4442	
Begrüßung einer Delegation der Kantonsregierung und des Großen Rats des Kantons Schaffhausen unter Leitung von Herrn Regierungsrat Dr. Reto Dubach, des Kantonsratspräsidenten, Herrn Richard Bühler, und Mitgliedern der Ständigen Kommission für grenzüberschreitende Zusammenarbeit sowie der Generalkonsulin in Stuttgart, Frau Irene Flückiger Sutter	5225	d) Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 4. Dezember 2013 – Finanzplan des Landes Baden-Württemberg gem. § 18 Absatz 10 Landeshaushaltsordnung für die Jahre 2013 bis 2020 (Stand: November 2013) einschließlich der verbindlichen Orientierungspläne für die Haushaltsjahre 2015 und 2016 – Drucksachen 15/4413, 15/4443	5223
1. a) Aktuelle Debatte – Alkoholmissbrauch auf öffentlichen Plätzen – beantragt von der Fraktion der CDU		Abg. Klaus Herrmann CDU	5223
b) Aktuelle Debatte – Das Konzept „Lebenswerter öffentlicher Raum für alle Bürgerinnen und Bürger“ – eine Chance für die Kommunen – beantragt von der Fraktion GRÜNE	5210	Abg. Muhterem Aras GRÜNE	5225
Abg. Thomas Blenke CDU	5210, 5220	Abg. Klaus Maier SPD	5229
Abg. Josef Frey GRÜNE	5212, 5221	Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP	5231
Abg. Claus Schmiedel SPD	5214, 5222	Minister Dr. Nils Schmid	5234
Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP	5217, 5222	Abg. Dr. Dietrich Birk CDU	5237
Minister Reinhold Gall	5218	Beschluss	5237
2. a) Zweite und Dritte Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung eines Zweiten Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2014 – Drucksache 15/4411		3. Fragestunde – Drucksache 15/4426	
Beschlussempfehlungen und Berichte des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksachen 15/4440, 15/4441		3.1 Mündliche Anfrage des Abg. Paul Locherer CDU – Wie bringt die Landesregierung das Schulfruchtprogramm voran?	5243
		Abg. Paul Locherer CDU	5243
		Minister Alexander Bonde	5243

<p>3.2 Mündliche Anfrage des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Lösungsansätze zur Vermeidung eines Verkehrschaos bei der geplanten Vollsperrung im Rahmen der Baumaßnahme B 19 in Untermünkheim, Landkreis Schwäbisch Hall 5243</p> <p>Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 5243, 5245 Staatssekretärin Dr. Gisela Splett 5244, 5245 Abg. Nikolaos Sakellariou SPD 5245 Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU 5245</p> <p>3.3 Mündliche Anfrage des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Unterrichtsversorgung und Stundenausfall an den Schulen der Landkreise Schwäbisch Hall, Hohenlohekreis und Main-Tauber-Kreis 5246</p> <p>Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 5246, 5247 Minister Andreas Stoch 5246, 5247 Abg. Nikolaos Sakellariou SPD 5247</p> <p>3.4 Mündliche Anfrage des Abg. Thomas Blenke CDU – Fortführung des Einstellungskorridors bei der Polizei 5247</p> <p>Abg. Thomas Blenke CDU 5247 Minister Reinhold Gall 5247</p> <p>3.5 Mündliche Anfrage des Abg. Werner Raab CDU – Finanzneutrale Ausstattung des Freiwilligen Polizeidienstes mit blauen Uniformen 5248</p> <p>Abg. Werner Raab CDU 5248, 5249 Minister Reinhold Gall 5248, 5249 Abg. Thomas Blenke CDU 5249 Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU 5249</p> <p>3.6 Mündliche Anfrage des Abg. Matthias Präfrock CDU – Außenbewirtschaftung während der Fußballweltmeisterschaft 2014 5250</p> <p>Abg. Matthias Präfrock CDU 5250 Minister Reinhold Gall 5250, 5251 Abg. Wilhelm Halder GRÜNE 5251 Abg. Volker Schebesta CDU 5251 Minister Reinhold Gall (zu Protokoll) 5251</p> <p>4. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Neuordnung der Flüchtlingsaufnahme, über die Erstattung von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und zur Änderung sonstiger Vorschriften – Drucksache 15/4352</p> <p>Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Integration – Drucksache 15/4453 5252</p> <p>Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU 5252 Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE 5253 Abg. Rosa Grünstein SPD 5254 Abg. Andreas Glück FDP/DVP 5255 Ministerin Bilkay Öney 5256</p> <p>Beschluss 5258</p> <p>5. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Polizeige-</p>	<p>setzes und des Landesverfassungsschutzgesetzes – Drucksache 15/4421 5259</p> <p>Minister Reinhold Gall 5259 Abg. Günther-Martin Pauli CDU 5260 Abg. Alexander Salomon GRÜNE 5260 Abg. Nikolaos Sakellariou SPD 5261 Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP 5261 Beschluss 5261</p> <p>6. Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu dem Schreiben des Staatsgerichtshofs vom 28. November 2013, Az.: 1 VB 115/13 – Verfassungsbeschwerde gegen das Landesglücksspielgesetz – Drucksache 15/4486</p> <p>7. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 28. September 2013 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2012 des Rechnungshofs zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg – Beitrag Nr. 12: Wirtschaftlichkeit von ÖPP-Projekten im kommunalen Bereich – Drucksachen 15/4094, 15/4414</p> <p>8. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 28. November 2012 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2011 des Rechnungshofs zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg – Beitrag Nr. 26: Verwendung der Studiengebühren an den Pädagogischen Hochschulen des Landes – Drucksachen 15/2767, 15/4415</p> <p>9. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung des Rechnungshofs vom 14. November 2013 – Ergebnisbericht 2013 – Drucksachen 15/4300, 15/4418</p> <p>10. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu dem Antrag des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft vom 25. November 2013 – Freiburg, Bestellung eines Erbbaurechts zugunsten der Fraunhofer-Gesellschaft – Drucksachen 15/4389, 15/4420 5261</p> <p>Gemeinsamer Beschluss zu den Tagesordnungspunkten 6 bis 10 5262</p> <p>11. Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 15/4462, 15/4463, 15/4464, 15/4465 5262</p> <p>Beschluss 5262</p> <p>12. Beschlussempfehlungen und Berichte der Ausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksache 15/4379 5262</p> <p>Beschluss 5262</p> <p>Nächste Sitzung 5262</p>
--	---

Protokoll

über die 87. Sitzung vom 19. Dezember 2013

Beginn: 9:33 Uhr

Präsident Guido Wolf: Meine Damen und Herren! Ich darf Sie bitten, Ihre Plätze einzunehmen. Ich eröffne die 87. Sitzung des 15. Landtags von Baden-Württemberg.

Urlaub für heute habe ich Frau Kollegin Elke Brunner und Frau Kollegin Sabine Kurtz erteilt.

Krankgemeldet sind die Herren Kollegen Karl-Wolfgang Jägel, Helmut Walter Rüeck und Georg Wacker.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt haben sich Herr Ministerpräsident Kretschmann, Herr Minister Friedrich und Herr Minister Untersteller.

Meine Damen und Herren, im **E i n g a n g** befindet sich der Antrag des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft vom 9. Dezember 2013 – Haushaltsrechnung des Landes Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2012. Er ist Ihnen als Drucksache 15/4513 zugegangen. Ich schlage vor, diesen Antrag an den Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft zu überweisen. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, dies ist nicht nur die letzte Plenarsitzung in diesem Jahr und vor Weihnachten, sondern es ist für zwei Kollegen aus unseren Reihen auch die letzte Plenarsitzung nach einem langen und erfüllten beruflichen Leben hier im Landtag von Baden-Württemberg. Deswegen möchte ich an dieser Stelle diese beiden Kollegen aus unseren Reihen verabschieden.

Ich richte mich zunächst an den Kollegen, der meiner Fraktion angehört, nämlich an Sie, lieber Dr. Dietrich Birk. Herr Dr. Birk hat mir mit Schreiben vom 19. November 2013 mitgeteilt, dass er sein Landtagsmandat mit Ablauf des 31. Dezember 2013 niederlegen wird.

Herr Kollege Dr. Birk gehört dem Landtag seit dem 15. April 1996 an. Er wirkte in den vergangenen Legislaturperioden in vielerlei Funktionen und in vielen Ausschüssen unseres Landtags mit.

In der 12. Wahlperiode gehörte er dem Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst, dem Petitionsausschuss und dem Ausschuss für Umwelt und Verkehr an. Außerdem war er Vorsitzender des Parlamentarischen Beirats des Finanzausschusses „Neue Steuerungsinstrumente in der Landesverwaltung“. Die Bandbreite seiner politischen Funktionen schon von Anfang an zeigt, wie vielseitig und wie sehr er sich in vielen Themenfeldern engagiert.

In der 13. Wahlperiode arbeitete er engagiert im Finanzausschuss und im Wirtschaftsausschuss mit, was in seiner beruf-

lichen Laufbahn – wenn ich mir diese Bemerkung erlauben darf – zu seinem besonderen Profil geworden ist. Er hat die Bereiche Finanz- und Wirtschaftspolitik weiterentwickelt.

Der Bereich Wissenschaft und Forschung hatte für ihn in der 14. Wahlperiode eine ganz entscheidende Rolle gespielt, indem Herr Kollege Dr. Dietrich Birk in dieser Wahlperiode politischer Staatssekretär im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst wurde.

In der 15. Wahlperiode ist er diesem Politikfeld treu geblieben. Er war erneut in dem Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst als maßgebliches Mitglied an der Entwicklung dieser Politikfelder beteiligt.

Mit Herrn Kollegen Dr. Birk verliert der Landtag von Baden-Württemberg einen Kollegen und Abgeordneten, der sich mit enormem Engagement und Sachverstand sowohl in seinem Wahlkreis als auch hier im Landtag für die Interessen der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes Baden-Württemberg eingesetzt und insbesondere in der Finanz-, Wirtschafts- und Wissenschaftspolitik, aber auch in der Kunstszene dieses Landes hohes Ansehen erworben hat.

Er war ein sehr pointierter Redner. Er hat die Probleme auf den Punkt gebracht. Er war gelegentlich sehr zugespitzt in seiner Argumentation, aber ein Politiker mit Herzblut, mit Leidenschaft, dem dieses politische Mandat ein Stück Herzensanliegen gewesen ist.

Ich danke Ihnen, lieber Herr Kollege Dr. Birk, herzlich für Ihre langjährige Tätigkeit als Abgeordneter und wünsche Ihnen für Ihre neue berufliche Herausforderung in der Wirtschaft alles erdenklich Gute. Meine und unsere guten Wünsche begleiten Sie natürlich nicht nur beruflich, sondern auch privat. Wir wünschen uns, dass diese in vielen Jahren gewachsene Verbundenheit uns in die neue Form der Zusammenarbeit tragen wird.

Lieber Kollege Dr. Dietrich Birk, herzlichen Dank für Ihr Wirken. Danke für die Freundschaft und die Verbundenheit mit den Kolleginnen und Kollegen im Landtag von Baden-Württemberg.

(Anhaltender Beifall bei allen Fraktionen)

Meine Damen und Herren, es gilt einen weiteren Abgeordneten zu verabschieden. Er hat gestern noch seine letzte Rede an diesem Pult hier im Hause gehalten. Er hat mir mitgeteilt, dass er mit Ablauf des 6. Januar 2014 aus dem Landtag ausscheiden möchte. Ich rede von unserem Kollegen aus der SPD-Fraktion; ich rede von Ihnen, lieber Alfred Winkler.

(Präsident Guido Wolf)

Kollege Winkler gehört dem Landtag seit dem 14. August 2002 an und wirkte in den vergangenen Legislaturperioden vor allem im Landwirtschaftsausschuss mit großem Sachverstand, aber auch mit einem ausgeprägten Realitätssinn mit und hat in diesen Bereich sehr viel Herzblut eingebracht.

In der 13. Wahlperiode brachte er sich außerdem im Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst und in der 14. Wahlperiode im Europaausschuss ein. In der Wahrnehmung seines Mandats wurde immer auch erkennbar, dass der Einsatz für den ländlichen Raum nichts Gegensätzliches zum Einsatz für Europa oder für den Bereich der Wissenschaft bedeuten muss. Er hat die Brücke zwischen diesen Bereichen in dem, wie er sein Mandat begriffen hat, hervorragend gebaut.

Er war auch stellvertretendes Mitglied im Sonderausschuss „Winnenden“.

In der 15. Wahlperiode war er neben seiner Tätigkeit im Landwirtschaftsausschuss stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft und setzte auch in der Umweltpolitik Akzente.

Mit dem Kollegen Winkler verlässt ein Abgeordneter diese parlamentarische Bühne, der sich stets für die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger, vor allem aber für die Belange des ländlichen Raums eingesetzt hat.

Lieber Kollege Winkler, auch an dieser Stelle erlaube ich mir die Bemerkung, dass Sie eine angenehme Erscheinung waren, wenn es darum ging, über Fraktionsgrenzen hinweg Brücken zu bauen und an der Sache orientiert zu debattieren. Wir haben in Ihnen einen geschätzten, fairen und sachkundigen Kollegen, den wir ungern verlieren.

Wir möchten Ihnen herzlich danken für Ihr langjähriges Wirken als Abgeordneter. Wir wünschen Ihnen beruflich und privat alles Gute, vor allem aber Gesundheit. Wir wünschen uns, dass die Verbundenheit zu den Mitgliedern dieses Gremiums erhalten bleibt. Auch Ihnen ein herzliches Dankeschön.

(Anhaltender Beifall bei allen Fraktionen)

Meine Damen und Herren, zur Tagesordnung. Unter Punkt 2 a der Tagesordnung ist die Zweite und Dritte Beratung des Gesetzentwurfs über die Feststellung eines Zweiten Nachtrags zum Staatshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014 vorgesehen. Sie sind gemäß § 50 Satz 2 unserer Geschäftsordnung mit dieser Fristverkürzung zwischen Zweiter und Dritter Beratung des Gesetzentwurfs einverstanden. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Wir treten nun in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

a) Aktuelle Debatte – Alkoholmissbrauch auf öffentlichen Plätzen – beantragt von der Fraktion der CDU

b) Aktuelle Debatte – Das Konzept „Lebenswerter öffentlicher Raum für alle Bürgerinnen und Bürger“ – eine Chance für die Kommunen – beantragt von der Fraktion GRÜNE

Die Fraktion der CDU und die Fraktion GRÜNE haben vereinbart, die beiden Aktuellen Debatten miteinander zu verbin-

den. Die antragstellenden Fraktionen sind übereingekommen, eine Gesamtrededzeit von 60 Minuten festzulegen. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen gilt eine Redezeit von zehn Minuten. Für die Redner in der zweiten Runde gilt jeweils eine Redezeit von fünf Minuten. Die Landesregierung wird gebeten, sich an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

Mit Blick auf § 60 Absatz 4 der Geschäftsordnung darf ich Sie bitten, die Aussprache in der Aktuellen Debatte in freier Rede zu halten.

Das Wort erteile ich für die CDU-Fraktion dem Kollegen Blenke.

Abg. Thomas Blenke CDU: Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Wir debattieren heute über das Zwischenergebnis der vom Ministerpräsidenten eingesetzten Arbeitsgruppe „Lebenswerter öffentlicher Raum“, die im vergangenen halben Jahr interdisziplinäre Konzepte gegen den Alkoholmissbrauch auf öffentlichen Plätzen bzw. im öffentlichen Raum entwickelt hat. Ich durfte für die CDU-Fraktion Mitglied dieser Arbeitsgruppe sein.

Zunächst einmal möchte ich allen Mitwirkenden Dank aussprechen. Mein Dank gilt den Vertretern der Wissenschaft, der kommunalen Landesverbände – Herrn Mauch vom Städtetag habe ich schon gesehen – und der Fraktionen des Landtags; die Kollegen Sakellariou und Sckerl waren auch dabei. Herr Innenminister, ich möchte auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Ihres Hauses ausdrücklich für die kompetente und fachliche Begleitung herzlich danken.

Meine Damen und Herren, im Grunde genommen kommt die heutige Debatte zu früh. Sie kommt deshalb zu früh, weil sie eigentlich den Abschluss eines runden Tisches bilden soll, den der Herr Ministerpräsident initiiert hat.

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Warum haben Sie sie dann beantragt?)

Fraglich ist aber, ob der runde Tisch nach den Ereignissen der vergangenen Woche überhaupt noch Sinn macht. Diese Frage stellen sich auch die kommunalen Landesverbände. Keine 24 Stunden nachdem unsere Arbeitsgruppe dem Staatsministerium einen Achtpunktekatolog vorgelegt hat, wird ein wesentlicher Bestandteil vorab vom Ministerpräsidenten öffentlich wieder eingesammelt. Damit hat er die von ihm selbst aufgestellten Spielregeln gebrochen und alle, die in der Arbeitsgruppe ein halbes Jahr lang ernsthaft und konsensorientiert mitgearbeitet haben, schroff brüskiert.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, das ist ein verdammt schlechter Stil.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Es zeigt sich wieder einmal: Die Politik des Gehörtwerdens endet, wenn der Gehörte anderer Meinung ist.

Die Arbeitsgruppe hat in der vergangenen Woche einen Maßnahmenkatalog mit acht Vorschlägen vorgelegt – ich will drei davon ansprechen –, darunter auch ein Festhalten an den be-

(Thomas Blenke)

stehenden Regelungen zum nächtlichen Alkoholverkaufsverbot insbesondere an Tankstellen. Dieses wurde 2010 von Schwarz-Gelb eingeführt und in diesem Jahr von Grün-Rot als sinnvoll bestätigt.

Außerdem wurde eine Überprüfung der bestehenden Regelungen zu den Sperrzeiten in der Gaststättenverordnung festgelegt. Darüber hinaus wurde die Schaffung einer Ermächtigungsgrundlage – kein Verbot – für die Kommunen zum Erlass zeitlich und örtlich beschränkter Alkoholkonsumverbote an öffentlichen Brennpunkten vorgesehen.

Das ist ein Gesamtpaket, bei dem jeder, der dabei war, Kompromisse eingegangen ist. Alle haben am Ende zugestimmt, auch Sie, Herr Kollege Sckerl. Deshalb kann man da nicht einfach einen wesentlichen Punkt herausbrechen. Der Abschlussbericht entspricht so, wie er dem runden Tisch vorgelegt wird, nicht mehr dem, was die Arbeitsgruppe beschlossen hat.

Meine Damen und Herren, auch Vertreter der Wissenschaft wurden in die Arbeitsgruppe einbezogen. Zudem wurde eine exemplarische Bürgerbefragung in den Städten Ravensburg und Heidelberg einbezogen. 62,9 % der Befragten in Ravensburg und 56,3 % der Befragten in Heidelberg haben sich für die Einführung eines Alkoholkonsumverbots auf öffentlichen Plätzen ausgesprochen.

(Zuruf des Abg. Manfred Lucha GRÜNE)

Daran gibt es auch nichts herumzudeuteln. Das ist ein Ruf der Bürgerinnen und Bürger nach Hilfe durch die Politik. Das müssen Sie, liebe Kollegen von den Grünen, auch endlich einmal wahrnehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Der Ministerpräsident zeigt mit seinem Verhalten, dass die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger in der Praxis nicht ernst genommen werden. Paradox dabei ist, dass der Ministerpräsident eigentlich für diese Maßnahme ist.

(Zuruf von der CDU: Ja!)

So hören wir es zumindest. Er lehnt dies aber ab, er nimmt dies aus dem Feuer heraus, um Zwist in der eigenen Partei zu vermeiden.

Meine Damen und Herren, eigentlich lautet die Reihenfolge in der Politik: erst das Land, dann die Partei. Bei Ihnen scheint dies umgekehrt zu sein.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von den Grünen)

Sie laden ein gesellschaftliches Problem auf dem Rücken der Polizei und auf dem Rücken der Menschen ab, um innerparteilich Ruhe zu haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Sie ignorieren den Bürgerwillen. Sie ignorieren Hilferufe aus den Städten, nicht nur aus den Großstädten. In diesen Tagen hat z. B. der Oberbürgermeister der Stadt Calw resigniert festgestellt: Gegen Trinkgelage fehlen Instrumente.

Vor allem im Sommer werden Innenstädte zunehmend Schauplätze öffentlicher Trinkgelage. Dabei werden nicht nur die

Anwohner um ihren Schlaf gebracht. Drastisch zunehmend kommt es zu Sachbeschädigungen, Körperverletzungsdelikten und Widerstandsdelikten gegen Polizeibeamte. Glasscherben auf Kinderspielplätzen, öffentliches Urinieren und vermüllte Plätze verschandeln die Innenstädte und gefährden und verärgern die Bürgerinnen und Bürger.

Die Menschen wollen sichere und saubere Innenstädte. Die Politik ist aufgerufen, dabei mitzuhelfen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, deshalb fordern wir die Landesregierung auf, endlich zu handeln und einen Gesetzentwurf auf den Weg zu bringen, der es den Kommunen ermöglicht, zeitlich und örtlich begrenzt an Schwerpunkten Alkoholkonsumverbote auszusprechen.

Meine Damen und Herren, die Lage in den Regierungsfraktionen, in den Regierungsparteien scheint mir jedoch ziemlich konfus zu sein.

(Abg. Willi Stächele CDU: Scheint? Ist konfus!)

Was die Grünen betrifft, ist der Ministerpräsident wohl eigentlich dafür, die maßgeblichen grünen Oberbürgermeister, Salomon und Palmer, auch, und zwar vehement; die Fraktion und die Partei sagen anscheinend Nein.

Bei den Roten sieht es folgendermaßen aus: Der Innenminister ist dafür, die Fraktion wohl auch. Jusos und Partei sagen Nein.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wer hat denn da das Sagen? – Gegenruf des Abg. Jörg Fritz GRÜNE: Junge Liberale!)

Herr Innenminister, bei diesem Durcheinander haben Sie doch eigentlich alle Freiheiten. Sie hätten hierfür mit uns eine Mehrheit; packen Sie es doch bitte mit uns gemeinsam an.

(Beifall bei der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Nun haben ja interessanterweise die Grünen und die CDU – der Präsident hat es einleitend bereits gesagt – zufälligerweise das gleiche Thema für die Aktuelle Debatte gewählt, allerdings, wie ich vermute, Kollege Sckerl, mit einer etwas unterschiedlichen Stoßrichtung.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: In der Tat, Herr Kollege!)

Unser Debattentitel trug in der ursprünglichen Version nämlich noch den Zusatz: „Der Ministerpräsident auf Abwegen“. Diese Formulierung passt gut in die bisherige Chronologie, die ich Ihnen noch einmal vortragen will.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ins Reich der Märchen!)

Am 29. Juli 2009 schrieb die „Badische Zeitung“ in einem Artikel zum Urteil gegen das Alkoholverbot der Stadt Freiburg mit dem Titel „Landtagsgrüne stellen sich hinter Salomon“:

„Jetzt muss uns das Land helfen – wir wissen nicht, wie wir das Problem sonst in den Griff bekommen“, sagte Salomon.

(Thomas Blenke)

Im Juni 2011 kam ein Vorstoß von Ihnen, Herr Minister Gall, frisch im Amt und voller Elan. Die „Stuttgarter Nachrichten“ berichteten am 6. Juni 2011:

Innenminister Reinhold Gall ... hat sich für ein zeitlich und räumlich befristetes Alkoholverbot auf bestimmten öffentlichen Plätzen ausgesprochen. Die Kommunen sollen die Möglichkeit haben, das Verbot auszusprechen,

Genau darum geht es, meine Damen und Herren.

Daraufhin haben wir, die CDU-Landtagsfraktion, Ende Juni einen entsprechenden Gesetzentwurf eingebracht, der genau das enthält, was Sie vorgeschlagen haben. Die „Schwäbische Zeitung“ aber schrieb:

Alkoholverbot an Brennpunkten vom Tisch. Innenminister Gall kann sich nicht gegen Grüne durchsetzen.

Die dpa schrieb am 6. Dezember 2011 unter dem Titel „Kretschmann erwartet Einigung beim Alkoholverbot“ – Zitat –:

„Das ist der richtige Weg“, ... „Ich erwarte da keinen riesigen Konflikt.“

Am 31. Dezember 2011, also kurz danach, war im „Schwarzwälder Boten“ zu lesen:

Gall drängt auf Alkoholverbot.

Im März 2012 kam es mit Ihrer Mehrheit zur Ablehnung unseres Gesetzentwurfs, der genau dies vorsah. Im September 2012 hieß es dann:

Schlappe für Gall: Ablehnung des Alkoholkonsumverbots durch den SPD-Parteitag.

Die dpa berichtete am 2. Oktober 2012:

Grüne und SPD: Thema Alkoholverbot vom Tisch.

Im Januar 2013 sprach der Ministerpräsident ein Machtwort: „Ich mache jetzt einen runden Tisch.“

Das Ergebnis dieses runden Tisches ist bekannt; ich habe es eingangs referiert.

Anstatt endlich die Probleme zu lösen und den Kommunen sowie den Bürgerinnen und Bürgern und der Polizei das Leben zu erleichtern, hinterlassen Sie einen unglaublichen Schlamassel. Diese Einschätzung teilen übrigens ausdrücklich auch die kommunalen Landesverbände.

Zusammengefasst: Der Ministerpräsident richtete in seiner Hilflosigkeit einen runden Tisch ein. Dieser runde Tisch erteilte einer interdisziplinären und überparteilichen Arbeitsgruppe zum Thema „Lebenswerter öffentlicher Raum“ den Auftrag, Maßnahmenvorschläge zu unterbreiten. Diese Arbeitsgruppe arbeitete ein halbes Jahr lang überparteilich sehr intensiv und sehr konsensorientiert; sie legte in der vergangenen Woche Vorschläge für den runden Tisch vor. Bevor aber diese Vorschläge überhaupt den runden Tisch erreicht haben, sammelt der Ministerpräsident einen der wesentlichen Vorschläge öffentlich wieder ein.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Unglaublich!)

Meine Damen und Herren, hierdurch ist für die Bürgerinnen und Bürger keine Lösung in Sicht. Ich frage mich mit Blick auf diese ganze Konfusion: Wenn selbst bei einem solchen Thema, das sehr wichtig, gleichzeitig aber auch relativ leicht zu lösen ist – man kann es mit Ja oder Nein entscheiden –, ein solcher Schlamassel zwischen Grün und Rot auftritt, wie wird es dann sein, wenn einmal eine richtig komplexe Problemstellung in unserem Land auftaucht, meine Damen und Herren?

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Wir haben schon viel kompliziertere Probleme gelöst! – Weitere Zurufe von den Grünen)

Der Ministerpräsident hat alle brüskiert, die sich auf seine Bitte hin ein halbes Jahr lang überparteilich auf den Weg gemacht haben, nach Lösungen zu suchen: die kommunalen Landesverbände, die Wissenschaft, Experten mehrerer Ministerien, Vertreter der Polizei, Abgeordnete von CDU, Grünen und SPD.

Meine Damen und Herren, ich kann für die CDU-Landtagsfraktion – und vermutlich nicht nur für die CDU-Landtagsfraktion – sagen: Wir fühlen uns verschaukelt.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion GRÜNE spricht Kollege Frey.

Abg. Josef Frey GRÜNE: Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren! Eines hat Ihr Beitrag, Herr Blenke, gezeigt: Es geht Ihnen nicht um eine Lösung des Problems, sondern Sie wollen hier die Regierung und die Regierungskoalition mit Schmutz bewerfen – nichts anderes.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Widerspruch bei der CDU – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Jetzt hört es aber auf!)

Nicht der Ministerpräsident – –

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: So einfach machen Sie es sich! – Unruhe)

Am 9. Dezember hätte sich die Arbeitsgruppe treffen wollen. Am 6. Dezember gab es zu dieser Arbeitsgruppe einen Pressebericht – von der „Stuttgarter Zeitung“ oder den „Stuttgarter Nachrichten“ – mit falschen Ergebnissen. Eine entsprechende Information hätte sicherlich nicht der Ministerpräsident herausgegeben, sondern das war ein nicht loyales Mitglied dieser Arbeitsgruppe. Wir wissen nicht, wer es war, aber ein solches Durchstechen von Informationen vertraulicher Art, von Falschinformationen, muss auf das Schärfste missbilligt werden.

(Abg. Matthias Präfrock CDU: Falschinformationen?)

Es geht hier nicht um Polemisieren und Polarisieren, Herr Blenke. Die Zwischenrufe zeigen, dass es Ihnen nur um Kra-wallmache geht.

(Josef Frey)

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Euch geht es um Krawall! – Abg. Volker Schebesta CDU: Es geht uns darum, Krawall zu verhindern! – Weitere Zurufe von der CDU – Unruhe)

Es geht darum, dass Sie dieses ernste Problem in einer sachlichen und wissenschaftlichen Weise angehen müssen. Dass hierbei vom Ministerpräsidenten versucht wurde, eine Verschlichung herbeizuführen, ist ganz offensichtlich. Wir lassen die Kommunen und die Menschen, die von diesen Saufgelagen betroffen sind, nicht allein; da können Sie sicher sein.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Doch! – Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU: Doch, sicher!)

Wenn ich mir hier den Altersdurchschnitt anschau,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wie sieht die Lösung denn aus? – Zuruf des Abg. Dr. Patrick Rapp CDU)

könnte ich mir vorstellen, dass sich die Anwesenden hier teilweise noch an die Zeit um 1988, 1990, 1991 erinnern. Damals gingen die Vorfälle am Platzspitz-Park in Zürich durch die internationale Presse; dieser Park wurde als „Needle Park“ bezeichnet, und dort entstand unbeschreibliches Leid, auch deshalb, weil sich die politisch Verantwortlichen nicht auf einen Weg einigen konnten, mit diesem Problem umzugehen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wie wollen Sie denn damit umgehen? Sagen Sie es doch!)

Warum war das so? Weil ein ständiges Polarisieren und Polemisieren auf dem Rücken der betroffenen Menschen das Leid der Bevölkerung noch verstärkten. Die Menschen konnten sich nicht mehr durch den Park trauen. Mit diesem Leid wurde sogar noch gespielt, indem politisiert wurde,

(Abg. Thomas Blenke CDU: Diese Situation haben wir heute hier auch!)

anstatt nach einer Lösung zu suchen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Diesen Zustand möchten wir, sehr geehrte Damen und Herren von der Opposition, hier verhindern. Deswegen wenden wir uns gegen diese Polemik und gegen diese Art und Weise der Auseinandersetzung.

(Abg. Winfried Mack CDU: Schwachsinn!)

Uns geht es darum, eine sachliche Lösung zu finden, die auf Wissen basiert und bei der man jenseits von Doc Holliday – aus der Hüfte schießend – verfährt, sondern stattdessen in Richtung einer minimalinvasiven Intervention geht und nicht mit Schrot auf Spatzen schießt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Es geht um eine saubere Lösung. Dabei war der Vorschlag des Ministerpräsidenten genial, einen runden Tisch einzurichten und hierfür einen Untersuchungsauftrag zu formulieren.

(Abg. Matthias Prärfrock CDU: Das glauben Sie doch selbst nicht!)

Dieser Untersuchungsauftrag lautete, alle Maßnahmen für die Bewältigung dieses Problem zu finden. Dafür wurden die besten Wissenschaftler der Hochschule für Polizei in Villingen-Schwenningen sowie der Deutschen Hochschule der Polizei beauftragt.

Diese Studien, Herr Blenke, sollten Sie auch lesen.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Es sind im Wesentlichen drei Studien gewesen. Das war erstens eine wissenschaftliche Analyse dessen, was sich in der Literatur findet, auch in der internationalen Literatur. Zweitens war das diese umfangreiche Bevölkerungsbefragung, von der Sie offenbar auch einmal gehört haben.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Sie müssen es denen zu lesen geben, die die Saufgelage verursachen! Die lesen das nämlich nicht! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Kollege Frey hat das Wort.

Abg. Josef Frey GRÜNE: Drittens gab es eine Befragung von 20 Experten – Vertretern von Ordnungsämtern, Streetworkern und anderen.

Zur Literaturanalyse – falls Sie daran interessiert sind, die Wissenschaftler weltweit dazu zu hören – können Sie auf Seite 77 dieser Untersuchung – –

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Wie lange wollen Sie denn noch analysieren? – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir sind an einer Lösung interessiert! – Weitere Zurufe von der CDU – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Kollege Frey hat das Wort.

Abg. Josef Frey GRÜNE: Auf Seite 77 dieser Literaturanalyse können Sie genau – –

(Zurufe von der CDU – Gegenruf der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE)

– Also, ich stelle fest, dass zumindest die rechte Seite an einer Lösung des Problems nicht interessiert ist.

(Beifall bei den Grünen – Zurufe von der CDU)

Sie finden in dieser Literaturanalyse keinen Hinweis darauf, dass Forschungen gezeigt hätten, dass ein Alkoholkonsumverbot etwas bringen könnte. Die Babor-Studie von 2005, die WHO und eine australische Studie, die hier aufgeführt werden, kommen alle zu dem Schluss: Es gibt eine Vielzahl von Werkzeugen, mit denen Sie diesem Problem begegnen können. Sie jedoch kaprizieren sich auf irgendeine Idee,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Nicht nur wir, auch der Herr Palmer!)

die hier ausgelotet wurde und ganz intensiv untersucht wurde. Zu den Werkzeugen gehören die Beschränkung der Verkaufsstellendichte, die Einschränkung der Öffnungszeiten, die Durchsetzung der Einhaltung des gesetzlichen Mindestalters und der Vorschriften zum Jugendschutz, die Alkoholsteuer

(Josef Frey)

und die Preispolitik sowie die Vorgabe, dass kein Ausschank an Betrunkene erfolgt, was im Übrigen Gesetzeslage ist, aber häufig nicht verfolgt wird.

(Beifall bei den Grünen – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Kollege Frey, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Pröfrock?

Abg. Josef Frey GRÜNE: Ja, gern.

Präsident Guido Wolf: Bitte schön.

Abg. Matthias Pröfrock CDU: Herr Kollege Frey, wenn es viele Werkzeuge gibt: Wie erklären Sie sich dann, dass auch grüne Oberbürgermeister der Auffassung sind, dass ihnen ein wichtiges Werkzeug fehlt, nämlich das Alkoholkonsumverbot?

(Beifall bei der CDU – Abg. Thomas Blenke CDU:
Sehr gut!)

Abg. Josef Frey GRÜNE: Sehen Sie, dieser runde Tisch – das habe ich eben gesagt – wurde sinnvollerweise eingesetzt. Das war wichtig, um zu einer Versachlichung der Diskussion zu kommen. Sie bringen immer wieder irgendwelche Leute ins Spiel,

(Lachen bei der CDU – Abg. Volker Schebesta CDU:
Irgendwelche Leute? Herr Kuhn!)

die von Problemlagen betroffen sind, die wir unterstützen werden, die wir in diesem Jahr erstmalig mit 200 000 € zusätzlich für Maßnahmen in dem Bereich unterstützt haben, und nächstes Jahr werden es noch einmal 200 000 € sein. Wir gehen konkret gegen diese Saufgelage vor, aber Sie polemisieren hier nur und versuchen, meine Ausführungen zu stören.

(Abg. Peter Hauk: Was? – Abg. Karl Zimmermann CDU: Die Betroffenen sind sehr interessiert, was Sie hier sagen! – Gegenruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

In der zweiten Untersuchung geht es um die Befragung

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

der Städte – mit 44 % Rücklauf. Es ist auch eine sehr gute Matrix in der Untersuchung zu finden,

(Abg. Andreas Deuschle CDU: Was hilft den Betroffenen die Matrix?)

die aufzeigt, dass die Bevölkerung möchte, dass stärkere Kontrollen der Alkoholabgabe an Minderjährige erfolgen, dass eine stärkere Polizeipräsenz da ist, dass ein zeitlich begrenztes Aufenthaltsverbot für alkoholisierte Störer ausgesprochen wird. Aber auf den ersten vier Positionen steht kein Alkoholkonsumverbot. Das fällt also auch klar aus.

Auch die Expertenbefragung hat eine ganz klare Tendenz gezeigt: Die Maßnahmen, die im Augenblick möglich sind, reichen völlig aus.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Sie wollen es also nicht!)

Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass die Maßnahmen, die im Augenblick erfolgen, verstärkt werden, besser koordiniert werden und die Ergebnisse dieser Untersuchungen der Polizeihochschulen auch umgesetzt werden. Dazu gehört die Entwicklung – da gibt es eine große Übereinstimmung – von maßgeschneiderten Maßnahmen für die lokale Situation vor Ort. Beispielsweise wäre auch Calw bei den zehn Städten, die vielleicht infrage kämen, wenn man sich zu einem Alkoholkonsumverbot entschliesse, nicht dabei.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: So ist es! Das weiß der Herr Blenke auch!)

Das wissen Sie. Aber Sie bringen das hier ins Spiel. Das, was Sie hier machen, ist nicht lauter. Wenn Sie hier nämlich bei der Wahrheit blieben, bei dem, was die Experten sagen, wäre klar, dass das gar keine Interventionsmöglichkeit für Calw wäre.

Es bedarf also eines interdisziplinären Mehrebenenansatzes in diesen Orten,

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Oi!)

dass lokale runde Tische organisiert werden. Dazu gehört dann auch, dass Sie aufhören, hier herumzupolarisieren.

Der Ministerpräsident ist auf einem guten Weg vorangegangen und hat hier deutlich gemacht, dass er die Untersuchungsergebnisse dieser Studien stützt, dass er sie umsetzen will und dass er sich nicht gegen diese Hochschulen wendet, die schließlich mit großer Fachkompetenz hieran gearbeitet haben.

(Beifall bei den Grünen)

Ich lade Sie ein, bei der Lösung des Problems mitzuarbeiten, und ich bitte den Innenminister und die Landesregierung, die wirklich hervorragenden Untersuchungsergebnisse und die Untersuchungen an sich, die hierzu gemacht wurden, als große Hilfe für die Suchhilfe und für die Polizei zu betrachten. Denn sie zeigen, wie wir an das Problem herangehen können. Ich bitte deshalb die Landesregierung, diese Ergebnisse zu veröffentlichen, den Menschen zugänglich zu machen. Vielleicht hat dann auch die CDU die Gelegenheit, diese Unterlagen endlich zu lesen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen)

Präsident Guido Wolf: Für die SPD-Fraktion spricht Kollege Schmiedel.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich auf die Themen der Aktuellen Debatten „Alkoholmissbrauch auf öffentlichen Plätzen“ und „Konzept ‚Lebenswerter öffentlicher Raum für alle Bürgerinnen und Bürger‘ – eine Chance für die Kommunen“ zu sprechen komme, möchte ich ein paar allgemeine Bemerkungen zur Situation des Landes Baden-Württemberg vorausschicken und da drei Aspekte beleuchten.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Ich habe gedacht, Sie wollten eine persönliche Erklärung abgeben!)

(Claus Schmiedel)

Erstens: Baden-Württemberg ist ein wirtschaftsstarkes Land.

(Zuruf von der CDU: Noch!)

Die Wirtschaft erwartet für das nächste Jahr 2 % Wachstum. Auch die Einschätzung der Bürgerinnen und Bürger, was ihre wirtschaftliche Situation in Zukunft anbelangt, ist hervorragend.

(Zuruf des Abg. Matthias Präfrock CDU)

Selten war der Unterschied zwischen der persönlichen Einschätzung und der allgemeinen Einschätzung so gering. Es sieht wirtschaftlich also gut aus.

Zweitens: Die Menschen leben gern in Baden-Württemberg. Nicht nur in der Landeshauptstadt, in der das durch Umfragen untermauert wurde, sondern überall im Land empfinden die Menschen unser Land Baden-Württemberg als ein Land mit hoher Lebensqualität und Zukunftsfähigkeit.

(Beifall bei der CDU – Abg. Matthias Präfrock CDU:
Gut, dass Sie das sagen! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm
CDU: Bravo!)

– Da kann man sich freuen. Da freuen sich alle.

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Das wird auch dadurch unterstrichen, dass wir zu den wenigen Ländern gehören – wenn wir nicht das einzige Land sind; ich weiß das gar nicht; aber bei uns ist das jedenfalls so –, bei denen die Bevölkerungszahl nicht zurückgeht, sondern stabil bleibt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Können Sie vielleicht auch etwas zum Thema sagen? – Gegenruf des
Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das hat mit dem Thema zu tun!)

Das Dritte: Auch die, die nicht auf Dauer bei uns leben wollen, sondern zu Besuch kommen, als Touristen kommen, kommen gern nach Baden-Württemberg. Der Tourismusminister kann auf steigende Tourismuszahlen verweisen, insbesondere im Bereich des Städtetourismus. Das heißt, nicht nur die Menschen, die hier leben, sondern auch die Besucherinnen und Besucher finden unsere Städte in Baden-Württemberg hoch attraktiv, empfinden sie als Städte mit hoher Lebensqualität. Darüber sind wir froh, und darauf sind wir stolz.

(Beifall bei der SPD, der CDU und den Grünen –
Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sehr gut!)

Das wollen wir uns einmal anschauen: Münsterplatz in Freiburg, Marktstätte in Konstanz, Schlossplatz in Meersburg, Marktplatz in Schwäbisch Hall, Kornmarkt in Heidelberg, Leopoldsplatz in Baden-Baden, Schlossplatz in Stuttgart, Marktplatz in Esslingen – ich könnte noch weitermachen; ich möchte aber nur noch einen Platz hervorheben –, der schönste Barockmarktplatz in ganz Deutschland in Ludwigsburg.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Edith Sitzmann GRÜNE:
Ja, genau! – Zurufe von der CDU)

Wenn man da jetzt den Weihnachtsmarkt in Ludwigsburg sieht, den schönsten Barockweihnachtsmarkt, von Touristen

aus der Schweiz und von woanders her besucht, dann weiß man: Die Menschen finden unsere Städte attraktiv, und die Menschen leben in diesen Städten und sind gern auf diesen Plätzen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Weshalb erzähle ich das vorneweg?

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Ja, genau! – Unruhe
– Glocke des Präsidenten)

Auch wenn sich unser Land auf einem guten Weg befindet und wir ausgezeichnete Grundlagen haben, gibt es natürlich Probleme.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das ist das Thema, ja!)

Das Thema der Aktuellen Debatte beleuchtet ein solches Problem. Man wird jedoch der Sache nicht gerecht, wenn man den Fokus nur auf das Problem richtet und den Rahmen vergisst. Dann verschwinden nämlich die Proportionen.

(Zuruf des Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP)

Insgesamt lässt es sich in den Städten Baden-Württembergs ausgesprochen gut leben. Auch auf den vielen Plätzen, die ich gerade genannt habe, herrscht reges Leben. Die Bürgerinnen und Bürger sind zufrieden. In aller Regel verläuft das problemlos.

(Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

Daneben gibt es ein Problem.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Jetzt!)

Aber man muss die Proportionen zwischen der vielen Schönheit und dem Wenigen an Problemen berücksichtigen. Dies sage ich nur, damit wir wissen, worüber wir eigentlich reden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen
– Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir wissen noch nicht, worüber Sie reden wollten!)

Jetzt möchte ich über die Rolle der CDU bei diesem Thema reden.

(Oh-Rufe von der CDU – Abg. Martin Rivoir SPD:
Eine Nebenrolle!)

Herr Blenke hat uns anmaßend vorgeworfen, wir ließen die Bürgerinnen und Bürger im Stich.

(Abg. Peter Hauk CDU: Wir wollen die Rolle der SPD einmal beleuchten!)

Er hat auf das Urteil von 2009 hingewiesen. Dieses gab Anlass, darüber nachzudenken, wie darauf zu reagieren sei. Kollege Reinhold Gall hat daraufhin einen Antrag ins Parlament eingebracht

(Abg. Thomas Blenke CDU: Einen vernünftigen Vorschlag eingebracht! – Abg. Matthias Präfrock CDU:
Das kann er noch einmal machen!)

(Claus Schmiedel)

zum Thema „Rechtsgrundlage für Alkoholverbot“. Damals waren allerdings Sie an der Regierung.

(Zurufe von der SPD: Aha!)

Damals haben Sie auch die Stellungnahme herausgegeben. Jetzt lese ich einmal vor, was Sie bzw. Herr Rech – wo ist er denn? – geschrieben haben. Herr Rech, erinnern Sie sich?

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Jetzt werden wir einmal sehen! Es kommt alles ans Licht!)

Am 30. Juli 2009

(Abg. Martin Rivoir SPD: Ein schöner Sommertag!)

schrieben Sie, Herr Rech, wörtlich:

Das Innenministerium beabsichtigt, ... eine gesetzliche Grundlage zu schaffen, die es den Kommunen ermöglicht, an örtlichen Brennpunkten den öffentlichen Alkoholkonsum zu untersagen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Matthias Präfrock CDU: Recht hat er! – Zurufe von der CDU: Bravo!)

Sagen Sie einmal: Wieso klatschen Sie an dieser Stelle eigentlich? Sie haben 2009, 2010 und 2011 nichts unternommen. Warum haben Sie eigentlich nichts unternommen?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: 2011, 2012, 2013, 2014! – Weitere Zurufe von der CDU)

Sie beklatschen hier Ihre eigene Unfähigkeit.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Das ist doch der Hammer!

(Zurufe der Abg. Karl Zimmermann und Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Sie beklatschen, dass Sie nichts unternommen haben.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Jimmy Zimmermann beklatscht sich selbst!)

Sie haben nichts gemacht.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Fünf Jahre haben Sie nichts gemacht!)

Herr Kollege Rech sagt natürlich: „Ich konnte nichts machen. Denn ich hatte ein entsprechendes politisches Umfeld.“ So einfach ist das.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Deshalb ist es natürlich wichtig, zu wissen, dass wir uns bei der Diskussion über das, was bei dem runden Tisch an Vorschlägen erarbeitet wurde, nicht im luftleeren Raum befinden, sondern in einem politischen Umfeld, das einige Maßnahmen begünstigt und andere erschwert. Natürlich sind aus unserer Sicht alle acht Maßnahmen mögliche Handlungsweisen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Steht das jetzt auf Seite 78?)

Es ist aber wie beim Filderdialog. Dort sagten Sie auch, man brauchte für solche Gespräche und Beteiligungen einen Rahmen und müsse wissen, was gehe und was nicht gehe. Die Erwartung – auch der Kommunen –, man könne gegen den Alkoholkonsum auf öffentlichen Plätzen in 70 oder 80 Städten ein Verbot verfügen, wenn es dort Störungen gibt, war völlig überzogen.

(Zurufe von der CDU)

Das war maßlos überzogen. Deshalb gilt es hier auch, die Erwartungen einmal abzusenken. Es handelt sich doch ganz eng begrenzt um allenfalls zehn oder zwölf Fälle. Das muss man alles eindampfen.

Deshalb gilt für uns, wie auch zitiert wurde: Politisch ist das Alkoholkonsumverbot erst einmal im Parlament kein Thema mehr. Jetzt wenden wir uns den genannten sieben anderen Maßnahmen zu und reden diese nicht klein. Wenn es darum geht, interdisziplinäre Arbeitsgruppen mit dauerhafter Koordinierung und hoher personeller Kontinuität vor Ort aufzustellen, dann ist das schon bedeutend.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist ein Gelaber!)

Das ist nicht etwas, was man einmal irgendwie macht. Das Problem lässt sich nicht mit leichter Hand wegwischen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ein Gelaber!)

Hinter diesem Problem steckt nämlich ein anderes Problem. Das muss man sehen. Man kann nicht einfach sagen: „Ich schaue nur auf den Missbrauch, verbiete diesen, und damit ist das Problem gelöst.“ Damit ist es nämlich nicht gelöst. Hier muss man vielmehr etwas tiefer einsteigen.

Deshalb halten wir diese sieben Punkte weiterhin für diskussionswürdig. Diese gehen wir jetzt an. Wir schauen dann, wie sich die Problematik entwickelt. Wir hoffen, dass alle guten Willens sind, sich daran zu beteiligen, die sieben umsetzbaren Punkte, die jetzt auf dem Tisch liegen, anzugehen.

(Zuruf des Abg. Matthias Präfrock CDU)

Hier sollte die Regierung gemeinsam mit den Städten eine Konzeption entwickeln. Es sollte konsequent und dauerhaft mit den notwendigen Ressourcen gearbeitet werden. Dann sind wir sicher, dass die vorhandene Lebensqualität in unseren Städten, die ich eingangs beschrieben habe, noch einmal deutlich zunimmt und dass das Problem, mit dem wir es unbestritten zu tun haben, dahinter noch weiter verschwindet, als es heute schon der Fall ist.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Karl Zimmermann CDU: Diese Qualität findet aber nur tagüber statt!)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion der FDP/DVP spricht Kollege Professor Dr. Goll.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Der Innenminister wird schwer in die Bredouille kommen! – Gegenruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Der ist schon ganz fertig!)

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf am Anfang noch einmal betonen, auch wenn es selbstverständlich zu sein scheint: Wir sind uns alle in dem Ziel einig, den Alkoholmissbrauch durch Jugendliche zu verhindern.

(Zuruf: Auch durch Jugendliche!)

Ich glaube, man sollte dem anderen nicht attestieren, er würde Vorschläge, die tauglich sind, wegschieben oder nicht berücksichtigen. Ich meine, man sollte am Anfang noch einmal festhalten, dass wir alle dasselbe Ziel haben und nach den besten Mitteln suchen, um den Alkoholmissbrauch durch Jugendliche zu verhindern. Das ist aus verschiedenen Gründen nicht ganz einfach.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Vielleicht ist es übrigens auch deshalb nicht ganz einfach, weil zwei herausragende Ereignisse des Stuttgarter Jahresablaufs darin bestehen, dass die Menschen zwei Wochen lang Alkohol konsumieren, und zwar nicht zu knapp. Ich spreche z. B. vom Volksfest, wobei ich überhaupt nichts gegen das Volksfest habe. Ich rede aber ein bisschen gegen die doppelte Moral derjenigen, die sich hier vielleicht entrüsten und beim Volksfest auf den Bänken stehen. Da muss man achtgeben.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der CDU, der Grünen und der SPD)

Wenn das Stichwort Volksfest fällt – ich betone nochmals: ich habe nichts gegen das Volksfest, das will niemand abschaffen –, ist auch auf den gigantischen Polizeiaufwand hinzuweisen, der dort betrieben wird. Ich kann nur raten, sich den nächtlichen Polizeiaufwand beim Volksfest einmal genauer anzusehen. Das ist schon dramatisch, gerade auch im Hinblick auf die Belastung der Polizei.

Dann sind wir schon beim einfachsten Argument und dem simpelsten Einwand, den wir Liberalen gegen ein Verbot von Alkoholkonsum auf öffentlichen Plätzen haben.

Schauen wir einmal die jetzige Rechtslage an, die schlechter dargestellt wird, als sie eigentlich ist. Wenn jetzt eine Gruppe von Jugendlichen auf einem öffentlichen Platz ungebührlich auffällt, Alkohol konsumiert, laut wird und sich vielleicht Handgreiflichkeiten abzeichnen, dann haben wir für solche Fälle die Polizei und eine gesetzliche Grundlage, weil hier eine Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung – das heißt übrigens „öffentliche Sicherheit und Ordnung“; daran sei nur erinnert – droht. In solchen Fällen kann die Polizei einschreiten und diese Jugendlichen des Platzes verweisen. So ist die jetzige Rechtslage.

Ich frage mich nun: Was wäre, wenn ein Verbot käme? Geht dann die Polizei nicht mehr hin? Sie muss dann doch genauso hingehen, um die Einhaltung des Verbots zu kontrollieren. Sonst ist dieses Verbot nichts wert. Deshalb komme ich persönlich zu dem Schluss, dass die jetzigen Handlungsmöglichkeiten gar nicht so schlecht sind und dass ein Verbot an sich nicht viel bringen kann, sondern dass dies mehr eine der symbolischen Diskussionen ist, von denen wir viele haben.

Dies ist eine Diskussion, der natürlich auch die Gefahr der Selbsttäuschung innewohnt. Das wäre jedoch das Aller-

schlechteste. Dann würde man nämlich meinen, man hätte etwas Nützliches gemacht, während man in Wirklichkeit in der Sache keinen Meter weitergekommen ist.

Ich erinnere auch an weitere Aspekte, z. B. an die Gefahr der Verdrängung, die offenkundig ist: Wenn der Alkoholmissbrauch hier nicht stattfindet, dann findet er eben woanders statt.

Aus all diesen Gründen halten wir Liberalen es nach wie vor für besser, bei der bisherigen gesetzlichen Lage zu bleiben und andere Wege der Erziehung und Prävention zu intensivieren. In diesem Bereich hat gerade diese Arbeitsgruppe nicht nur eine sehr wertvolle Arbeit geleistet, sondern auch viele Ansatzpunkte geliefert. Sie hat Wege aufgezeigt, die man intensivieren kann, um das Problem, dass zu oft Jugendliche Alkohol missbrauchen, in den Griff zu bekommen.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD)

So viel zur Sache selbst. Ich fürchte, jetzt hört es mit dem Beifall auf dieser Seite gleich auf.

(Zuruf: Das liegt aber an Ihnen!)

– Danke, ich hoffe doch.

Das Thema, das wir heute diskutieren, hat natürlich noch eine andere, eine politische Dimension. Darum diskutieren wir es auch. Es ist nämlich offenkundig, dass sich der amtierende Ministerpräsident trotz dezidiert anderer eigener Auffassung in dieser Sache nicht durchsetzen konnte. Auch darüber müssen wir heute reden.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Das Spannende ist, dass er sich in seiner eigenen Fraktion und in der eigenen Partei nicht durchsetzen konnte. Man kann natürlich immer ehrenvoll am Koalitionspartner scheitern.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Damit haben wir Erfahrung!)

Das ist durchaus möglich. Man braucht immer zwei für eine Sache.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: An euch zu scheitern war für die CDU schon immer hartes Brot!)

Aber der Ministerpräsident scheitert an seiner eigenen Fraktion und an seiner eigenen Partei. Denn wie es bei der SPD aussieht, weiß man nicht so genau.

Lieber Herr Schmiedel, ich bin jetzt versucht, mich an eine Rede von Ihnen zu erinnern, und sage z. B.: Der Innenminister ist für das Verbot. Zick. Anschließend kommen die Jusos und der SPD-Parteitag. Zack.

(Heiterkeit – Abg. Martin Rivoir SPD: Schmiedel war eindeutig besser!)

Dann kommt der Innenminister mit dem Ministerpräsidenten und sagt: „Wir wollen das Verbot.“ Zick.

(Heiterkeit)

Jetzt wird es doch nicht gemacht. Zack.

(Dr. Ulrich Goll)

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Martin Rivoir SPD: Plagiat! – Zurufe der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch und Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Aber trotzdem: Respekt vor Ihrer rhetorischen Leistung. Als ich Ihre Rede gehört habe, dachte ich: Der Schmiedel könnte auch im reiferen Alter noch als Eiskunstläufer anfangen.

(Heiterkeit – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Bei dieser Gelegenheit: Herr Abg. Professor Dr. Goll, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Schmiedel?

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Ja, immer.

(Heiterkeit)

Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Kollege Goll, da liegt eine Verwechslung vor.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Was ich damals als „Zick“ und „Zack“ beschrieben habe, hat sich auf Herrn Hauk bezogen. Herr Hauk war einmal auf zick, und Herr Hauk war ein anderes Mal auf zack. Nicht: Der eine zick und der andere zack. Verstehen Sie?

(Heiterkeit – Vereinzelt Beifall bei der SPD – Abg. Thomas Blenke CDU: Herr Schmiedel, auch für Sie wird es Zeit, dass Weihnachten kommt!)

Es war ein und dieselbe Person. Wenn ein anderer es tut, dann macht er sein Eigenes. Okay?

(Heiterkeit – Vereinzelt Beifall bei der SPD – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das war keine Frage!)

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Vielen Dank für den Hinweis. Aber wir halten fest, dass es in der Sache auch nicht viel vorangehen kann, wenn Ihre Partei etwas anderes sagt als Ihr Minister und wenn vor allem nicht klar ist, wohin Sie eigentlich wollen.

(Zuruf von der SPD: Das gibt es bei Ihnen auch!)

Aber klar ist, welche Strategie wir im Moment erleben. Ich bringe sie einmal auf die Formel: Kretschmann wird bei den Grünen ins Schaufenster gestellt, und die anderen räumen hinten den Laden aus.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sehr gut! – Abg. Muhterem Aras GRÜNE: So ein Quatsch!)

Sie machen einfach eine ganz andere Politik, als die Leute meinen, die nur die Figur im Schaufenster sehen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es! Genau so!)

Aber, meine Damen und Herren, die Leute glauben auch immer weniger an den Weihnachtsmann.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Und an die FDP!)

Sie durchschauen dieses Spiel, dass man sagt: „Wir schicken den MP auf Stimmenfang, und die Politik machen andere.“ Das ist übrigens auch ein Beispiel von doppelter Moral.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Und es ist ein Spiel, das auf Dauer nicht tragen wird.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zurufe von der FDP/DVP und der CDU: Bravo!)

Präsident Guido Wolf: Für die Landesregierung spricht Herr Innenminister Gall.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ist der auch im Schaufenster?)

Innenminister Reinhold Gall: Herr Präsident, werte Kolleginnen, werte Kollegen! Es ist wichtig, noch einmal deutlich darauf hinzuweisen, dass der Auftrag an die Arbeitsgruppe nicht lautete, sich fast ein Jahr lang den Kopf darüber zu zerbrechen, ob ein Alkoholkonsumverbot sinnvoll oder weniger sinnvoll wäre. Auftrag war vielmehr – das kann man auch nachlesen – erstens die Bewertung fachlicher Lösungsansätze unter Einbeziehung wissenschaftlicher Erkenntnisse und zweitens die Erarbeitung eines Katalogs von Maßnahmen sowohl im präventiven als auch im repressiven Bereich mit dem Ziel – darin sind wir uns, glaube ich, einig: Herr Dr. Goll, das haben Sie gerade auch gesagt –, die Lebensqualität der Menschen zu verbessern, die von diesen Problemlagen betroffen sind.

Trotz allen Lobes – Herr Kollege Blenke, Sie stellen häufig irgendein Lob voran, um dann mit der Kritik nicht zu sparen – muss ich sagen: Es wird – so finde ich jedenfalls – der Arbeitsgruppe in keiner Weise gerecht, wenn man alle anderen Vorschläge, die gemacht worden sind, einfach ignoriert – jedenfalls haben Sie keine einzige Ausführung zu den anderen Vorschlägen gemacht – und nur über das Alkoholkonsumverbot spricht und diskutiert.

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Daran wird nichts anderes deutlich, als dass Sie in diesem Haus immer wieder neu versuchen, eine alte, lang andauernde Auseinandersetzung in der Politik auszuschlachten.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Und wie gehen Sie damit um? – Abg. Karl Zimmermann CDU: Sie haben das in Ihrer Zeit auch so gemacht! – Zuruf von der CDU: Skandalös!)

Es gehört auch zur Redlichkeit, es nicht so zu machen, wie Sie es tun. Sie wollen nämlich die Menschen glauben machen, dass ein Alkoholkonsumverbot das Allheilmittel wäre, um diesen Entwicklungen entgegenzutreten.

(Abg. Peter Hauk CDU: Aber Sie schließen es aus!)

Das ist schlicht und ergreifend falsch. Sie haben heute gar kein anderes Argument genannt. Sie haben sich ausschließlich mit

(Minister Reinhold Gall)

diesem Thema beschäftigt. Obwohl ich – das wissen Sie – ein Befürworter bin,

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das wundert uns!)

den Kommunen diese Möglichkeit einzuräumen, sage ich gleichwohl dazu: Ein Allheilmittel ist das nicht.

(Abg. Peter Hauk CDU: Aber es gehört in den Katalog! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Sie wissen alle – Herr Kollege Schmiedel hat es auch ausgeführt –, dass wir im höchsten Fall von zwei bis drei Handvoll Örtlichkeiten reden, die in Baden-Württemberg den Rechtsrahmen dafür hergeben könnten, ein solches Verbot zu erlassen. Ich will noch einmal in Erinnerung rufen, wie dieser Rechtsrahmen sein müsste, um der Verhältnismäßigkeit einer solchen Anordnung Genüge zu tun.

Dabei geht es zum einen darum, dass die absolute Belastung der Fläche mit Straftaten und Ordnungswidrigkeiten dokumentiert werden kann. Wenn wir Gerichtsurteile und die Begründungen hierzu lesen, gehen wir davon aus, dass dort 100 Straftaten nachgewiesen werden müssten. Hierbei geht es auch um die relative Belastung der Fläche mit Straftaten im Verhältnis zu einer geeigneten Vergleichsfläche, also darum, um wievielfach höher als im übrigen Stadtgebiet die Belastung dort ist, und natürlich geht es dabei auch um die Anzahl der regelmäßig anwesenden Personen. Hinzu käme noch, dass auch gewährleistet sein müsste, dass nicht nur eine Verdrängung stattfindet. Auch dann wäre diese Maßnahme nämlich wirkungslos. Auch darauf haben Experten in diesem Gutachten hingewiesen. Das nehmen Sie offensichtlich ebenfalls nicht zur Kenntnis.

Meine Damen und Herren, wenn man sich die Stellungnahmen zu der Untersuchung in Ravensburg und die Ergebnisse der Befragung dort und auch in Heidelberg genau anschaut, dann wird deutlich, dass die unmittelbar betroffene Bevölkerung in den Kernstädten dieser beiden Kommunen weitaus differenzierter reagiert, als dies manche erwartet hätten, und auch differenzierter reagiert, als ich es erwartet hätte. Das will ich ganz deutlich sagen.

Wichtigstes Anliegen derer, die dort befragt wurden, war in beiden Städten eine insgesamt stärkere Alkoholkontrolle, insbesondere am Wochenende. 40 % der Befragten in diesen beiden Städten haben sich für umfangreichere und intensivere Alkoholkontrollen – grundsätzlich, wohlgemerkt – ausgesprochen, was natürlich auch den Straßenverkehr beinhalten.

Eine zweite und stärkere Präferenz als ein Alkoholkonsumverbot – das haben Sie heute auch nicht gesagt, aber es gehört zur Wahrheit dazu – hatte eine stärkere Präsenz der Polizei und der Ordnungsbehörden. Da sage ich den Menschen schlicht und ergreifend: Was zu einer schwächeren Präsenz geführt hat, war die Personalpolitik der alten Landesregierung. Denn Sie haben 1 000 Polizeistellen im Land abgebaut.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Thomas Blenke CDU: Sie könnten auch einmal eine neue Platte auflegen! – Gegenruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das wollt ihr bloß nicht hören!)

In der Befragung haben sich die Menschen vor allem – das liegt an der Spitze – für eine stärkere Kontrolle der Alkoholabgabe und derer, die dafür verantwortlich sind, ausgesprochen. Mehr als 80 % haben dies gefordert. Darin steckt in der Tat auch kommunaler Handlungsspielraum mit den Instrumentarien, die vor Ort zur Verfügung stehen.

Deshalb bin ich der Auffassung: Es lohnt sich ganz einfach, sich jetzt mit den Ergebnissen insgesamt einmal auseinanderzusetzen, sie abzuwägen und sich dann für weitere Maßnahmen zu entscheiden.

Beispielsweise frage ich Sie jetzt, Herr Blenke – Sie werden ja sicherlich noch einmal ans Rednerpult gehen –:

(Abg. Thomas Blenke CDU: Ja!)

Wie halten Sie es mit diesen Vorschlägen, die gemacht worden sind, beispielsweise wenn es darum geht, bestehende rechtliche Handlungsmöglichkeiten wie den Erlass kommunaler Satzungen für die Benutzung öffentlicher Flächen – etwa von Grünflächen oder anderen Plätzen – anzuwenden? Wie halten Sie es damit?

Wie halten Sie es grundsätzlich damit, an den Regelungen des Alkoholverkaufsverbots festzuhalten, aber mit den darin beinhalteten Mängeln, die auch festgestellt wurden? Es bestehen nämlich Lücken, was Warenautomaten und reine Alkoholbringdienste anbelangt. Wie steht es um Ihre Bereitschaft, sich dazu auf der kommunalen Ebene zu artikulieren?

Wie halten Sie es mit einem der Handlungspunkte, die auch aufgelistet sind, nämlich die bestehenden Regelungen zu den Sperrzeiten in der Gaststättenverordnung mit dem Ziel zu ändern, die Zeiten nächtlicher Betriebsruhe wiederum maßvoll auszudehnen? Wie halten Sie es damit?

Wie stehen Sie zu einem Impuls, der ebenfalls aufgeführt ist, beispielsweise hinsichtlich einer Diskussion über die bestehende Besteuerung branntweinhaltiger Getränke auf Bundesebene? Ich bin einmal gespannt, wie Sie diese Spiegelstriche, diese Forderungen und Festlegungen der Arbeitsgruppe und der Experten bewerten wollen.

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Wenn man sich mit diesen Ergebnissen befasst, gilt dies natürlich für die Inhalte. Es gilt aber auch für eine zeitliche Abfolge der Regelungen, die man dann ins Auge fasst.

Sie haben gefragt: „Ist es eigentlich sinnvoll, diesen runden Tisch zu machen?“ Ich bin der Auffassung: Ja,

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

weil es sich lohnt, sich im kommenden Jahr noch einmal darüber zu unterhalten. Dann haben Sie Gelegenheit, Ihre Balance, Ihre Abwägung, Ihre Auffassungen zu den einzelnen Punkten in diesem Maßnahmenkatalog in einen Gesamtkontext zu bringen.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Gurr-Hirsch?

Innenminister Reinhold Gall: Ja.

Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Herr Minister, Sie sprachen von einer Branntweinsteuer. Frage 1: Ist es richtig, dass diese Branntweinsteuer schon seit vielen, vielen Jahrzehnten besteht?

Frage 2: Denken Sie eventuell auch an die Erhebung einer Weinsteuer?

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Biersteuer! – Zuruf des Abg. Manfred Lucha GRÜNE)

Innenminister Reinhold Gall: Liebe Kollegin, natürlich weiß ich, dass es diese Steuer gibt. Ich habe nur darauf hingewiesen, dass dies ein Diskussionspunkt ist, der auf der Tagesordnung steht, wenn wir über die Handlungskonzeptionen und die Handlungsmöglichkeiten sprechen. Deshalb interessiert mich in erster Linie einmal Ihre Meinung zu diesen ganzen Themen, wenn wir über Alkohol, Alkoholkonsum, Alkoholmissbrauch reden. Das ist einer der aufgezeigten Handlungsaspekte, und über die lohnt es dann zu diskutieren.

Ich will auch sagen: Wir diskutieren darüber nicht im politischen Niemandsland. Das gilt für viele andere Bereiche übrigens auch.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Was ist mit der Weinsteuer?)

Wir machen da unsere Erfahrungen an der einen oder anderen Stelle. Wir jedenfalls – das will ich sagen – nehmen sowohl die Befragung als auch die Meinungen der Experten ernst.

(Zuruf des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

Wir nehmen aber auch unsere Basis ernst, während Sie – der Kollege Schmiedel hat darauf hingewiesen – in den zurückliegenden Jahren nichts anderes gemacht haben, als sich mit Ihren 65 oder 70 Abgeordneten hinter dem Häufchen der FDP/DVP-Abgeordneten zu verstecken.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Können Sie noch etwas zur Weinsteuer sagen?)

Meine Damen und Herren, ein kluger Mensch – das will ich ausdrücklich einmal sagen – hat einmal gesagt:

Erfahrungen machst du gewiss jeden Tag.

Das ist gerade auch im Bereich der Politik der Fall.

Zur Einsicht kommst du vielleicht zweimal im Jahr ...

Deshalb wäre es klug von Ihnen, wenn Sie am Ende dieses Jahres einmal zu der Einsicht kämen, dass Sie, jedenfalls mit der Art und Weise Ihrer Argumentation, was diesen Diskussionspunkt anbelangt, keine Mehrheit im Plenum des Landtags von Baden-Württemberg finden können.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Wie sieht es mit der Weinsteuer aus?)

Präsident Guido Wolf: Für die CDU-Fraktion spricht erneut der Kollege Blenke.

(Zuruf: Jetzt aber!)

Abg. Thomas Blenke CDU: Herr Präsident, war das hier am Rednerpult der Drink für den Minister?

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ist ja kein Alkohol!)

Wenn der Minister schon einen Schluck aus diesem Glas genommen haben sollte, wird es mich nicht umbringen, wenn auch ich daraus trinke.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das macht stark!)

Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Schmiedel, manchmal höre ich Ihnen schon gern zu.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Immer!)

Sie sind hier ein Meister der Pirouette; das ist unglaublich. Kompliment für das, was Sie hier hingelegt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Erst sprechen Sie dem Land Baden-Württemberg ein großes Lob aus, um dann eine Pirouette zu vollführen und von hinten wieder durch den Rücken zu stechen.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Da kann man noch lernen! – Abg. Dieter Hillebrand CDU: Salto rückwärts!)

Das ist große Kunst; das haben Sie schön gemacht. Das muss ich Ihnen wirklich lassen. Aber ausgesagt haben Sie eigentlich überhaupt nichts.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

Sie haben nur gezeigt: Sie sind jetzt der neue Meister eines Zickzackkurses.

Zu den Grünen: Herr Kollege Frey, Entschuldigung: Sie sind offensichtlich wahrnehmungs- und beratungsresistent in Person,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

oder Sie haben mir nicht zugehört; das wäre noch die mildeste Form. Ich komme darauf gleich noch zurück.

(Zuruf des Abg. Andreas Deuschle CDU)

Herr Minister, ich habe mich eben ein bisschen gewundert. Denn ich war im letzten halben Jahr in der Arbeitsgruppe in Ihrem Haus wirklich dabei, mit Kollegen aus den anderen Fraktionen ernsthaft – ich schaue Nik Sakellariou an –

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja, der Nik hat schwer mitgearbeitet!)

und konsensorientiert zu arbeiten. Jetzt stellen Sie sich hier hin und sagen, ich sei überhaupt nicht an irgendeiner Lösung interessiert. Ich finde, das ist nicht ganz in Ordnung, Herr Minister.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sie haben Wahrnehmungsstörungen!)

(Thomas Blenke)

Herr Minister, das, was wir, die CDU-Landtagsfraktion, hier vorschlagen, ist im Grunde Ihr Geschäft. Sie selbst – ich wollte es heute eigentlich versöhnlich machen, aber wenn Sie mir so kommen, geht es eben nicht anders –

(Beifall der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

haben im Jahr 2011 exakt – exakt! – das vorgeschlagen, was wir in unseren Gesetzentwurf geschrieben haben. Jetzt werfen Sie uns vor, wir seien hier nicht an Lösungen orientiert, und sagen, in diesem Parlament gebe es für unsere Argumentation keine Mehrheit. Entschuldigung, dann haben Sie etwas vorgeschlagen, wofür es hier keine Mehrheit gibt. Was für ein Minister sind Sie eigentlich? Das frage ich mich jetzt wirklich.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Mir platzt gerade der Kragen. Ich wollte heute wirklich im vorweihnachtlichen Konsens mit Ihnen arbeiten. Aber es tut mir leid, dass dies so nicht geht.

(Oh-Rufe von den Grünen und der SPD – Zuruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Ferner sagen Sie noch, ich hätte nur über ein Alkoholkonsumverbot gesprochen.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Schauen Sie nachher ins Protokoll. Ich habe sehr wohl von einem Maßnahmenkatalog mit acht Vorschlägen gesprochen.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Mehrfach!)

– Mehrfach. – Ich habe gesagt, dass es sich dabei um ein Gesamtpaket handelt und man aus diesem Gesamtpaket nicht einfach etwas herausbrechen kann.

Sie haben die Arbeitsgruppe angesprochen. In der Tat, der Auftrag war – ich zitiere aus dem Bericht –, „eine Arbeitsgruppe unter Leitung des Innenministeriums einzurichten“. Diese sollte „unter Berücksichtigung wissenschaftlicher Erkenntnisse die diskutierten Lösungsansätze fachlich bewerten und in einem Maßnahmenpaket zusammenfassen“.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Aber nicht bei der Wissenschaft stehen bleiben!)

Genau dies haben wir getan.

Übrigens: In dieser Literaturanalyse und in den Expertenbefragungen gab es ja auch interessante Ergebnisse. Die Literaturanalyse bestätigt den Zusammenhang zwischen Alkoholkonsum und Gewalthandlungen. Und:

Die Expertenanhörungen,

(Zuruf der Abg. Petra Häffner GRÜNE)

die Polizeidienststellen und Kommunen melden 73 alkoholkonsumbedingte Problemlagen im öffentlichen Raum, deren Ursachen und Ausprägung höchst unterschiedlich sind.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Weil die jedes Nachbartschaftsfest zählen!)

Deswegen ein Maßnahmenpaket.

Insgesamt

– ich zitiere weiter –

lässt die Abfrage zu bestehenden Problemlagen Handlungsbedarf vor Ort erkennen und macht den begründeten Wunsch von Polizei und Kommunen nach zusätzlichen Optionen nachvollziehbar.

26 Polizeidienststellen im Land fordern die Möglichkeit zum Erlass von Polizeiverordnungen, insbesondere eines Alkoholkonsumverbots. Hierzu berichten Polizei und Kommunen u. a. aus Freiburg, Konstanz, Calw – Herr Frey – und Freudenstadt von positiven Erfahrungen, weil man das dort einmal ausprobiert hat.

Jetzt zum Maßnahmenpaket: In der Tat hat sich die Arbeitsgruppe auf acht Maßnahmen verständigt. Sie haben ein paar davon genannt: interdisziplinäre Arbeitsgruppen, Präsenzmaßnahmen, Anwendung bestehender rechtlicher Handlungsmöglichkeiten usw. Ja, Herr Minister, ich hätte meiner Fraktion und meinem Fraktionsvorsitzenden, der Mitglied im runden Tisch ist, gern darüber berichtet und dann Vorschläge gemacht. Aber das ist vereitelt worden. Denn keine 24 Stunden, nachdem wir einvernehmlich beschlossen hatten – auch Herr Sckerl –, dass wir dieses Maßnahmenpaket verabschieden, hat der Ministerpräsident einen wesentlichen Teil herausgebracht.

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Ich konnte meiner Fraktion z. B. gar nicht darüber berichten, weil es nicht einmal 24 Stunden gehalten hat.

Ich bitte Sie jetzt in der vorweihnachten Zeit: Lassen Sie uns zu dem Konsens, den wir ja in der Sache haben, zurückkehren und gemeinsam nach Lösungen suchen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Was hat das mit Weihnachten zu tun?)

Ich weiß, dass das für Sie schwer ist, aber Sie haben uns an der Seite, wenn es darum geht, eine Lösung des Problems zu finden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion GRÜNE spricht noch einmal der Kollege Frey.

Abg. Josef Frey GRÜNE: Lassen Sie es mich noch einmal versuchen. Lesen Sie die Untersuchungen unserer Polizeihochschulen, und machen Sie sich ein eigenes Bild.

(Zuruf des Abg. Matthias Präfrock CDU)

Als ich vorhin den Platzspitz-Park erwähnt habe – das ist vielleicht in all den Zwischenrufen von Ihrer Seite untergegangen –, habe ich auch gesagt, dass ich in dieser Zeit in einer Schweizer Stadt – es war aber nicht Zürich – in der Suchthilfe tätig

(Josef Frey)

war. Ich habe es also beobachtet. Als sich die Szene am Platzspitz-Park auflöste, nachdem dort massiv Repressionen erfolgt sind, kam es zu Verlagerungen in einen benachbarten Bahnhof, in einen Bahnhof in einem anderen Stadtteil. Die Situation am Platzspitz-Park hat sich also nicht sonderlich gebessert, sondern wurde lediglich etwas abgemildert.

Für die Situation am Platzspitz-Park hat man das Viersäulenmodell entwickelt. Man hat die verschiedenen Disziplinen an einen Tisch gebracht und ist das Problem angegangen. Jetzt scheint es mir, als ob Sie die signifikanten Überschneidungen der verschiedenen Disziplinen und die wirksamen Maßnahmen, die die Wissenschaftler herausgearbeitet haben, einfach ignorieren. Es kann nicht Sinn der Sache sein, dass Sie jetzt vom Ministerpräsidenten und auch vom Innenminister fordern, diese Erkenntnisse im Papierkorb landen zu lassen. Sie müssen diese Erkenntnisse der Hochschulen der Polizei ernst nehmen und auch umsetzen, soweit Sie dies können.

Im Wissen, dass das wissenschaftliche Arbeiten in Ihrer Fraktion nicht unbedingt so geübt ist – der Ministerpräsident und Herr Gall können es aber sehr gut –, bitte ich Sie, konstruktiv mitzuarbeiten und nicht Teil des Problems zu werden, indem Sie hier nur polarisieren und an einem Punkt festhalten, obwohl ein Maßnahmenkatalog, der es wirklich in sich hat, gemeinsam entwickelt wurde.

(Abg. Andreas Deuschle CDU: Unverschämtheit!)

Herr Gall, nochmals die Bitte: Geben Sie die Untersuchungen auch für die Kollegen der CDU-Fraktion frei, damit sie die Untersuchungen in der ursprünglichen Form bekommen und sich ein Bild davon machen können, welche qualitativ gute Arbeit die Polizisten hier abgeliefert haben.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen)

Präsident Guido Wolf: Für die SPD-Fraktion spricht nochmals Kollege Schmiedel.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte Ihnen einmal sagen, was aus meiner Sicht der Unterschied zwischen Ihnen und uns ist.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Vorsicht, Glatteis! Pirouette! Zickzack!)

Sie haben das Thema diskutiert und angekündigt, Sie lösen es über ein Gesetz.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Sie sind besser, oder was?)

Sie haben ein Gesetz angekündigt, aber nicht geliefert. Deswegen ist es doch so: Wenn Sie, Herr Blenke, jetzt mit dem Finger auf den Innenminister oder den Ministerpräsidenten zeigen, zeigen immer drei Finger auf Sie zurück.

(Zuruf von der CDU: Vier!)

Ein Gesetz wird in dieser Wahlperiode nicht kommen.

Der Unterschied zwischen Ihnen und uns ist, dass wir das Problem nicht sich selbst überlassen, sondern dass dieser runde

Tisch Vorschläge erarbeitet hat, die unterhalb gesetzlicher Änderungen Lösungsmöglichkeiten aufzeigen. Diese sollte man auch nicht kleinreden oder geringerschätzen.

Nachdem nun ein solches Maßnahmenbündel auf dem Tisch liegt, haben wir die Erwartung, dass man am runden Tisch weiterarbeitet, Kommunen und Städte identifiziert und diese einlädt, sich mit Unterstützung des Landes an einem Modellprojekt zu beteiligen. Wir wären bereit, mitzuhelfen, monetär zu unterstützen und interdisziplinäre Arbeitsgruppen mit dauerhafter Konsistenz zu bilden. Das heißt, dass Geld auf den Tisch gelegt werden muss und dass eine personelle Kontinuität gegeben sein muss.

Darüber hinaus geht es darum, dass bestehende Regelungen im öffentlichen Raum durchgesetzt werden. Jeder kennt es doch aus seiner eigenen Kommune: Am Spielplatz ist ein Schild angebracht, auf dem „Für Kinder bis 12 Jahren“ steht, aber ab 20:00 Uhr finden wir dort nur Ältere vor. Da sich aber niemand um die Situation kümmert, verstetigt sie sich.

Ein wirklich konsequentes Umsetzen dieser Maßnahmen mit Unterstützung des Landes in einer Modellregion ist notwendig, hilft aber nicht von heute auf morgen. Denn ein derartiges grundlegendes gesellschaftliches Problem, das dahintersteht, kann man nicht mit einem einzigen Schlüssel lösen, den man einfach umdreht. Schließlich handelt es sich dabei um Menschen, die – aus welchen Gründen auch immer – den Halt verloren haben. Insofern muss man ihnen helfen, einen neuen Halt zu finden. Aber das dauert, und deswegen muss man gemeinsam andere Ansätze verfolgen.

Ich hoffe, dass wir zusammen mit dem Innenministerium fünf, sechs, sieben oder acht größere Städte dafür gewinnen können. Es geht darum, auf der Basis dessen, was hier erarbeitet wurde, Modelle zu entwickeln. Diese müssen wir dann begleiten, um zu zeigen, dass wir nicht nur zuschauen, sondern dass wir auch wirksame Strategien gegen den Alkoholmissbrauch im öffentlichen Raum verfolgen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion der FDP/DVP spricht Kollege Professor Dr. Goll.

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Positionen und Argumente sind ausgetauscht. Deswegen möchte ich mich auf einen einzigen Hinweis beschränken.

Ich fand es schon mutig, Herr Innenminister, dass Sie dazu jetzt selbst das Wort ergriffen haben; denn ich habe vorhin nicht viel dazu gesagt. Sie haben eigentlich dasselbe Problem wie der Ministerpräsident. Deswegen war ich gespannt, wer jetzt dazu redet. Vielleicht hätte das auch Herr Hermann machen können, weil die Plätze zur öffentlichen Infrastruktur gehören.

(Heiterkeit bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Ausweichen tun andere, Herr Kollege! – Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Aber an einer Stelle – lieber Herr Blenke! – war es mir doch ein bisschen viel. Deswegen will ich doch sagen: Für einen

(Dr. Ulrich Goll)

Innenminister, der sich hinter einem Häuflein Jusos versteckt, haben Sie den Mund ganz schön vollgenommen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Da wäre ein bisschen mehr Bescheidenheit angesagt.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Die Jusos haben mehr Mitglieder als die FDP! Ein Vielfaches der FDP! – Abg. Martin Rivoir SPD: Die haben mehr Mitglieder als die FDP! – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Quantitativ, aber nicht qualitativ!)

Aber das wäre ein guter Vorsatz fürs neue Jahr.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Präsident Guido Wolf: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

a) Zweite und Dritte Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung eines Zweiten Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2014 – Drucksache 15/4411

Beschlussempfehlungen und Berichte des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksachen 15/4440, 15/4441

Berichterstatter: Abg. Klaus Maier

b) Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und anderer Gesetze – Drucksache 15/4353

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/4444

Berichterstatter: Abg. Klaus Herrmann

c) Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft vom 4. Dezember 2013 – Mittelfristige Finanzplanung für die Jahre 2013 bis 2017 – Drucksachen 15/4412, 15/4442

Berichterstatter: Abg. Klaus Maier

d) Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 4. Dezember 2013 – Finanzplan des Landes Baden-Württemberg gem. § 18 Absatz 10 Landeshaushaltsordnung für die Jahre 2013 bis 2020 (Stand: November 2013) einschließlich der verbindlichen Orientierungspläne für die Haushaltsjahre 2015 und 2016 – Drucksachen 15/4413, 15/4443

Berichterstatter: Abg. Klaus Maier

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von 15 Minuten je Fraktion festgelegt.

Für die CDU-Fraktion erteile ich dem Kollegen Klaus Herrmann das Wort.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Guter Mann!)

Abg. Klaus Herrmann CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als wir den Nachtragshaushalt am vergangenen Freitag im Finanz- und Wirtschaftsausschuss behandelt haben, haben wir auch einigen Punkten in diesem Nachtragshaushalt zugestimmt, die wir für richtig und sinnvoll halten.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sehr gut!)

Wir haben einer Erhöhung der Mittel für den Brücken- und Straßenerhalt zugestimmt.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Aha!)

Wir haben Mitteln für die Bundesgartenschau in Heilbronn zugestimmt. Denn wenn wir wieder einmal eine Bundesgartenschau in Baden-Württemberg haben, dann sollte sich das Land wie auch in früheren Jahren daran beteiligen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir haben einer Mehraufwendung für die Modernisierung der EDV in der Steuerverwaltung zugestimmt, und wir haben Mehraufwendungen wegen erhöhter Flüchtlingszahlen zugestimmt. Denn wenn die Zahlen nun höher sind, fallen auch mehr Mittel an. Da dies die einzige Änderung im Etat des Integrationsministeriums ist, werden wir diesem Etat nachher zustimmen. Das tun wir allerdings nicht, weil wir das Ministerium jetzt plötzlich für richtig halten würden, sondern weil wir die von Ihnen beantragte Änderung für richtig und sinnvoll halten.

Wir haben diesen Punkten auch deshalb zugestimmt, weil die Finanzierung aus den Überschüssen des Jahres 2012 erfolgt und damit gesichert ist.

Schließlich werden wir auch der Änderung des Finanzausgleichsgesetzes zustimmen. Hier wird die Beteiligung der Kommunen am Hochwasser-Aufbauhilfefonds geregelt. Sie übernehmen da die von uns bereits 2002 angewandte bewährte Verteilung zwischen Land und Kommunen. Deshalb stimmen wir diesem Gesetzentwurf zu.

Aber damit hat es sich auch schon mit den Gemeinsamkeiten.

Ich will nun ein paar Punkte ansprechen, die auch in der ersten Lesung eine Rolle gespielt haben, und diese widerlegen.

Das eine ist die sogenannte Erblast, von der Sie, Herr Finanzminister, immer wieder sprechen. Ich will Ihnen einmal sagen, was wir Ihnen übergeben haben. Die Schulden des Landes betragen zum Zeitpunkt der Landtagswahl 43 Milliarden €. Wir waren damit bei der Pro-Kopf-Verschuldung nach Bayern und Sachsen auf dem dritten Platz bundesweit, weit vor Hessen, das auf dem vierten Platz lag.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Heute beträgt der Schuldenstand 44,7 Milliarden €. Bayern und Sachsen haben in der Zwischenzeit Schulden zurückgezahlt, während Sie neue Schulden aufgenommen haben. Das ist die Wahrheit.

(Klaus Herrmann)

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Zuruf von der CDU: Bravo!)

Von Frau Sitzmann und Herrn Schmiedel wurde immer wieder angesprochen, es gebe zwar Steuermehreinnahmen, man müsse aber auch sehen, was in die Ausgleichssysteme fließt. Ich habe mir jetzt einmal genau angeschaut, wie in der letzten von uns verantworteten mittelfristigen Finanzplanung die Nettosteureinnahmen für 2013 geschätzt wurden. Grundlage war damals die Steuerschätzung vom Mai 2010. Für das Jahr 2013 wurden damals die Nettosteureinnahmen auf 18,2 Milliarden € geschätzt. Tatsächlich haben Sie jetzt nach der Steuerschätzung vom November dieses Jahres 21,5 Milliarden € an Nettosteureinnahmen im Jahr 2013.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Hört, hört!)

Das sind die Steuereinnahmen nach Abzug der von den Steuereinnahmen abhängigen Ausgaben für den Länderfinanzausgleich und den kommunalen Finanzausgleich.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Aha!)

Sie haben also 3,3 Milliarden € mehr zur Verfügung, als wir damals prognostiziert hatten.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: So sieht es aus! Genau!)

Deshalb ist klar: Die durch die Wirtschaftskrise verursachte Deckungslücke, die wir zum Zeitpunkt der Landtagswahl für 2013 prognostiziert hatten, ist durch die Nettosteuer-mehreinnahmen locker gedeckt worden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Abg. Dieter Hillebrand CDU: Sehr richtig!)

Trotzdem gibt es eine Lücke in Ihrem Haushalt. Warum? Weil Sie im Nachtrag 2011 und insbesondere im Haushalt 2012 die Ausgaben bei vielen Einzelpositionen deutlich erhöht haben.

Ich will es nur an einem einzigen Beispiel deutlich machen: Der Etat des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport hatte im Jahr 2010 ein Volumen von 8,7 Milliarden €. 2014 beträgt das Volumen 9,6 Milliarden €. Das bedeutet eine Steigerung um etwa 900 Millionen €, also um über 10 %. Das entspricht bei Weitem nicht den Erhöhungen bei der Lehrerbese-dung; denn da sparen Sie ja auch einseitig bei den Beamten ein. Sie haben hier Mehraufwendungen, obwohl die Zahl der Schüler um 55 000 zurückgegangen ist. Warum haben Sie diese Mehraufwendungen? Weil G 8 und G 9 parallel laufen, weil die Gemeinschaftsschulen üppig ausgestattet werden und andere kostspielige Experimente durchgeführt werden. Dann reicht das Geld eben nicht aus.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Abg. Dieter Hillebrand CDU: So ist es!)

Ich könnte aus anderen Etats noch ähnliche Beispiele nennen.

Ein weiterer Punkt, den wir sehr kritisch sehen, ist die Schaffung von 130 Neustellen über diesen Nachtragshaushalt. Das fällt auf den ersten Blick gar nicht auf. Nicht berücksichtigt hierbei sind die Polizeireform und der Ausbau der Außenstel-

le der Dualen Hochschule in Heilbronn, die in eine Studienakademie umgewandelt wird. Letzteres ist ein Sonderfall, weil hier die Finanzierung teilweise über die Dieter Schwarz Stiftung erfolgt.

Von den zusätzlichen 130 Stellen sind allein 63 für den Nationalpark vorgesehen. Aber dann bleiben immer noch 67 Neustellen übrig. Da sind Kleinigkeiten dabei wie eine Stelle für das Forschungsprojekt Evaluierungsplanung, neun Stellen für einen Planungsleitfaden Bürgerbeteiligung, zwei Stellen für die Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität,

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

zwei Stellen für den Ausbau der Windkraft. Das mag im Einzelfall alles richtig und sinnvoll sein.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Aber?)

Aber wenn man in einem Haushalt mit Hunderttausenden Stellen 67 Stellen für neue Aufgaben nicht durch Umschichtungen erbringt, dann haben Sie Ihre Aufgabe verfehlt, Herr Finanzminister.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Abg. Dieter Hillebrand CDU: So ist es!)

Es wird immer behauptet, wir würden keine Sparvorschläge machen. Wir haben eine Menge Sparvorschläge gemacht: kein neues Integrationsministerium, keine Aussetzung der Stellenabbauprogramme, keine Neustellen in Ministerien, kein paralleler Betrieb von G 8 und G 9 usw. Aber Sie haben alle Einsparvorschläge, die wir gemacht haben, abgelehnt.

Wir geben Ihnen heute noch einmal die Möglichkeit, Änderungsvorschläge aufzugreifen, indem wir zu drei Themenkomplexen Anträge gestellt haben, die Einsparungen beinhalten. Lehnen Sie den Nationalpark ab! Lehnen Sie die Polizeireform ab!

(Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Lehnen Sie die Gewährung zusätzlicher Mittel in Höhe von 500 000 € für die Fortbildung der Gemeinschaftsschullehrkräfte ab!

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Absurd!)

Wir sind nicht gegen die Fortbildung von Lehrern. Wir sind aber dagegen, dass man einseitig die Gemeinschaftsschullehrkräfte fortbildet, während man für die anderen Lehrkräfte keine Erhöhung vorschlägt.

(Beifall bei der CDU – Abg. Siegfried Lehmann GRÜ-
NE meldet sich. – Glocke des Präsidenten)

– Herr Kollege Lehmann, ich gestatte keine Zwischenfrage, weil ich das jetzt einmal im Zusammenhang darstellen muss. Sie können sich anschließend zu Wort melden. Der Minister hat in der ersten Lesung zweimal recht ausführlich gesprochen. Da braucht man Zeit, um hierzu Stellung zu nehmen.

(Zuruf des Abg. Manfred Lucha GRÜNE)

Der wichtigste Punkt ist: In den Beratungen des Finanz- und Wirtschaftsausschusses hat der Minister mitgeteilt, dass der

(Klaus Herrmann)

Überschuss aus dem Jahr 2012 bereits teilweise im Haushalt 2014 etatisiert ist. Ich habe vorhin darauf hingewiesen: Das war die Gegenfinanzierung für einige Maßnahmen, die wir auch mittragen.

(Zuruf von der SPD: Aha!)

Aber es ist immer noch ein Überschuss von 1 Milliarde € vorhanden. Genau sind es 1,0545 Milliarden €. Wir beantragen, dass die verbleibende Kreditermächtigung für 2014 entsprechend reduziert wird. Dann hat man im nächsten Jahr nur noch eine Kreditermächtigung von 123,7 Millionen €.

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Da Sie, Herr Minister, gesagt haben, im Jahr 2013 sei mit einem weiteren Überschuss im unteren dreistelligen Millionenbereich zu rechnen – 123,7 Millionen € ist ein Betrag im unteren dreistelligen Millionenbereich –, können wir schlüssig darlegen: Wenn Sie wollen, können Sie 2014 ohne neue Kreditermächtigung auskommen. Machen Sie es so wie Bayern und Sachsen! Das ist der richtige Weg.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Transparent!)

Sie sagen, bei einem Volumen von 42 Milliarden € könne man den Haushalt nicht auf Kante nähen. Das stimmt. Aber der richtige Weg wäre, dass Sie jetzt die Schuldenaufnahme reduzieren. Sollten unvermeidliche Mehrausgaben auf uns zukommen, dann kann man das durch Einsparungen auffangen. Da Sie das nicht machen, drängt sich der Verdacht auf, Sie wollten jetzt Rücklagen bilden, um vor der nächsten Landtagswahl ein Beglückungsprogramm unters Volk zu streuen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dieter Hillebrand CDU: So ist es!)

Da uns die Absenkung der Neuverschuldung außerordentlich wichtig ist, werden wir zu diesem Punkt eine namentliche Abstimmung beantragen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dieter Hillebrand CDU: Sehr gut!)

Der Kollege Eppele, der im Namensaufruf erfahren ist, ist ja heute wieder als Schriftführer tätig.

(Heiterkeit – Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP sowie der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE)

Eine Bemerkung zur Neuregelung des Landespersonalvertretungsgesetzes: Sie haben bei der Beratung hierüber im Plenum gesagt, die Neuregelung erfolge kostenneutral – in Ordnung. Im Etat des Kultusministeriums sind 150 000 € etatisiert mit der Bemerkung:

Mehr infolge Wahlen und wegen Änderung des LPVG.

Herr Minister Stoch hat im Finanz- und Wirtschaftsausschuss gesagt, die Maßnahme sei gegenfinanziert – in Ordnung. Aber warum weist ein Ministerium hier etwas aus, während die anderen dies nicht tun? Wir haben von der Regierung einen Bericht über die Umsetzung dieses Gesetzes, auch was den Haushalt betrifft, zugesagt bekommen. Es ist Aufgabe des Parla-

ments, hier konkret nachzufragen, ob es tatsächlich mehr Geld kostet oder nicht.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Abg. Dieter Hillebrand CDU: Sehr gut!)

Meine Damen und Herren, der Nachtragshaushalt ist weit entfernt von einer soliden, nachhaltigen Haushaltspolitik. Sie schaffen Neustellen, Sie finanzieren kostspielige Prestigeprojekte wie den Nationalpark und die Polizeireform.

(Lachen des Abg. Manfred Lucha GRÜNE)

Diese negativen Inhalte des Nachtragshaushalts überwiegen bei Weitem die wenigen positiven Punkte, die ich einleitend genannt habe. Aus diesem Grund lehnen wir den Nachtragshaushalt ab.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Sehr gut!)

Präsident Guido Wolf: Meine Damen und Herren, bevor wir in der Debatte fortfahren, darf ich zunächst im Zuhörerbereich eine Delegation der Kantonsregierung und des Großen Rats des Kantons Schaffhausen unter der Leitung von Herrn Regierungsrat Dr. Reto Dubach herzlich begrüßen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Ebenfalls herzlich willkommen heiße ich Herrn Kantonsratspräsident Richard Bühler und seine Kolleginnen und Kollegen von der Ständigen Kommission für grenzüberschreitende Zusammenarbeit.

Ich begrüße auch Sie, Frau Generalkonsulin Flückiger Sutter, sehr herzlich.

Meine Damen und Herren, die Delegation aus Schaffhausen besucht heute den Landtag, um die seit vielen Jahren bestehenden parlamentarischen Kontakte zu vertiefen und mit Vertreterinnen und Vertretern der Fraktionen aktuelle grenzüberschreitende Fragen zu erörtern. Es gibt derer viele. Wir freuen uns auf die Fortsetzung dieser guten Gespräche und möchten auch an dieser Stelle die Freundschaft über die deutsch-schweizerische Grenze hinweg betonen. Bei allem, was uns in der Sache manchmal trennt, ist klar: Wir sind Freunde und können deshalb auch und vor allem über strittige Themen in besonderer Weise gut diskutieren.

Seien Sie uns heute in Baden-Württemberg herzlich willkommen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Das Wort erteile ich für die Fraktion GRÜNE Frau Kollegin Aras.

Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieser Nachtrag ist ein guter Haushalt, weil er dazu beiträgt, die Landesfinanzen zu konsolidieren, und weil er gleichzeitig wichtige Zukunftsinvestitionen wie die Einrichtung des Nationalparks oder die Sanierung von Landesstraßen und Brücken ermöglicht.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

(Muhterem Aras)

Dieser Haushalt ist aber auch ein Zeichen für Verlässlichkeit und Langfristigkeit

(Lachen des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

in der Politik und ein Zeichen dafür, dass es zum Glück Politikerinnen und Politiker gibt, die zu ihrem Wort stehen. Sie, Herr Hauk, haben bei der Einbringung des Haushalts den Ministerpräsidenten mit seinen Worten aus dem Jahr 2010 wie folgt zitiert: Wir müssen

bei diesem Haushalt damit beginnen, die Ausfahrt aus der Schuldenspirale zu nehmen, und zwar heute und nicht erst nach der nächsten Landtagswahl, im Jahr 2012 oder 2013. Jetzt müssen wir Konsolidierungspfade beschließen, wenn wir den Staat nicht in die Handlungsunfähigkeit führen wollen.

Lieber Kollege Hauk, diese Aussage war damals richtig und ist es auch heute noch.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Dann müsste man es auch machen! – Abg. Peter Hauk CDU: Dann machen Sie es doch einfach! Nullverschuldung jetzt! Das ist doch ganz einfach!)

Die Ausfahrt aus der Schuldenspirale ist nach wie vor das Leitbild der grün-roten Haushaltspolitik. Mit dem Finanzplan 2020 legen wir heute einen verbindlichen Abbaupfad fest und zeigen auf, wie wir das strukturelle Defizit bis zum Jahr 2020 ausgleichen. Gleichzeitig senken wir die jährliche Nettokreditaufnahme bis zum Jahr 2020 auf null.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Machen Sie doch einfach null!)

Lieber Kollege Hauk, Sie zitieren den damaligen Fraktionsvorsitzenden der Grünen und heutigen Ministerpräsidenten zwar richtig – es gehört ja auch nicht viel dazu, jemanden richtig zu zitieren –, aber Sie schaffen es nicht, die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen. Die richtige Schlussfolgerung ist nämlich, dass dieser Nachtrag ein Dokument der Verlässlichkeit ist. Er ist ein weiterer Meilenstein auf der Ausfahrt aus der Schuldenspirale. Unser Nachtragshaushalt ist verlässlich und ist auf ein festes Fundament gebaut. Es ist Ihre Kritik, Herr Hauk, die auf Sand gebaut ist.

Schauen wir uns doch einmal an, welche Botschaften mit diesem Haushalt verbunden sind. Die erste wichtige Botschaft lautet: Die Konsolidierung geht weiter. Im Nachtrag stehen zusätzliche strukturelle Einsparungen in Höhe von 260 Millionen €. Diese ergeben sich u. a. aus den geringeren Personalausgaben und niedrigeren Zinsausgaben.

Übrigens haben Sie, liebe CDU-Kolleginnen und -Kollegen, bei der Reduzierung der Personalausgaben gekniffen, als es um die Verschiebung der Besoldungsanpassung ging. Mit den von uns beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen haben wir das ursprünglich vorgefundene und vom Rechnungshof bestätigte strukturelle Defizit – und zwar CDU-Defizit – von 2,5 Milliarden € bereits um die Hälfte reduziert. Das ist eine Leistung, die sich sehen lassen kann.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Die zweite wichtige Botschaft dieses Haushalts ist, dass die vorgesehene Kreditaufnahme für das nächste Jahr um 260 Millionen € reduziert werden kann. Herr Hauk, Sie erzählen ja immer gern, Sie hätten in den Jahren 2008 und 2009 eine Nullneuerschuldung erreicht.

(Abg. Karl Rombach CDU: Stimmt auch! Klar!)

Richtig so weit. Stimmt. Aber schauen Sie sich doch einmal an: Sie haben 58 Jahre lang regiert. Ich finde, bei 58 Jahren Regierungszeit ist das kein Ruhmesblatt Ihrer Finanzpolitik. Deshalb wäre ich da etwas vorsichtig.

Wenn Sie so solide gewirtschaftet hätten, wie Sie heute tun, fragt man sich doch, woher allein der offene Schuldenberg auf dem Kreditmarkt in Höhe von 43 Milliarden € zusammenkommt.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Andere zahlen zurück! Sie machen es nicht! – Abg. Peter Hauk CDU: Das waren die Großen Koalitionen! Das ist doch klar!)

Wenn man sich ein paar Jahre anschaut – die Finanzkrise herausgenommen – und nur die Jahre 2000 und 2006 vergleicht, ergibt sich: Im Jahr 2000 hatten wir einen Schuldenstand von 29,5 Milliarden €. Im Jahr 2006 lag er bei 41 Milliarden €, und zwar bei steigenden Steuermehreinnahmen. Auch die sind gestiegen. Innerhalb von sechs Jahren haben Sie den Schuldenstand also um fast 12 Milliarden € erhöht.

(Zurufe von der CDU)

– Das ist so. Sie können die Zahlen den Veröffentlichungen des Statistischen Landesamts entnehmen. Schuldenstand 2006: 41 Millionen €.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Milliarden!)

– Milliarden natürlich. – Schuldenstand 2000: 29,5 Milliarden €. Die Differenz sind 11,5 Milliarden €, also fast 12 Milliarden €. Darauf wäre ich nicht stolz. So haben Sie auch in Zeiten von Steuermehreinnahmen Schulden angehäuft. Sie waren, was die Schulden angeht, also nicht auf einem Abbaupfad, sondern auf einem Aufbaupfad unterwegs.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das rechtfertigt für Sie, so weiterzumachen?)

Wenn man sich die Zahlen genau betrachtet, kann man fast froh sein, dass Sie in 58 Regierungsjahren „nur“ 43 Milliarden € Kreditschulden angehäuft haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ihre Frequenz ist höher! – Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Aber auch hier gilt die wichtige Botschaft: Wir haben die Ausfahrt aus der Schuldenspirale genommen und bauen die Kreditaufnahmen in kleineren Schritten ab. Deshalb haben wir ja auch von den Ratingagenturen die Bestnote AAA bekommen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Ja, die ist doch nicht neu!)

– Moment mal. Sie von der Opposition sagen ja, der Haushalt beruhe auf Taschenspielertricks und enthalte Luftbuchungen.

(Muhterem Aras)

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das kann man wohl sagen! – Abg. Peter Hauk CDU: Das kann man laut sagen!)

Liebe Kollegen Hauk und Rülke, wenn es so wäre und die Ratingagenturen uns deshalb das AAA gegeben hätten, dann hätte man das Land zu Ihrer Regierungszeit gar nicht abwerten müssen.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Sie ignorieren die Finanzkrise!)

Denn Ihre Haushalte bestanden nur aus Tricksereien und Täuschungstricks.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Sie ignorieren die Finanzkrise! Aber wirklich! Das ist doch Schwarz-Weiß-Malerei, was Sie da machen!)

– Ja, ja. – Zu Ihrer Zeit sind wir „abgeratet“ worden, und zu unserer Zeit – wir regieren jetzt gerade einmal zweieinhalb Jahre –

(Abg. Peter Hauk CDU: März 2011!)

haben wir im Jahr 2011 AAA bekommen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Im März 2011! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: In Vorfreude auf Sie!)

Im Jahr 2012 haben wir es auch bekommen, und im Jahr 2013 ist es bestätigt worden. Ich möchte aus der Begründung der Ratingagentur zitieren:

Die Heraufstufung spiegelt unsere Erwartung wider, dass die neue Landesregierung den Kurs auf eine Sanierung der Staatsfinanzen fortsetzen wird.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Fortsetzen wird! Richtig! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Moment. Nicht zu früh freuen, liebe Kollegen! Das war ein Zitat aus dem Jahr 2012.

Die Ratingagenturen haben das AAA im Jahr 2013 bestätigt. Also Fortsetzung der Konsolidierungspolitik.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Frau Kollegin Aras, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Nein, ich gestatte keine Zwischenfrage.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Lieber nicht! – Unruhe)

Das wichtigste Instrument, um aus der Schuldenspirale herauszukommen, sind die Orientierungspläne. Sie geben erstmals in der Geschichte des Landes den Ressorts klare Zielvorgaben, welche Einsparungen erbracht werden müssen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: In der allgemeinen Finanzverwaltung hauptsächlich!)

Diese Einsparungen orientieren sich an klaren, transparenten Kriterien, die für alle gelten. Auch diese Orientierungspläne sind echte Meilensteine in der Konsolidierungspolitik des Landes. Darauf sind wir stolz.

Mit diesem Haushalt setzen wir die Konsolidierungspolitik fort, aber wir sanieren und investieren gleichzeitig in uns wichtigen Bereichen. Ich möchte nur einige Beispiele nennen. Beispielsweise nenne ich die Straßensanierung. Ich dachte, ehrlich gesagt, die CDU sei immer ein Freund der Straße bzw. ihr Lieblingsprojekt sei die Straße.

(Abg. Peter Hauk CDU: Mobilität!)

Wenn man sich anschaut, was Sie in den letzten Jahren gemacht haben, welchen Sanierungsstau Sie hinterlassen haben, erkennen wir, dass Sie gar nichts begriffen haben. Die Straßen und Brücken sind so marode, dass man viele Brücken hätte sperren müssen, wenn wir jetzt nicht zusätzliches Geld in die Hand nehmen würden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Karl Rombach CDU: Welche?)

Deshalb: Wir setzen 125 Millionen € für die Straßensanierung ein – das ist Substanzerhalt –, so viel Geld wie noch nie.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Das ist ja weniger, als die Polizeireform kostet!)

– Was haben Sie denn eingesetzt?

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Wir haben keine Polizeireform gemacht! – Abg. Winfried Mack CDU: Wir haben die Nullneuerschuldung gemacht!)

Sie haben gerade einmal 50 Millionen € eingesetzt. Wir setzen mehr als das Doppelte ein.

Ein zweiter wichtiger Bereich ist der Nationalpark. Über die Wichtigkeit und die Wirtschaftlichkeit des wichtigsten Naturschutzvorhabens des Landes

(Zuruf von der CDU: Wo ist das wirtschaftlich?)

sind die Argumente ausgetauscht. Ich jedenfalls bin sehr froh, dass die Arbeiten am Nationalpark am 1. Januar bzw. am 2. Januar 2014 beginnen können.

(Beifall bei den Grünen)

Auch aus Haushaltsersicht lässt sich sagen: Wir haben wirklich mit spitzem Bleistift gerechnet. Ich danke Minister Bonde noch einmal. Das Ergebnis ist ein sparsames und trotzdem leistungsfähiges Konzept für einen Nationalpark, der Baden-Württemberg reicher machen wird.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja! Um den Borkenkäfer!)

Allerdings bin ich von der CDU enttäuscht, die in den Ausschussberatungen für ihren Minibürgernationalpark – er hätte ja die Kriterien gar nicht erfüllt – nicht einmal einen symbolischen Euro beantragt hat. So viel dazu, dass Sie einen Bürgernationalpark haben wollten.

(Zurufe von der CDU und der FDP/DVP)

(Muhterem Aras)

Der nächste Bereich, der wichtig ist und in diesem Haushalt zum Ausdruck kommt, ist der Bereich der Flüchtlinge. Aktuelle Prognosen des BAMF besagen, dass die Zahlen deutlich ansteigen werden. Für 2014 ist in Baden-Württemberg mit ca. 14 000 Flüchtlingsneuzugängen zu rechnen. Das erfordert zum einen natürlich zwangsläufige und unabwendbare Mehrausgaben. Aber es geht uns um mehr. Es geht uns darum, wie wir mit Menschen umgehen, die aufgrund von Krieg und Unruhen ihre Heimat verlassen und bei uns Zuflucht suchen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Die meisten kommen gar nicht zu uns! Nur 5 %! Von Syrien sind es nur 5 %!)

Deshalb ist es uns wichtig, dass Menschen, die bei uns Zuflucht suchen, hier unter humanen und würdigen Bedingungen untergebracht werden und leben können. Aus diesem Grund sind wir froh, dass wir die Mittel für die Flüchtlingssozialarbeit aufstocken konnten. Das dient auch den Kommunen und hilft ihnen. Auch in dieser Hinsicht lassen wir die Kommunen nicht allein. Es geht um Mehrausgaben von 122 Millionen €.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ein weiterer wichtiger Bereich ist das Technikpaket für die Steuerverwaltung. Liebe Kollegen von der CDU, Sie haben die Steuerverwaltung in Ihren Regierungszeiten nicht nur personell ausbluten lassen, sondern Sie haben sie auch nicht mit der nötigen Technik ausgestattet.

(Zuruf von der SPD: Aha! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Herr Schmiedel wurde x-mal angeschrieben, und er hat nicht reagiert!)

Sie haben in den letzten zehn Jahren Ihrer Regierungszeit über 2 000 Stellen abgebaut. Dank Grün-Rot gibt es jetzt Stellenzuwächse. Wir statten unsere Steuerverwaltung technisch adäquat und zeitgemäß aus.

(Abg. Karl Rombach CDU: Das Personal wird gar nicht gebraucht, wenn er die Steuererklärung nicht abgibt!)

Waren Sie einmal in einem Finanzamt? Wissen Sie, was unsere Betriebsprüfer – –

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Wort hat Kollegin Aras. Vielleicht können Sie sich auch mit Zwischenrufen etwas zurückhalten, damit das, was sie sagt, auch einigermaßen herüberkommt. Ansonsten müsste ich ständig läuten.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Das, was rüberkommt, genügt mir! – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

– Herr Kollege Zimmermann, das gilt auch für Sie.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: So eine Frage: Ob ich schon einmal bei einem Finanzamt war! – Glocke des Präsidenten)

– Herr Kollege Zimmermann, das gilt auch für Sie.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: So eine Frage ist eine Unverschämtheit!)

Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Lieber Kollege Zimmermann, es geht mir darum: Das Land ist verantwortlich und hat eine Fürsorgepflicht gegenüber seinen Beschäftigten. Es geht darum, dass man sich einmal anschaut, unter welchen Bedingungen diese Beschäftigten die Arbeit bestmöglich erbringen. Darum geht es.

Ich habe mir viele Finanzämter von innen angeschaut. Es geht darum, dass Betriebsprüfer, die zur Prüfung zu den Konzernen gehen, nicht einmal einen UMTS-Stick haben, um sich online einzuloggen, um zu recherchieren. Was müssen sie machen? Sie müssen dann wieder ins Amt und verlieren Zeit. Die Konzerne hingegen sind sehr gut ausgestattet. Darum geht es.

Es geht auch darum, dass sie Bildschirme haben, die gerade einmal ein bisschen größer als ein I-Pad sind. Sie müssen aber komplizierte Sachverhalte

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Frau Kollegin, da sprechen Sie den absolut Verkehrten an!)

über mehrere Geschäftsjahre hinweg in komplizierter Software gleichzeitig bearbeiten und anschauen können.

Es geht darum, wie wir die Arbeitsbedingungen der beim Land Beschäftigten verbessern. Darum geht es.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir wollen Telearbeitsplätze schaffen. Es geht darum, dass wir Arbeit zu den Menschen bringen. Auch das dient den Menschen im ländlichen Raum. Es kann nicht sein, dass Menschen, die einen geringen Arbeitsumfang – 10, 20 % – haben, weil sie Familie, Beruf und Sonstiges vereinbaren wollen, für diesen Arbeitsumfang mehrere Stunden durch die Gegend fahren müssen, um in urbanen Räumen, in Städten arbeiten zu können. Es ist doch egal, wo der jeweilige Fall bearbeitet wird. Wichtig ist, dass der Fall von qualifizierten Mitarbeitern korrekt, richtig bearbeitet wird. Darum geht es. Deshalb sind die Telearbeitsplätze so wichtig.

Letztendlich geht es auch darum, dass wir mit diesen Maßnahmen für Einnahmeverbesserungen sorgen. Sie werfen uns ja fast vor, dass wir mehr Steuereinnahmen haben. Wir haben dafür ja auch viel gemacht. Wir haben die Grunderwerbsteuer – –

(Lachen bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl Zimmermann CDU: Was? – Abg. Klaus Herrmann CDU: Karneval ist erst in einem Monat! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Sie reden sich ein bisschen in Rage!)

– Moment mal. Wer hat die Zahl der Steuerprüfer erhöht? Wir. Sie waren dagegen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wer hat mit dazu beigetragen, dass das deutsch-schweizerische Steuerabkommen abgelehnt wird, durch das wir einmalig 160 Millionen € bekommen hätten? Über die „Steuer-CDs“ haben wir inzwischen über 350 Millionen € für die Landeskasse bekommen. Das sind doch Wahrheiten.

(Zuruf von der FDP/DVP)

Wenn wir mehr Effektivität erzeugen, sind die beim Land Beschäftigten zufriedener und motivierter und können noch sehr

(*Muhterem Aras*)

viel mehr erbringen. An dieser Stelle danke ich diesen Beschäftigten ganz herzlich.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Das Einzige, was Sie persönlich gemacht haben, ist, dass Sie 21 000 € eingenommen haben!)

Ich komme zum Schluss und möchte folgendes Fazit festhalten: Grün-Rot ist voll auf Kurs,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: In Richtung Eisberg!)

um es mit den Worten der Vorsitzenden meiner Fraktion zu sagen. Wir halten Kurs auf Konsolidierung und Nachhaltigkeit der Landesfinanzen, Kurs auf Investitionen und Zukunftsfähigkeit. Mit der schrittweisen Absenkung der Höhe der Kreditaufnahmen und den Orientierungsplänen führen wir dieses Land aus der Schulden Spirale heraus.

(Lachen des Abg. Winfried Mack CDU)

Mit Investitionen in Straßen, Nationalpark, Bildung, Kultur und Verwaltung

(Lachen des Abg. Winfried Mack CDU)

setzen wir wichtige Impulse dort, wo sie dem Land am meisten bringen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Maier.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Jetzt wird es ein bisschen jovialer!)

Abg. Klaus Maier SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben beim Nachtrag gerade Zustimmung zu den wichtigsten Punkten erfahren. Vielen Dank, Herr Herrmann. Ihre Ausführungen zeigen: Das ist ein guter Nachtrag, ein wichtiger Nachtrag.

(Abg. Peter Hauk CDU: Ich glaube, Sie waren nicht da!)

Das unterstreicht auch die gute Finanzpolitik der Regierung.

Schauen wir einmal zurück. 2011 kamen wir mit einer Nullnettoneverschuldung aus, wir hatten Überschüsse. 2012 hatten wir ebenfalls eine Nullnettoneverschuldung; ferner hatten wir 1,2 Milliarden € Überschüsse. 2013 ist ein Jahr, das – nach allem, was wir wissen – gut gelaufen ist.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Wir mussten 2013 von der Kreditermächtigung erst in den letzten Tagen Gebrauch machen und haben viele Zinsen gespart. Die Konjunktur ist stabil. Die Steuereinnahmen liegen im Zielkorridor. Einen Dank richte ich auch an die Steuerzahler. Man muss immer auch ein bisschen sehen, wer die Steuereinnahmen erbringt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Karl Rombach CDU)

Dafür muss man auch einmal einen Dank aussprechen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Ausnahmen bestätigen die Regel! – Lachen des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Das Ganze spiegelt sich im Rating, das wir bekommen haben, wider: AAA; das ist das Rating nach Standard & Poor's.

(Abg. Werner Raab CDU: Verzugszinsen!)

Wir haben das Rating neulich intensiv hinterfragt; wir haben den Bankenverband besucht. Dort wurde uns das von den Experten bestätigt. Sie haben gesagt: Kein Kapitalmarktexperte hat die geringsten Zweifel an der aktuellen Bonität und auch an der langfristigen Bonität des Landes – ausdrücklich auch unter der grün-roten Landesregierung. Das ist also ein klares Lob vonseiten des Bankenverbands.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Karl Zimmermann CDU: „Auch“! „Trotz“ wäre besser!)

Meine Damen und Herren, es ging dem Land noch nie so gut wie heute.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zuruf von der CDU: Paradies!)

Zum Nachtrag selbst: Er sieht Mehrausgaben von 784 Millionen € vor, davon sind 555 Millionen € gegenfinanziert, und 228 Millionen € werden aus Überschüssen finanziert und abgedeckt. Es sind vor allem Ausgaben aufgrund von Rechtsverpflichtungen, z. B. für die Flüchtlingsunterbringung. Das zum Nachtrag.

Eine wichtige Zahl steckt in diesen 784 Millionen €, und zwar die Zahl 400 Millionen €. Das ist eine Rückführung von Eigenkapital, das das Land der Landesbank zur Verfügung gestellt hat. Das ist ein durchlaufender Posten, und das Geld geht jetzt an die Landesbeteiligung. Das ist eine wichtige Zahl und auch ein wichtiges Zeichen. Das bedeutet nämlich: In der Landesbank wurden Risiken abgebaut. Wir bekommen Geld zurück. Die LBBW ist auf einem sehr guten Weg.

Auch die Regierung ist auf einem guten Weg. Der zweite wichtige Punkt in diesem Nachtrag ist die Senkung der Nettokreditermächtigung für 2014 um 260 Millionen € auf 1,2 Milliarden €. Das heißt, die Regierung ist mit ihrem Konsolidierungsziel 2014 vorwärtsgekommen, hat das Ziel sogar übertroffen.

Ich muss an dieser Stelle auch einmal deutlich sagen: Immer wieder liest man in den Zeitungen komische Berichte, die besagen, es werde eine Ermächtigung von 1,2 Milliarden € erteilt. Es geht jedoch nicht um eine neue Ermächtigung. Vielmehr wird die bereits bestehende Ermächtigung in Höhe von 1,4 Milliarden € auf 1,2 Milliarden € abgesenkt. Das muss man unterstreichen. Wir vermindern die Kreditermächtigung für 2014, und das ist ein gutes Zeichen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Setzen Sie sie doch gleich auf null! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das ist kein Kunststück bei über 1 Milliarde €!)

(Klaus Maier)

Die Regierung hat gut gewirtschaftet. Das Jahr 2012 schließt mit einem Überschuss ab. Ich halte es für richtig, dass wir mit diesem Überschuss Mittel in der Hand behalten, um Risiken abzufedern. Diese Risiken gibt es. Es gibt ein EuGH-Urteil zur Altersdiskriminierung, dessen Folgen nur schwer abschätzbar sind. Wir wissen nicht, wie viele Flüchtlinge wir im nächsten Jahr noch aufnehmen müssen. Es ist nicht ausgeschlossen, dass wir für diese wichtigen Aufgaben noch einmal Geld nachschießen müssen.

Unsicherheiten birgt auch die mittelfristige Finanzplanung. Hier wurden vorsorglich Einnahmen eingestellt, die vom Bund erwartet werden. Dem Koalitionsvertrag zufolge werden Mittel fließen; die Höhe und der Zeitpunkt sind aber noch ungewiss. Daher sage ich ganz klar: Es ist ratsam, eine Reserve bereitzustellen.

Eine Reserve bereitzustellen ist auch überhaupt nichts Neues. In der Vergangenheit haben das frühere Landesregierungen ebenso praktiziert. 2007 hatten wir eine Situation mit einer Kreditemächtigung und mit einem Überschuss. Die Forderung der Opposition lautete, dass man mit diesem Überschuss die Kreditemächtigung abbauen soll. Ich zitiere aus dem Protokoll vom Mittwoch, 14. Februar 2007, den sehr verehrten Finanzminister Gerhard Stratthaus:

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Warum macht ihr es dann nicht? Ihr wart doch damals in der Opposition!)

Wenn wir gewollt hätten, wenn wir eine Schau veranstalten wollten, hätten wir die Verschuldung noch weiter zurückführen können. ... Jemand, dem es auf Schaeffekte ankommt, hätte dies gemacht. Wir machen das nicht. Wir handeln solide.

Also überhaupt nichts Neues. Der Finanzminister macht es ganz genauso wie seine Vorgänger.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Peter Hauk CDU: Was sagen Sie denn zu Ihrer damaligen Kritik? – Zurufe der Abg. Karl Zimmermann und Klaus Herrmann CDU)

Neben diesen wichtigen Punkten, die der Nachtrag enthält, sind auch ein paar wichtige Ausgabenansätze zu nennen, zunächst einmal das Flüchtlingsaufnahmegesetz. Wir kommen hier einer humanitären Aufgabe nach. Ferner setzen wir Mittel ein, um gemäß dem wichtigen Schlagwort vom „Konsolidieren, Sanieren und Investieren“ den Sanierungsstau abzubauen. Wir bleiben dabei. Wir sanieren auch, und der Sanierungsstau wird durch energetische Sanierung und Modernisierung von Gebäuden und Betriebseinrichtungen abgebaut.

Ganz wichtig ist: Im Straßenbau, bei Straßen und Brücken, gibt es eine Finanzspritze in Höhe von 25 Millionen €. Wir sind damit bei insgesamt 125 Millionen €. Ziehen wir die LIP- und die ZIP-Mittel – die Mittel des Landesinfrastrukturprogramms und des Zukunftsinvestitionsprogramms – ab, dann sind wir bei den 100 Millionen €, die der Rechnungshof immer wieder gefordert hat. Mit diesen 100 Millionen € geht es im Bereich der Sanierung der Straßen vorwärts. Wir überwinden den Stillstand.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Lieber Herr Herrmann, Sie haben die Stellen beklagt, die geschaffen werden. Aber nehmen Sie jetzt einmal die 25 Millionen € für den Straßenbau. Die müssen ja umgesetzt werden. Wir wollen sie ja nicht zur Sparkasse bringen, sondern wir wollen Straßen damit sanieren. Das geht nicht nur mit Asphalt und mit Bauunternehmen, sondern da muss man planen. Dazu brauchen wir Ingenieure. Nur so geht es. Die dafür erforderlichen zusätzlichen Ingenieure haben wir nicht. Die muss man einstellen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Eben!)

Wir können schlecht von anderen Verwaltungsteilen Leute übernehmen, die keine Fachkenntnis haben. Wir brauchen für diese Arbeit Ingenieure. Deshalb brauchen wir zu diesen 25 Millionen € auch Stellen für Beschäftigte, die das umsetzen.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Wie viele?)

Das ist ganz klar. Das ist auch in diesem Nachtrag enthalten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Klaus Herrmann CDU: Das stimmt doch gar nicht! Keine Mehrstelle im Verkehrsministerium! – Gegenruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Im Regierungspräsidium!)

– In den Regierungspräsidien, ja.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE zur CDU: Seid ihr dagegen?)

Wir haben im Nachtrag auch ein Technikprogramm – die Kollegin Aras hat das schön ausgeführt –, mit dem wir den wichtigsten Teil der Verwaltung – den Teil, bei dem die Einnahmen hereinkommen –, die Steuerverwaltung, unterstützen und wertschätzen, mit Telearbeit auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern, also hier einen ganz wichtigen Schritt machen und ein wichtiges Zeichen setzen, dass Steuergerechtigkeit und Einnahmen für uns sehr wichtig und elementar sind.

Die Regierung geht mit diesem Nachtrag auch wieder auf Herausforderungen ein, die in der Zukunft anstehen. Eine dieser Herausforderungen ist der Wohnungsbau. Wir haben Probleme. In den Städten ist Wohnungsbau ein großes Thema. Wir haben flankierend zu der Diskussion, die wir gestern zum Wohnungsbau geführt haben, hier im Staatshaushaltsgesetz eine Rechtsgrundlage geschaffen, dass man Grundstücke, die das Land besitzt, für den sozialen Wohnungsbau verbilligt abgeben kann. Das ist auch ein wichtiger Schritt hin zu mehr sozialem Wohnungsbau.

Wir machen eine Aussage zur regionalen Schulentwicklungsplanung, einer Schlüsselplanung für die nächsten Jahre im Bildungsbereich. Wir schaffen hier Stellen, damit diese Planung auch durchgeführt werden kann. Ferner erhöhen wir die Mittel für die Unterrichtsversorgung. Auch das ist eine wichtige Zukunftsaufgabe für das Land.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Jetzt liegen Sparanträge der Opposition zur Polizeireform und zum Nationalpark Nordschwarzwald vor. Aber, liebe Kolle-

(Klaus Maier)

ginnen und Kollegen der CDU, vielleicht auch der FDP/DVP – diese hat sich ja im Ausschuss den Anträgen angeschlossen –: Sie rennen da einfach verabschiedeten Gesetzen hinterher. Das ist wie die „alte Fasnet“. Das ist keine Sparpolitik, sondern das ist reiner Populismus, der nichts bringt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Das ist die Konsequenz! – Abg. Werner Raab CDU: Ein sehr durchschlagendes Argument!)

Wir behandeln heute auch das Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und anderer Gesetze. Dieses Gesetz hat eine Reihe von Regelungen in vier Einzelgesetzen. Kernpunkt ist die Aufteilung der Mittel des Aufbauhilfefonds für die Hochwasserschäden. Hier sind die Kommunen dabei. Ich bedanke mich an dieser Stelle ausdrücklich bei den Kommunen, bei der kommunalen Seite für die kooperative Mitwirkung. Dieses Gesetz ist ja auch unstrittig.

Uns liegt die mittelfristige Finanzplanung vor. Diese Finanzplanung 2015 bis 2017 beruht auf der Grundlage einer vorsichtigen Steuerschätzung. Wir haben also hier die prognostizierten Steuereinnahmen nicht irgendwie in die Höhe getrieben, sondern die Schätzung nach dem Vorsichtsprinzip vorgelegt. Man muss bei der Steuerschätzung immer ein bisschen aufpassen. Die Steuerdeckungsquote liegt mit 74 % im Jahr 2013 noch immer deutlich unter dem Referenzwert des Vorkrisenjahres 2008. Der betrug 81,2 %. Das sind jetzt ein paar technische Zahlen. Aber ich sage einfach der Opposition: In Ihrer Zeit vor der Krise hatten Sie mehr Mittel aus Steuern zur Deckung Ihrer Ausgaben zur Verfügung als die Regierung jetzt. Rekordsteuereinnahmen hin oder her, das ist einfach eine finanzwirtschaftliche Größe, die das ganz klar zeigt.

Wir kommen in der mittelfristigen Finanzplanung auch weiter bei der schrittweisen Verringerung des haushaltswirtschaftlichen Handlungsbedarfs. Der Abbau wird planmäßig fortgesetzt. Ein neues Instrument dabei sind die Orientierungspläne. Das ist eine gute, eine relativ sinnvolle Sache; denn die Ministerien erhalten schon vor der Haushaltsaufstellung einen Rahmen. Das geschieht nach dem Prinzip Top-down. Wir haben damals in Schweden, als wir die Haushaltskonsolidierungen dort besichtigten, gehört, dass das ein Prinzip ist, das sehr wirksam ist und als Instrument unbedingt in den Instrumentenkasten der Konsolidierung mit eingebracht werden sollte.

In der mittelfristigen Finanzplanung 2015 bis 2017 sind auch Einnahmen eingestellt: 400 Millionen €. Das ist eine politische Bedarfsmeldung an den Bund.

(Abg. Werner Raab CDU: So kann man es auch formulieren! – Zuruf: Wahrheit und Klarheit! – Lachen bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Im Koalitionsvertrag finden wir ja eine ganze Menge Dinge, die bezahlt werden.

(Zuruf des Abg. Klaus Herrmann CDU)

– Wir kennen die Bedarfe.

(Abg. Peter Hauk CDU: Ihre Sprüche sind zumindest kreativ!)

Wir finden im Koalitionsvertrag eine ganze Menge darüber, was zwischen Bund und Ländern geregelt wird. Es werden Gelder fließen. Aber die Summen sind in Bezug auf Zeit und Höhe noch nicht einschätzbar. Darum müssen hier Risiken abgedeckt werden.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: 400 Millionen €?)

Zur mittelfristigen Finanzplanung: Aus dem Stabilitätsbericht des Stabilitätsrats geht hervor – ich zitiere sinngemäß –: Bei keiner Kennziffer im Stabilitätsbericht des Stabilitätsrats weist Baden-Württemberg nur annähernd Auffälligkeiten auf.

Das zur Bonität und zur guten Finanzpolitik unseres Landes.

(Beifall des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

Wir haben auch den Finanzplan 2020 vorliegen. Er ist ein neues Instrument und liegt dem Parlament zum zweiten Mal vor. Wir können darin den Abbaupfad bis 2020 sehen. Im Fokus stehen natürlich immer wieder die Schulden. Da wird immer Zeter und Mordio geschrien.

Aber ich möchte den Blick auch auf die Rücklagen lenken. Bis 2020 werden Versorgungsrücklagen und ein Versorgungsfonds in Höhe von immerhin 3,2 Milliarden € zusätzlich aufgebaut. Daran sehen Sie den Unterschied zu Bayern: Wir bauen Rücklagen auf; Bayern hat seine Rücklagen geplündert und kann deswegen natürlich auch eine andere Schuldenpolitik machen.

Meine Damen und Herren, der Zweite Nachtrag 2014 zeigt, dass die Regierung und die sie tragenden Fraktionen bei der Umsetzung ihrer politischen Ziele und insbesondere bei der Konsolidierung der Finanzen wieder einige wichtige Schritte vorangekommen sind.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Rülke das Wort.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es war schon etwas verwunderlich, Frau Kollegin Aras, mit welcher Begeisterung, mit welcher Inbrunst, ja fast mit welcher Liebe Sie über die Ratingagenturen gesprochen haben.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Mit Leidenschaft!)

Ich kann mich an die Zeiten der Staatsschuldenkrise erinnern. Damals hat man von den Grünen zum Thema Ratingagenturen schon einmal anderes gehört:

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Das waren finstere Dämonen aus dem Schattenreich. Das waren Kräfte, die daran mitgewirkt haben, diese Schuldenkrise und das ganze Elend über Europa zu bringen. Jetzt plötzlich, da es von den Ratingagenturen Ratings für das Land Baden-Württemberg gibt, für die Sie und Ihre Regierung begrenzt etwas können,

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Wozu auch die Grünen gehören!)

sind dies plötzlich Organisationen,

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Wie stehen Sie dazu?)

die von Ihnen in den leuchtendsten Farben leidenschaftlich geschildert werden. Frau Kollegin Aras, Sie drehen die Dinge auch so hin, wie es Ihnen gerade passt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Was heißt „auch“? – Zuruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

– So wie der Finanzminister. – Dieser Nachtragshaushalt kann es sich leisten, 784 Millionen € mehr auszugeben. Sie konnten es sich auch leisten, den Gesamthaushalt seit Ihrem Regierungsantritt um etwa ein Fünftel aufzublähen. Das alles können Sie sich leisten.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wir werden ganz gut registriert!)

Trotzdem haben Sie über 1 Milliarde € Überschuss aus dem Jahr 2012. Ausweislich der Prognose des Ministers gibt es auch im Jahr 2013 wieder eine dreistellige Millionensumme.

(Zuruf von der SPD: Das klingt wie ein Vorwurf!)

Wie kommt es dazu? Wie kann man sich das alles leisten? Doch nicht durch einen Sparhaushalt

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wenn man gut wirtschaftet!)

– und auch nicht durch gutes Wirtschaften, Herr Kollege Schmiedel –,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ja, natürlich!)

sondern durch eine entsprechende wirtschaftliche Entwicklung, die einen überspült, durch einen Tsunami an Steuereinnahmen.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Das ist der Grund dafür, dass Sie Ihre Haushaltspolitik so gestalten können.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Werner Raab CDU)

Wenn diese Mehreinnahmen so gewaltig fließen, Herr Minister, dann frage ich Sie, wie es Stand Juni 2013 mit dem Finanzplan 2020, Drucksache 15/3692, aussieht. Sie kündigen unter der Überschrift „Überschüsse aus Vorjahren/Entnahmen aus Rücklagen“ an – ich darf zitieren –:

Die Überschüsse aus den Vorjahren werden beim 2. Nachtragshaushalt 2014 in eine Rücklage eingebracht, die zweckgebunden zum Ausgleich von Steuermindereinnahmen, für unabwiesbare und effiziente Sanierungsinvestitionen ... oder zur Absenkung der Nettokreditaufnahme eingesetzt werden kann.

Wo ist denn diese zweckgebundene Rücklage, meine Damen und Herren?

Es ist klar ersichtlich: Bei diesen Steuereinnahmen und bei diesen Haushaltsüberschüssen ist eine Neuverschuldung nicht notwendig.

(Zuruf von der CDU: Völlig überflüssig!)

Die Regierung hat sich Verschuldungsrechte erschlichen. Geben Sie diese dem Landtag zurück, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stattdessen muss dieses Haus eintauchen in die Märchenwelt des Nils Schmid. Da wird eine Fata Morgana aus strukturellen Defiziten und angeblichen Erblasten erschaffen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Aha!)

Es wird erklärt, die alte Landesregierung habe eine Erblast hinterlassen, es gebe gewaltige strukturelle Defizite aus der Vergangenheit. Und weiter: „Ich, ich regle das alles. Ich habe nämlich magische Kräfte.“

(Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU)

Ich kann sparen und gleichzeitig politisch gestalten.“ Sie, Herr Schmid, haben noch letzte Woche hier vor diesem Haus damit geprahlt, Sie würden beides machen, Geld ausgeben und gleichzeitig konsolidieren. Wie der Baron Münchhausen zieht er sich am eigenen Schopf aus dem Sumpf.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Aber, meine Damen und Herren, altbekannte Einnahmen zu neuen Einsparungen umzuetikettieren, das bedeutet nicht, sich am eigenen Schopf aus dem Sumpf zu ziehen. Nein, Nils Münchhausen zieht sich nicht am eigenen Schopf aus dem Sumpf; aber seine Erzählungen sind ähnlich seriös wie die des berühmten Vorbilds, meine Damen und Herren.

Ihre einzige Leistung ist: Geld ausgeben. Das geht aufgrund der konjunkturellen Entwicklung. Aber was machen Sie, wenn die Konjunktur eines Tages einbricht – so, wie Sie diesen Haushalt aufblähen? Was machen Sie, wenn eines Tages wieder die Zinsen steigen – so, wie Sie diesen Haushalt aufblähen? Da helfen Ihnen nicht mehr irgendwelche – wie haben Sie es genannt, Herr Kollege Maier? – „politischen Bedarfs-signale an den Bund“.

(Zuruf von der CDU: Genau! Was ist das?)

Das heißt so viel wie: „Wir selbst können den Schlamassel, den wir angerichtet haben, nicht ausbaden. Also brauchen wir Geld vom Bund.“

Das hilft Ihnen nicht. Denn wenn die Konjunktur einbricht, wenn die Zinsen steigen, dann hat der Bund selbst Probleme. Dann werden Sie mit Ihrer Bedarfsanmeldung nicht weit kommen. Dann werden die Schulden explodieren. Deshalb gilt nach wie vor der alte Satz, dass in guten Zeiten Haushalte ruiniert würden.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Und genau das tun Sie, meine Damen und Herren.

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU)

Die Zeiten sind gut. Sie haben im Jahr 2011 über 700 Millionen € Überschüsse. Sie haben über 1 Milliarde € Überschüsse 2012. Sie haben schon wieder eine dreistellige Millionen-summe für das Jahr 2013 angekündigt.

(Abg. Helen Heberer SPD: Das klingt wie ein Vorwurf! – Zuruf des Abg. Klaus Maier SPD)

Bei dieser Ankündigung sind die Nachzahlungen des Kollegen Schmiedel noch gar nicht eingerechnet. Da kann man doch wirklich den Haushalt ausgleichen.

(Lachen bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist Teil der Überschüsse! – Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE – Unruhe)

– Ist das Teil der Rücklage?

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Der Überschüsse!)

– Gut. – Geben Sie schleunigst Ihre Verschuldungsrechte an den Landtag zurück, meine Damen und Herren – es sei denn, Sie haben vor, das Land im Jahr 2016 mit Wahlgeschenken zu überhäufen.

(Zuruf von der SPD: Das habt ihr früher auch gemacht!)

Sie haben vermutlich schon jetzt so etwas wie eine „Operation Schlaraffenland“ geplant, um die Wiederwahl zu erkaufen. Die nächsten Generationen dürfen dann diese „Operation Schlaraffenland“ finanzieren.

(Heiterkeit des Abg. Martin Rivoir SPD)

– „Operation Schlaraffenland“ ist ein guter Titel, Herr Kollege Rivoir, oder? 2016 werden dann vor der Landtagswahl Weihnachten und Ostern zusammenfallen.

(Minister Reinhold Gall: Kaffeesatzleserei!)

Es gibt Wahlgeschenke ohne Ende. Deswegen können Sie heute nicht auf die Neuverschuldung verzichten. Das ist der wahre Hintergrund Ihrer Haushaltspolitik und der Grund dafür, dass Sie nicht bereit sind, auf die Neuverschuldung zu verzichten.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Herr Kollege Herrmann hat es auch schon angesprochen: Sie werfen uns dann immer vor – in der vergangenen Woche haben Sie es auch behauptet, Herr Finanzminister –, die Opposition unterbreite keine Sparvorschläge.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Gleich kommt es wieder!)

Wir haben es schon an der einen oder anderen Stelle erwähnt, aber offensichtlich ist es wichtig, durch Wiederholung dafür zu sorgen, dass es in den Köpfen ankommt: Wer hat denn auf 170 Millionen € Studiengebühren jährlich verzichtet? Schwarz-

Gelb oder Grün-Rot? Wer hat das Projekt „Freiwilliges Lebensarbeitszeitkonto“ gestoppt? Schwarz-Gelb oder Grün-Rot? Wer hat das Stellenabbauprogramm in der Landesverwaltung gestoppt? Schwarz-Gelb oder Grün-Rot? Wer hat Hunderte von Parteigängern in der Landesverwaltung versorgt, bis hin zu den Parkschützern im Verkehrsministerium? Schwarz-Gelb oder Grün-Rot?

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Wer privilegiert das ideologische Prestigeprojekt Gemeinschaftsschule gegenüber den anderen Schultypen? Wir oder Sie? Wer hat an den Gymnasien eine ebenso unsinnige wie nicht nachvollziehbare Doppelstruktur von G 8 und G 9 geschaffen, die teuer ist? Wir oder Sie? Wer investiert viel Geld in eine angebliche Beteiligungskultur, die aber am Ende so formuliert wird, dass Gehörtwerden nicht Erhörtwerden heißt? Wir oder Sie? Meine Damen und Herren, wer verschwendet gewaltige Summen für die unsinnige und regional unausgewogene Polizeireform? Schwarz-Gelb oder Grün-Rot? Wer will einen Nationalpark mit über 100 Stellen schaffen, den die Bevölkerung vor Ort nicht möchte, die dann von der Staatsrätin als „Restminderheit“ abqualifiziert wird? Wir oder Sie? Verzichten Sie auf dieses Prestigeprojekt!

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Sie können das alles ablehnen – das haben Sie ja getan –, aber Sie können nicht behaupten, die Opposition mache keine Einsparvorschläge. Wenn Sie diese Einsparvorschläge in der jetzigen Situation umsetzen würden, dann könnten Sie nicht nur den Haushalt ausgleichen, sondern Sie könnten auch Schulden zurückzahlen, meine Damen und Herren. Das ist die Realität.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Deshalb sollten Sie endlich aufhören mit dem Geschwätz von den Erblasten und mit dem Geschwätz von einem angeblichen strukturellen Defizit, das man frühestens im Jahr 2020 ausgleichen könne. Zumindest in der derzeitigen Haushaltssituation des Landes Baden-Württemberg könnten Sie sofort mit dem Schuldenabbau beginnen. Alles andere ist Rosstäuschelei.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Es gibt ohne Zweifel auch notwendige und sinnvolle Ausgaben, denen wir im Finanzausschuss zugestimmt haben und denen auch die CDU-Fraktion zugestimmt hat. Herr Kollege Herrmann hat schon einige aufgezählt, die ich nicht wiederholen muss. Dazu zählt beispielsweise die Flüchtlingshilfe. Es gibt natürlich weitere sinnvolle Ausgaben, und zwar Ausgaben zur Sanierung von Straßen und Brücken. Es gibt aber auch unsinnige Ausgaben wie z. B. für die Polizeireform oder den Nationalpark.

Meine Damen und Herren, vor allem ist belegt, dass Sie nicht haushalten können und dass Sie die Menschen mit angeblichen Einsparungen, die keine Einsparungen sind, für dumm verkaufen. Es ist typisch für Ihr Regierungshandeln, dass Sie so vorgehen.

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Deshalb zwingen Sie uns, diesen Nachtragshaushalt unter dem Strich abzulehnen. Ich finde es gut, dass darüber eine namentliche Abstimmung stattfindet, die unter der bewährten Regie des Kollegen Epple durchgeführt wird.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich dem Minister für Finanzen und Wirtschaft, Herrn Dr. Schmid, das Wort.

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieser Nachtrag ist ein weiterer Schritt hin zum Abbau der Erblasten und hin zu einer Zukunft ohne neue Schulden.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja, ja!)

Die Fakten sprechen eine deutliche Sprache. Ich würde nach der Märchenstunde vom Kollegen Rülke nun gern zu den Fakten zurückkehren.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Wir senken die geplante Nettokreditaufnahme im Jahr 2014 um 260 Millionen €. Damit senken wir zugleich das von Schwarz-Gelb hinterlassene strukturelle Defizit um denselben Betrag.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Ich will noch einmal sagen, was das konkret bedeutet. Damit hat diese Landesregierung bereits jetzt, zur Mitte dieser Legislaturperiode, mehr als die Hälfte der von Schwarz-Gelb verursachten Lücke in unserem Landeshaushalt geschlossen. Das sollte man nicht schlechtreden, sondern das sollte man anerkennen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Beim Regierungsantritt im Mai 2011 haben wir ein strukturelles Defizit von 2,5 Milliarden € vorgefunden. Dieses Defizit wird noch erheblich verstärkt durch Pensionsverpflichtungen etwa in doppelter Höhe der offengelegten Verschuldung des Landes. Hinzu kommt ein enormer Sanierungsstau in Milliardenhöhe bei landeseigenen Straßen und Gebäuden.

Dieses strukturelle Defizit kann man nicht einfach wegdiskutieren mit dem Verweis auf konjunkturell bedingte Steuermehreinnahmen. Richtig ist, dass die Steuereinnahmen stark gestiegen sind. Manche reden von Rekordsteuereinnahmen, ohne sich im Klaren darüber zu sein, dass es in 60 Jahren Bundesrepublik der Normalfall gewesen ist, dass es Jahr für Jahr Rekordsteuereinnahmen gibt, weil das Wirtschaftswachstum automatisch zu höheren Steuereinnahmen führt. Das ist bislang immer der Fall gewesen.

Insofern ist es etwas verwegen, von Rekordsteuereinnahmen zu reden. Vielmehr wird der Trend der Steuereinnahmen zurzeit durch die konjunkturelle Entwicklung begünstigt.

Im Gegenzug steigen aber auch die Ausgaben,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja! Das ist ja Ihr Problem! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU:
Das können Sie beeinflussen!)

und zwar die Ausgaben, die rechtlich gebunden sind. Sie, Herr Rülke, werden den Länderfinanzausgleich nicht einseitig ändern können. Sie, Herr Rülke, werden den kommunalen Finanzausgleich nicht einseitig aufkündigen können.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aber Sie, Herr Schmid, können weniger Geld ausgeben! – Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Sie, Herr Rülke, wollten auch keine Einschnitte bei den Personalausgaben und bei den Pensionsausgaben. Insofern sollten Sie aufhören, die Leute für dumm zu verkaufen. Sie wollten die gleichen Ausgaben erhöhen, die wir nun erhöhen wollen. Sie haben keine einzige Ausgabe streitig gestellt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Jetzt komme ich auf das Kultusministerium zu sprechen, das auch der Kollege Herrmann angesprochen hat. Jawohl, die Ausgaben im Einzeletat des Kultusministeriums sind stark angestiegen. Warum? Zwei wichtige Treiber haben Sie leider unterschlagen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Gemeinschaftsschulen!)

Den ersten Treiber stellen die steigenden Versorgungsausgaben dar. Sie haben keinen Vorschlag gemacht, der darauf abzielt, Pensionen zu kürzen. Das halte ich Ihnen zugute.

Der zweite Treiber ist die Veranschlagung der Ausgaben für den Ausbau der Betreuung der unter Dreijährigen.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Genau!)

Das haben wir gegenfinanziert durch die Erhöhung der Grunderwerbsteuer. Das macht über 300 Millionen € aus. Sie werden doch wohl nicht dagegen sein.

(Zurufe: Doch!)

Sie haben übrigens gegen die Erhöhung der Grunderwerbsteuer gestimmt, als Gemeinderat aber dann dankbar die Mehreinnahmen im kommunalen Haushalt verbucht. Das nenne ich scheinheilig, lieber Herr Kollege Herrmann.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Deshalb sage ich Ihnen: Im Kultusetat gibt es große Blöcke, die weder ich infrage stellen werde noch Sie infrage stellen werden – hoffentlich. Jedenfalls haben Sie das in den vergangenen zweieinhalb Jahren nicht infrage gestellt.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Was machen Sie bei dieser Aussage dann 2019?)

Der Streit über die Gemeinschaftsschule ist ein legitimer Streit. Das macht aber nicht die 900 Millionen € aus.

Das Thema „G 8/G 9“ wirkt sich letztlich

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Völlig kostenneutral!)

neutral auf den Haushalt aus.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das ist eine Milchmädchenrechnung!)

(Minister Dr. Nils Schmid)

Denn die Schüler, die nicht an einem allgemeinbildenden Gymnasium G 9 anstreben, werden den Weg über die beruflichen Gymnasien gehen, die Sie in den vergangenen Jahren deshalb übrigens massiv ausbauen mussten und die wir mit Lehrerressourcen bedienen müssen. Insofern ist die Frage „G 8/G 9“ eine bildungspolitisch relevante Frage, über die man diskutieren kann. Sie ist aber à la longue haushaltsneutral, weil die Lehrerressourcen für die Schüler, die in neun Jahren zum Abitur gelangen wollen, entweder an den allgemeinbildenden Gymnasien oder an den beruflichen Gymnasien bereitgestellt werden müssen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Alles zusammengenommen halte ich es schon für bemerkenswert, wie Teile der Opposition in den vergangenen Tagen versucht haben, diesen Erfolg, den Abbau des strukturellen Defizits um mehr als die Hälfte in knapp drei Jahren, infrage zu stellen. Man kann ja über die Risikovorsorge in der Sache sowie über deren Höhe diskutieren. Das ist keine Frage. Wenn Herr Dr. Rülke von Volksverdummung spricht – geschenkt.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Genau so ist es!)

Wir wissen ja, Sie neigen dazu, in tiefe Schubladen zu greifen,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Meistens finde ich etwas!)

um in der Zeitung zu landen. Diesen Dauerkrawall nimmt man irgendwann einfach nicht mehr wahr.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Wenn aber ausgerechnet Sie als Busenfreund von Herrn Mapus davon reden,

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Der hat keinen Busen!)

ich hätte mir irgendetwas im Landtag erschlichen, dann finde ich das endgültig lächerlich. Herr Rülke, Sie verteidigen bis heute den EnBW-Deal bis aufs Letzte. Sie werfen uns immer noch vor, wir würden diese Ungeheuerlichkeiten aus jener Amtszeit nur aus parteitaktischem Kalkül aufarbeiten. Fakt ist: Sie hätten gar nichts aufgeklärt. Sie hätten das alles unter den Tisch gekehrt. Wenn Sie sich im Landtag nun als Anwalt im Sinne der Transparenz aufspielen, dann ist das schlicht und ergreifend unglaubwürdig.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Tatsache ist, dass eine Ratingagentur, die ich gar nicht über den grünen Klee loben will, die aber zumindest eine unabhängige Beobachterin der Landespolitik ist, nämlich die Ratingagentur Moody's, am 17. Dezember in der sogenannten Credit Analysis für Baden-Württemberg, also in der Beschreibung der Haushaltslage des Landes, festgestellt hat, dass die Verwaltung und die Regierung des Landes Baden-Württemberg charakterisiert seien durch „erhöhte Vorsicht und Aufmerksamkeit in der Haushaltsvorbereitung, welche zu einem höheren Maß an Transparenz und Vorhersagbarkeit in der Rechnungslegung“ führe. Ich zitiere weiter:

Das Haushaltsmanagement und die institutionellen Fähigkeiten sind exzellent.

Außerdem wird auf Seite 4 auf die „weitsichtige Verschuldungsstrategie“ hingewiesen, die dazu beigetragen habe, dass man das AAA-Rating behalten kann.

Dies sagen neutrale, unabhängige Beobachter zum Thema „Transparenz und Vorhersagbarkeit der Haushaltspolitik“. Ich glaube, Sie sollten Ihr Urteil, liebe Damen und Herren von der Opposition, noch einmal überdenken.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Denn dass wir Rücklagen bilden oder einen Rechnungsüberschuss auflaufen lassen, um einen Risikopuffer anzulegen, ist nicht problematisch. Problematisch wäre es, wenn wir dies nicht täten. Es wäre in der Tat höchst problematisch und unverantwortlich, einen 42-Milliarden-€-Etat auf Kante zu nähern. Es wäre unverantwortlich, das Land nicht gegen Risiken abzusichern. Und von solchen Risiken gibt es wahrlich genug – übrigens sind das, im Unterschied zu der Situation 2007, klar benennbare Risiken für den Landeshaushalt in den nächsten Jahren: die Entwicklung der Flüchtlingszahlen, die heute kein Mensch genau vorhersehen kann, die Klage vor dem Europäischen Gerichtshof zur Altersdiskriminierung und daneben die Entwicklung der Steuereinnahmen, also die Unsicherheiten, die sich aus dem Umfeld der europäischen Staatsschuldenkrise nach wie vor für die Konjunktur ergeben.

Hinzu kommen, gerade aufgrund des Überschusses 2012, einmalige Effekte, wie sie jedoch schon 2013 nicht mehr eintreten werden, ebenso wenig – logischerweise – wie in den Folgejahren; 2013 wird dies sogar noch zu einer Umkehrung führen. Es gab im Jahr 2012 einmalige Effekte, die allein über 480 Millionen € des Überschusses ausgemacht haben. Das war ein einmaliger Effekt, der nicht fortzuschreiben ist. Er hat übrigens 2013 dazu geführt, dass die Einnahmen durch entsprechende Anrechnungsregeln im Steuerrecht um über 200 Millionen € zurückgehen.

Insofern bitte ich Sie einfach, diesen sich abzeichnenden Überschuss nicht einfach als gegeben oder gar als strukturell hinzunehmen. Dieser ist durch einmalige Effekte geprägt, und dies führt dazu, dass wir schon 2013 nur noch deutlich geringere Überschüsse erwarten können und auch in der Folgezeit Risiken bestehen werden.

Es ist deshalb notwendig und geboten, dass wir vorsichtig agieren, so, wie wir es in den vergangenen zwei Jahren übrigens auch immer getan haben. Ich erinnere daran, dass die CDU nach der erfreulich ausgefallenen Steuerschätzung vom Mai dieses Jahres sofort gesagt hat, jetzt könnte man doch die Verschuldung abbauen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Und recht gehabt hat!)

Interessanterweise hat man aber wenige Wochen später das gleiche Geld dafür verwenden wollen, die Gehaltserhöhung für die Beamten sofort einzuführen und sie nicht zu verschieben. Damit wurde das Geld gleich zweimal ausgegeben. Damals habe ich gesagt: Sie haben das Fell des Bären verteilt, noch bevor der Bär überhaupt sichtbar im Wald aufgetaucht ist. Genau so war es dann. Denn die November-Steuerschätzung hat Ihre Vorgehensweise desavouiert. Die November-Steuerschätzung ist deutlich weniger üppig ausgefallen als die

(Minister Dr. Nils Schmid)

Mai-Steuerschätzung. Das heißt, all das Geld, das Sie gleich zweimal ausgeben wollten, ist in der Landeskasse überhaupt niemals angekommen.

(Staatssekretär Ingo Rust: So ist es!)

Deshalb rate ich auch jetzt, da der Bär zumindest im Wald schon sichtbar ist, auch wenn die Größe seines Felles noch unklar ist, davon ab, dieses Fell schon zerlegen zu wollen.

(Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD – Heiterkeit)

Deshalb müssen wir hier vorsichtig sein.

Was mich an der ganzen Debatte besonders bekümmert, ist, dass Sie den Paradigmenwechsel, der durch die Einführung der Schuldenbremse im Grundgesetz eingeleitet worden ist, gar nicht in Ihre haushaltspolitische Diskussion aufnehmen. Denn das Ziel ist nicht mehr, punktuell und aufgrund einmaliger Effekte die Nullneuerschuldung zu erreichen, sondern das Ziel ist, diesen Landeshaushalt strukturell auszugleichen.

(Abg. Winfried Mack CDU: Das müssen doch Sie tun!)

Das gelingt eben nicht, indem man rasch einmalige Effekte veranschlagt und sich dann auf die Schulter klopft und sagt: „Jawohl, wir haben die Nullneuerschuldung erreicht“, und damit das strukturelle Defizit aufgehoben wähnt.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aber Sie haben doch noch die alten Einnahmen, die Sie zur Einsparung einsetzen können!)

Das Gegenteil ist der Fall. Sie haben in der Vergangenheit eine Haushaltspolitik gemacht, mit der Sie einmalig die Nullneuerschuldung erreicht haben – zulasten des Abbaus des strukturellen Defizits. Das ist mit uns nicht zu machen. Wir haben eine deutliche Abkehr hiervon vollzogen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ein strukturell ausgeglichener Haushalt ist nicht erreichbar mit einmaligen Steuereffekten in konjunkturell guten Phasen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aber auch nicht mit Ihren Tricks!)

Ein strukturell ausgeglichener Haushalt ist nur möglich, wenn man bereit ist, an die Strukturen des Haushalts heranzugehen. Wir haben es schon mehrfach diskutiert: Ich attestiere Ihnen, dass Einnahmen aus Studiengebühren einen strukturellen Effekt auf den Landeshaushalt haben. Bei diesem Thema haben Sie eine andere Meinung; das respektiere ich. Das ist jedoch tatsächlich der einzige größere Vorschlag zur Absenkung des strukturellen Defizits, der innerhalb von zweieinhalb Jahren aus Ihren Reihen kam. Alles andere waren Minibeträge.

Nehmen wir den Nationalpark. Er kostet den Landeshaushalt im Endausbau strukturell 7 Millionen €. Man kann Ja oder Nein dazu sagen. Aber zu meinen, mit der Ablehnung des Nationalparks würde der Landeshaushalt saniert, ist eine Verkennerung der zahlenmäßigen Größenordnungen, um die es in dieser Frage geht.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Nein, es geht um die großen Posten im Landeshaushalt, insbesondere um die steigenden Personal- und Pensionsausgaben. Es war schon bezeichnend, wie Ihre Haltung dazu war – insbesondere die Haltung, die Sie an den Tag gelegt haben, Herr Dr. Rülke. Ich erinnere mich an ein Zeitungsinterview, in dem Sie mannhaft gesagt haben, man möge doch ein 5 000-Stellen-Einsparprogramm auflegen. Wo ist denn der Vorschlag für ein solches Programm? Wo ist Ihr Antrag hierzu?

(Staatssekretär Ingo Rust: Null! Wie immer!)

Null, Fehlanzeige! Im gleichen Atemzug haben Sie übrigens gesagt, man solle dafür die Einsparverpflichtungen entlang der demografischen Entwicklung bei den Lehrerstellen zurücknehmen – wodurch der strukturelle Effekt für den Landeshaushalt netto Null gewesen wäre. Es ist also besser, dass Sie einen solchen Vorschlag hier gar nicht erst als Antrag eingebracht haben.

(Staatssekretär Ingo Rust: So ist es!)

Sie erklärten zudem Ihre Bereitschaft, die Verschiebung der Besoldungserhöhung mitzutragen, verlangten im Gegenzug aber, dass wir einen unserer strukturellen Einsparvorschläge zurücknehmen, nämlich die auf drei Jahre befristete Absenkung der Eingangsbesoldung für jeden neu eingestellten Beamten. Auch das zeigt, dass Sie mit seriöser Haushaltspolitik, sehr geehrter Herr Kollege Dr. Rülke, wenig am Hut haben.

Deshalb muss ich sagen: Wir haben uns kaum gewundert, dass die FDP/DVP-Fraktion keinen einzigen eigenen Antrag in diese Haushaltsberatungen eingebracht hat. Die CDU hat ihre altbekannte Kritik am Nationalpark, an der Gemeinschaftsschule und an der Polizeireform wiederholt. Aber bei strukturell wirksamen Einsparvorschlägen herrscht Fehlanzeige. Für die Opposition gilt wieder einmal die alte Regel: Verbal wird gespart; real passiert bei Ihnen nichts.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Es ist richtig: Wir schaffen es mit diesem Nachtragshaushalt, den Weg konsequent weiterzugehen und reale Sparbeiträge zu leisten, gleichzeitig aber auch zu gestalten. Wir setzen die Polizeireform um und ebnen damit den Weg für eine moderne, zukunftsfähige Polizeistruktur, eine auch den Haushalt nachhaltig entlastende Polizeistruktur. Wir schaffen mit dem Nationalpark neue Chancen für die Natur und zugleich für Wirtschaft und Tourismus. Wir setzen unseren Sanierungskurs fort – ganz konkret 25 Millionen € zusätzlich für die Sanierung von Straßen und Brücken. Wir treiben auch die energetische Sanierung des landeseigenen Gebäudebestands weiter voran. Auch hier investieren wir 10 Millionen € zusätzlich. Das sind wichtige und richtige Investitionen für ein starkes und nachhaltiges Baden-Württemberg.

Deshalb freue ich mich auch, dass Sie zumindest das Technikpaket für die Steuerverwaltung mitgetragen haben. Es ist in der Tat ein unzumutbarer Zustand, dass unsere Steuerbeamtinnen und -beamten, wenn sie Unternehmen prüfen, dort keine UMTS-fähigen Geräte haben. Sie müssten sich dann eigentlich jeweils in das betriebsinterne WLAN einloggen. Ob das jedoch für die Steuerverwaltung besonders sinnvoll wäre,

(Minister Dr. Nils Schmid)

re, wage ich zu bezweifeln. Insofern freue ich mich über diese Stärkung der Steuerverwaltung.

Sie können sich darauf verlassen: Beim Erreichen der Ziele des Finanzplans 2020 kommt der Steuerverwaltung als der Einnahmeverwaltung des Landes eine große Bedeutung zu; das werden wir auch bei der Umsetzung der Orientierungspläne entsprechend zu würdigen haben.

Insofern gab es vor Weihnachten doch ein wenig Harmonie. Das war eine schöne Abwechslung in den Debatten. Es würde mich aber freuen, wenn Sie auch für das nächste Jahr den schönen Vorsatz fassen könnten, sich öfter einmal so konstruktiv einzubringen, wie Sie dies in Bezug auf die Steuerverwaltung getan haben.

Wir wollen mit diesem Haushalt einen weiteren Schritt auf dem Weg zu einem strukturell ausgeglichenen Haushalt 2020 gehen. Wir berücksichtigen das, was an Risiken da ist, im Sinne einer vorsichtigen, von externen Beobachtern auch durchaus goutierten Haushaltspolitik. Denn nicht kurzfristige Knalleffekte, sondern nur dauerhafte Sparanstrengungen bringen uns einer Zukunft ohne neue Schulden wirklich näher. Wir werden diesen Kurs konsequent fortsetzen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Birk.

(Beifall bei der CDU)

Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Vielen Dank an meine Fraktion, dass sie mir die Möglichkeit gibt, an meinem letzten Plenartag hier noch ein paar Ausführungen an Sie richten zu können.

Ich bin jetzt knapp 18 Jahre Mitglied in diesem Landtag, und wenn es etwas gibt, von dem ich denke, dass wir dort über viele Jahre leider zu kurz gesprungen sind, dann ist es die Haushaltssituation. Wir hatten in diesen 18 Jahren zumindest zwei schuldenfreie Jahre, zwei schuldenfreie Haushalte,

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Mehr! Vier!)

aber ansonsten haben wir uns ebenfalls entsprechend verschuldet. – Das wird sich noch zeigen, Frau Kollegin Aras.

Herr Finanzminister, ich kann eigentlich nur den Rat geben, so, wie es der Bund auch gemacht hat, Ausgaben auf Dauer wirksam zu begrenzen und gleichzeitig die richtigen Rahmenbedingungen für das Wachstum unserer Wirtschaft in den nächsten Jahren zu schaffen. Wenn das geschieht, wird auch dieser Haushalt konsolidiert werden.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, in den nächsten Jahren wird es wichtiger denn je sein, dass wir in Baden-Württemberg gute Investitionsbedingungen schaffen. Immerhin 5,1 % des Bruttoinlandsprodukts geben wir, insbesondere die Firmen, für Forschung und Entwicklung aus. Das sind knapp 20 Milliarden €. Dies ist auch deshalb wichtig, weil alle anderen Regionen um uns herum weltweit aufholen.

Wieso sage ich das? Sie wissen, dass ich ab dem kommenden Jahr eine neue Funktion bekleiden werde. Es ist Chance, aber zugleich auch Herausforderung für uns, wenn mittlerweile über 50 % des weltweiten Maschinenbaus aus Asien kommen. Das heißt, wir sind mehr denn je gefordert, in den nächsten Jahren gute Bedingungen für Forschung und Entwicklung in Baden-Württemberg aufrechtzuerhalten. Deshalb meine herzliche Bitte, auch in den Verhandlungen zum Solidaripakt dafür Sorge zu tragen, dass wir in Baden-Württemberg eine gute Forschungsinfrastruktur behalten, dass wir Chancen für Wissenschaft, für Ausbildung im Land erhalten. Das sichert die Zukunftsperspektive für unser Land.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Der Entwicklungsvorstand Thomas Weber von Daimler hat einmal zu Recht gesagt: Die große Stärke Baden-Württembergs ist, dass man im Umkreis von 200 km für jedes Problem, das sich weltweit stellt, eine technologische Lösung finden kann. Unsere Stärke ist also die Komplexität unserer technologischen Leistungen und die Fähigkeit zur Lösung komplexer Probleme.

Auch in diesem Zusammenhang die herzliche Bitte, manchmal vielleicht auch etwas über den Tellerrand zu schauen.

Hier kann ich abschließend nur sagen – wir werden uns ja sicherlich auch in den kommenden Jahren immer wieder begegnen –: Meine Bitte und mein Appell an diesen Landtag von Baden-Württemberg ist, dass Sie vor allem auch ins Ausland gehen, in die Regionen, wo viel Wachstum stattfindet, wo wir die Benchmarks für die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft finden. Hier haben wir als Landtag von Baden-Württemberg noch einen deutlichen Nachholbedarf.

Ich darf mich abschließend bei Ihnen allen herzlich für viele gute Begegnungen in den Ausschüssen, im Landtag und darüber hinaus bedanken. Erhalten Sie die Kollegialität. Freundschaften sind über Fraktions- und Parteigrenzen hinweg möglich. Ich hoffe, dass Sie sich das auch weiterhin erhalten können.

Ich wünsche diesem Hohen Haus weiterhin gute Beratungen, gute Beschlüsse für das Land Baden-Württemberg und vor allem ein hohes Maß an Eigenständigkeit, an Identifikation mit der Landespolitik.

Herzlichen Dank, meine Damen und Herren, für die Begleitung über viele Jahre hinweg. Sie werden mir fehlen. Aber ich hoffe, dass wir uns bei anderer Gelegenheit begegnen werden und uns gegenseitig austauschen können.

Vielen Dank.

(Die Abgeordneten aller Fraktionen spenden stehend
anhaltenden Beifall.)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Vielen Dank, Herr Abg. Dr. Birk.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in der Allgemeinen Aussprache liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen daher zur **A b s t i m m u n g**.

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Ich lasse zunächst über den Entwurf des
Nachtragshaushaltsplans

der Landesregierung entscheiden. Abstimmungsgrundlage dafür ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/4440. Ich bitte damit einverstanden zu sein, dass ich die Einzelpläne, soweit möglich, jeweils im Ganzen aufrufe.

Ich rufe auf

Einzelplan 01

Landtag

Wer Einzelplan 01 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/4440, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf

Einzelplan 02

Staatsministerium

Wer stimmt Einzelplan 02 zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mit wenigen Gegenstimmen so beschlossen.

Ich rufe auf

Einzelplan 03

Innenministerium

Zu Kapitel 0314 – Zentrale Veranschlagungen Polizei – liegt Abschnitt II des Antrags der Fraktion der CDU, Drucksache 15/4450-1, vor. Ich lasse also zuerst über den Abschnitt II dieses Antrags abstimmen. Wer Abschnitt II des CDU-Antrags zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Abschnitt II dieses Antrags mehrheitlich abgelehnt.

Wer Einzelplan 03 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/4440, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dem Einzelplan 03 mehrheitlich so zugestimmt worden.

Weiter liegt zum Einzelplan 03 Abschnitt I des Antrags der CDU-Fraktion, Drucksache 15/4450-1, vor, mit dem eine Feststellung des Landtags begehrt wird. Wer Abschnitt I dieses Antrags zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Abschnitt I des Antrags mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe auf

Einzelplan 04

Ministerium für Kultus, Jugend und Sport

Zu Einzelplan 04 liegen zwei Änderungsanträge der Fraktion der CDU, Drucksachen 15/4450-2 und 15/4450-3, zu Kapitel 0436 – Allgemeine Schulangelegenheiten – vor.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag Drucksache 15/4450-2 zum Titel 525 68 – Allgemeiner Sachaufwand – abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über den Änderungsantrag Drucksache 15/4450-3 zum Titel 527 68 – Dienstreisen – abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 04 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/4440. Wer dem Einzelplan 04 in der vorgelegten Fassung zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dem Einzelplan 04 in der Fassung der Beschlussempfehlung mehrheitlich zugestimmt worden.

Ich rufe auf

Einzelplan 05

Justizministerium

Wer dem Einzelplan 05 zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Einzelplan 05 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 06

Ministerium für Finanzen und Wirtschaft

Wer stimmt Einzelplan 06 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/4440, zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dem Einzelplan 06 in der Fassung der Beschlussempfehlung mehrheitlich zugestimmt worden.

Ich rufe auf

Einzelplan 07

Ministerium für Finanzen und Wirtschaft (Wirtschaft)

Wer stimmt dem Einzelplan 07 zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dem Einzelplan 07 einstimmig zugestimmt worden.

Ich rufe auf

Einzelplan 08

Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz

Zu Einzelplan 08 liegen zwei Änderungsanträge vor: zu Kapitel 0802 – Allgemeine Bewilligungen – der Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD, Drucksache 15/4450-6, und zu Kapitel 0830 – Nationalpark Schwarzwald – der Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/4450-4.

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD, Drucksache 15/4450-6, abstimmen, der Kapitel 0802 – Allgemeine Bewilligungen – betrifft. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist diesem Änderungsantrag einstimmig zugestimmt.

Ich lasse nun über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/4450-4, zu Kapitel 0830 – Nationalpark Schwarzwald – abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 08 mit den soeben beschlossenen Änderungen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dem Einzelplan 08 mehrheitlich zugestimmt worden.

Ich rufe auf

Einzelplan 09

Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren

Wer stimmt Einzelplan 09 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses, Drucksache 15/4440, zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dem Einzelplan 09 mehrheitlich zugestimmt worden.

Ich rufe auf

Einzelplan 10

Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft

Wer stimmt Einzelplan 10 zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dem Einzelplan 10 mehrheitlich zugestimmt worden.

Ich rufe auf

Einzelplan 12

Allgemeine Finanzverwaltung

Zu Einzelplan 12 liegen Abschnitt III des Änderungsantrags der Fraktion der CDU, Drucksache 15/4450-1, sowie der Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/4450-5, vor.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag Drucksache 15/4450-5 zu Kapitel 1206 – Schulden und Forderungen – in Abschnitt I und zu Kapitel 1212 – Sammelansätze – in Abschnitt II des Antrags abstimmen. Hierzu ist eine namentliche Abstimmung beantragt. Der Antrag auf namentliche Abstimmung hat die notwendige Unterstützung von fünf Abgeordneten. Ich schlage vor, dass wir in der namentlichen Abstimmung über die beiden Abschnitte insgesamt abstimmen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer dem Antrag Drucksache 15/4450-5 zustimmen möchte, den bitte ich, mit Ja zu antworten. Wer ihn ablehnen möchte, der möge mit Nein antwor-

ten. Wer sich der Stimme enthalten möchte, der antworte mit „Enthaltung“.

Ich hatte zunächst den Kollegen Binder beauftragt, diese namentliche Abstimmung vorzunehmen. Kollege Binder hat jedoch dem Kollegen Epple den Vortritt gelassen.

(Beifall bei allen Fraktionen – Zurufe von der CDU)

Ich bitte Herrn Kollegen Epple, ans Rednerpult zu gehen und den Namensaufruf vorzunehmen. Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben N. Ich bitte um Ruhe während der Abstimmung. Bitte, Kollege Epple.

(Namensaufruf)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Vielen Dank. Sind noch Abgeordnete im Saal, die noch nicht abgestimmt haben? – Nein. Dann erkläre ich den Abstimmungsvorgang für beendet und bitte die Schriftführer, die Stimmen auszuzählen.

(Auszählen der Stimmen)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag Drucksache 15/4450-5 bekannt geben:

129 Stimmen wurden abgegeben.

*Mit Ja haben 60 Abgeordnete gestimmt,
mit Nein 69 Abgeordnete.*

Damit ist dieser Änderungsantrag mit Mehrheit abgelehnt worden.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

*

Mit J a haben gestimmt:

CDU: Norbert Beck, Dr. Dietrich Birk, Thomas Blenke, Klaus Burger, Andreas Deuschle, Dr. Marianne Engeser, Konrad Epple, Arnulf Freiherr von Eyb, Manfred Groh, Friedlinde Gurr-Hirsch, Peter Hauk, Klaus Herrmann, Dieter Hillebrand, Bernd Hitzler, Manfred Hollenbach, Karl Klein, Wilfried Klenk, Rudolf Köberle, Joachim Kößler, Thaddäus Kunzmann, Dr. Bernhard Lasotta, Paul Locherer, Dr. Reinhard Löffler, Ulrich Lusche, Winfried Mack, Ulrich Müller, Paul Nemeth, Claus Paal, Günther-Martin Pauli, Matthias Präfrock, Werner Raab, Dr. Patrick Rapp, Helmut Rau, Nicole Razavi, Heribert Rech, Dr. Wolfgang Reinhart, Wolfgang Reuther, Karl Rombach, Volker Schebesta, Dr. Stefan Scheffold, Viktoria Schmid, Peter Schneider, Felix Schreiner, Katrin Schütz, Willi Stächele, Dr. Monika Stolz, Gerhard Stratthaus, Stefan Teufel, Alexander Throm, Karl Traub, Tobias Wald, Guido Wolf, Karl Zimmermann.

FDP/DVP: Dr. Friedrich Bullinger, Andreas Glück, Dr. Ulrich Goll, Leopold Grimm, Jochen Haußmann, Dr. Timm Kern, Dr. Hans-Ulrich Rülke.

Mit N e i n haben gestimmt:

GRÜNE: Muhterem Aras, Theresia Bauer, Beate Böhlen, Sandra Boser, Jürgen Filius, Josef Frey, Jörg Fritz, Petra Häffner, Martin Hahn, Wilhelm Halder, Manfred Kern, Daniel Andreas Lede Abal, Siegfried Lehmann, Andrea Lindlohr, Brigitte Lösch, Manfred Lucha, Thomas Marwein, Bärbli Mielich, Dr. Bernd Murschel, Reinhold Pix, Thomas Poreski, Wolfgang Raufelder, Daniel Renkonen, Dr. Markus Rösler, Alexan-

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

der Salomon, Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr, Charlotte Schneidewind-Hartnagel, Alexander Schoch, Andreas Schwarz, Hans-Ulrich Sckerl, Edith Sitzmann, Dr. Gisela Splett, Nikolaus Tschenk, Jürgen Walter.

SPD: Katrin Altpeter, Christoph Bayer, Sascha Binder, Wolfgang Drexler, Dr. Stefan Fulst-Blei, Thomas Funk, Reinhold Gall, Anneke Graner, Gernot Gruber, Rosa Grünstein, Hans-Martin Haller, Rita Haller-Haid, Helen Heberer, Walter Heiler, Rainer Hinderer, Peter Hofelich, Klaus Käppeler, Gerhard Kleinböck, Ernst Kopp, Klaus Maier, Georg Nelius, Thomas Reusch-Frey, Martin Rivoir, Gabi Rolland, Ingo Rust, Nikolaos Sakellariou, Dr. Nils Schmid, Claus Schmiedel, Rainer Stickelberger, Johannes Stober, Andreas Stoch, Hans-Peter Storz, Florian Wahl, Alfred Winkler, Sabine Wölflle.

*

Ich lasse jetzt über den Abschnitt III des Antrags der Fraktion der CDU, Drucksache 15/4450-1, zu Kapitel 1208 – Staatlicher Hochbau – abstimmen. Sind Sie damit einverstanden, über die Ziffern 1 bis 9 dieses Abschnitts III insgesamt abzustimmen? – Das ist der Fall. Wer Abschnitt III des Antrags zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Abschnitt III dieses Antrags mehrheitlich abgelehnt worden.

Wer Einzelplan 12 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/4440, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Einzelplan 12 in der Fassung der Beschlussempfehlung mehrheitlich zugestimmt worden.

Ich rufe auf

Einzelplan 13

Ministerium für Verkehr und Infrastruktur

Wer Einzelplan 13 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Einzelplan 13 wurde mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 14

Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Wer Einzelplan 14 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/4440, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit wurde Einzelplan 14 in der Fassung der Beschlussempfehlung mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 15

Ministerium für Integration

Wer Einzelplan 15 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Einzelplan 15 einstimmig zugestimmt worden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen jetzt in Zweiter Beratung zur **E i n z e l a b s t i m m u n g** über den

Entwurf des Nachtragsgesetzes der Landesregierung, Drucksache 15/4411:

Gesetz über die Feststellung eines Zweiten Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2014

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/4441. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf in der Fassung der Drucksache 15/4441 zuzustimmen.

Ich rufe auf

§ 1

Wer § 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit wurde § 1 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 2

Wer § 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit wurde § 2 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 3

und hierzu den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/4451. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit wurde dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wer jetzt § 3 im Ganzen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit wurde § 3 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 4

Wer § 4 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit wurde § 4 einstimmig zugestimmt.

Sind Sie damit einverstanden, dass ich die §§ 5, 6 und 7 gemeinsam zur Abstimmung stelle? – Es erhebt sich kein Widerspruch.

Ich rufe auf

§ 5 bis § 7

Wer den §§ 5 bis 7 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist den §§ 5, 6 und 7 mehrheitlich zugestimmt worden.

Ich rufe auf

§ 8

Wer § 8 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit wurde § 8 einstimmig zugestimmt.

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Ich rufe auf

§ 9

Wer § 9 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit wurde § 9 mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen in der Dritten Beratung zur **A b s t i m m u n g**. Abstimmungsgrundlage sind die soeben in Zweiter Beratung gefassten Beschlüsse zu den Drucksachen 15/4440 und 15/4441.

Ich rufe zunächst wieder den Entwurf des Nachtragshaushalts der Landesregierung auf, zu dem es in der Zweiten Beratung eine Änderung im Einzelplan 08 – Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz – gab.

Nachtragshaushaltsplan

Sind Sie damit einverstanden, dass ich die Einzelpläne 01 – Landtag – und 02 – Staatsministerium – gemeinsam zur Abstimmung stelle? –

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Nein!)

Ich rufe zunächst auf

Einzelplan 01

Landtag

Wer dafür ist, der möge bitte die Hand heben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Ich stelle einstimmige Zustimmung fest.

Ich rufe auf

Einzelplan 02

Staatsministerium

Wer dem Haushalt des Staatsministeriums zustimmen will, der möge bitte die Hand heben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit wurde Einzelplan 02 mehrheitlich zugestimmt.

Ich schlage Ihnen vor, die nächsten vier Einzelpläne, also die Einzelpläne 03 – Innenministerium – bis 06 – Ministerium für Finanzen und Wirtschaft – ebenfalls gemeinsam zur Abstimmung zu stellen. – Es wird nicht widersprochen.

Ich rufe auf

Einzelplan 03 bis Einzelplan 06

Wer diesen vier Einzelplänen zustimmt, der möge bitte die Hand heben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit wurde diesen vier Einzelplänen mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über

Einzelplan 07

Ministerium für Finanzen und Wirtschaft (Wirtschaft)

Wer diesem Einzelplan zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dem Einzelplan 07 wurde einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 08

Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz

Hierzu gab es in der Zweiten Beratung eine Änderung durch die Annahme des Antrags der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD, Drucksache 15/4450-6 – Stichwort Bundesgartenschau –, im Kapitel 0802 – Allgemeine Bewilligungen. Abstimmungsgrundlage ist also der soeben in der Zweiten Beratung gefasste Beschluss zu Einzelplan 08.

Wer Einzelplan 08 in der jetzt geänderten Fassung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Einzelplan 08 mehrheitlich zugestimmt worden.

Sind Sie damit einverstanden, dass ich Einzelplan 09 – Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren – bis Einzelplan 14 – Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst – gemeinsam zur Abstimmung stelle? – Das ist der Fall.

Ich rufe auf

Einzelplan 09 bis Einzelplan 14

Wer diesen fünf Einzelplänen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist diesen fünf Einzelplänen mehrheitlich zugestimmt worden.

Wir haben jetzt noch über den

Einzelplan 15

Ministerium für Integration

abzustimmen. Wer diesem Einzelplan zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist diesem Einzelplan einstimmig zugestimmt worden.

Wir kommen in der Dritten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Entwurf des Nachtragsgesetzes der Landesregierung:

Gesetz über die Feststellung eines Zweiten Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2014

Der Gesetzentwurf liegt Ihnen als Drucksache 15/4411 vor. Abstimmungsgrundlage sind auch hier die soeben in Zweiter Beratung gefassten Beschlüsse. Ich schlage Ihnen vor, über den Gesetzentwurf im Ganzen abzustimmen. – Sie stimmen dem zu.

Dann rufe ich auf

§ 1 bis § 9

Wer diesen neun Paragraphen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist den §§ 1 bis 9 mehrheitlich zugestimmt worden.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 19. Dezember 2013 das folgende Gesetz beschlossen:“.

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Die Überschrift

lautet: „Gesetz über die Feststellung eines Zweiten Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2014“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dem Gesetz mehrheitlich zugestimmt worden.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir kommen jetzt zur **A b s t i m m u n g** über das Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und anderer Gesetze, Drucksache 15/4353. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/4444. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf mit den Ergänzungen der Fundstellen in den Einleitungssätzen von Artikel 1 und Artikel 4 zuzustimmen.

Ich rufe auf

Artikel 1

Änderung des Finanzausgleichsgesetzes

und hierzu Ziffer 1 der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/4444. Wer Artikel 1 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 2

Änderung des Kommunalabgabengesetzes

Wer Artikel 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmig ist diesem Artikel zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 3

Änderung des Landesgebührengesetzes

Wer Artikel 3 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 4

Änderung des Landesbankgesetzes

und hierzu Ziffer 2 der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/4444. Wer Artikel 4 mit dieser Ergänzung zustimmt, den bitte ich um das

Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 5

Inkrafttreten

Wer Artikel 5 zustimmt, den bitte ich, die Hand zu erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmig zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 19. Dezember 2013 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und anderer Gesetze“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dem Gesetz einstimmig zugestimmt worden.

Ich lasse nun noch über die Mitteilung des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft vom 4. Dezember 2013 – Mittelfristige Finanzplanung für die Jahre 2013 bis 2017 –, Drucksache 15/4412, abstimmen. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/4442. Der Ausschuss schlägt Ihnen vor, von der Mitteilung Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen dieser Beschlussempfehlung zu.

Zum Schluss kommen wir zur Abstimmung über die Mitteilung der Landesregierung vom 4. Dezember 2013 – Finanzplan des Landes Baden-Württemberg gem. § 18 Absatz 10 Landeshaushaltsordnung für die Jahre 2013 bis 2020 (Stand: November 2013) einschließlich der verbindlichen Orientierungspläne für die Haushaltsjahre 2015 und 2016 –, Drucksache 15/4413. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/4443. Der Ausschuss schlägt Ihnen vor, von der Mitteilung Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen auch dieser Beschlussempfehlung zu.

Damit ist Punkt 2 der heutigen Tagesordnung erledigt. Vielen Dank für die konstruktive Mitarbeit.

Ich unterbreche die Sitzung bis 14:00 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 12:35 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:00 Uhr)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Fragestunde – Drucksache 15/4426

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 1 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Paul Locherer CDU – Wie bringt die Landesregierung das Schulfruchtprogramm voran?

Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg. Paul Locherer CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kollegen, sehr geehrter Herr Minister, meine Damen und Herren! Es macht mir Freude, zum Schluss des parlamentarischen Jahres 2013 ein Projekt anzusprechen, das man durchaus als Modellprojekt par excellence bezeichnen darf, da es zwei Funktionen hat. Zum einen geht es darum, für gesunde Ernährung mittels Obst und Gemüse zu werben, zum anderen geht es darum, etwas für die heimischen Wirtschaftskreisläufe und die Regionalität leisten zu können. Deshalb zwei Fragen:

- a) Unterstützt die Landesregierung die bayerische Bundesratsinitiative, mit der sichergestellt werden soll, dass der ab dem kommenden Schuljahr von 50 auf 75 % aufgestockte EU-Anteil an den Fördermitteln für das Schulfruchtprogramm möglichst rasch und umfassend den Kindern zugutekommt?
- b) Welche Maßnahmen ergreift sie, um in Konsequenz des erhöhten EU-Anteils an der Finanzierung des Schulfruchtprogramms weitere Schulen im Land für die Teilnahme zu gewinnen?

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Minister.

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde: Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Abg. Locherer, meine Damen und Herren! Das EU-Schulfruchtprogramm hat sich in Baden-Württemberg seit dem Start im Februar 2010 sehr positiv entwickelt. Rund 1 650 Einrichtungen mit gut 230 000 Kindern und Jugendlichen nehmen aktuell im Land am Programm teil. Mit mehr als 13,5 Millionen Portionen Obst und Gemüse pro Schuljahr kommt so den Kindern in unserem Land gute Qualität aus der Region zugute.

Für die neue Förderperiode – das heißt ab dem Schuljahr 2014/2015 – wurden auf EU-Ebene einige wichtige Änderungen am EU-Schulfruchtprogramm vorgenommen. Dazu gehören insbesondere die von Ihnen angesprochene Erhöhung des jährlichen Gesamtmittelrahmens der Europäischen Union von 90 auf 150 Millionen € sowie die Erhöhung des möglichen Kofinanzierungssatzes von 50 auf 75 %.

Damit die Mitgliedsstaaten ihre Strategien zur Umsetzung des Schulfruchtprogramms an die veränderten Rahmenbedingungen anpassen können, hat die EU die Fristen zur Einreichung der Strategien verlängert. Diese Fristverlängerung muss notwendigerweise auch im deutschen Recht umgesetzt werden, damit die Bundesländer von den neuen Bestimmungen ab dem Schuljahr 2014/2015 profitieren können. Die zu dem Zeitpunkt noch nicht vereidigte Bundesregierung hat daher das Land Bayern angesprochen, eine Initiative in die Wege zu leiten. Baden-Württemberg hat diese Initiative unterstützt.

Der Ausschuss für Agrarpolitik und Verbraucherschutz des Bundesrats hat am 2. Dezember dem Bundesrat einstimmig empfohlen, den Gesetzentwurf in den Deutschen Bundestag einzubringen und die Angelegenheit als eilbedürftig zu behandeln. Der Bundesrat hat heute zeitgleich zu unserer Plenarsitzung den entsprechenden Antrag mit einem klaren Votum beschlossen, sodass wir hoffen, dass wir aufgrund der entsprechenden Änderungen durch den Bundesgesetzgeber schnell auch hier die entsprechenden Handlungsmöglichkeiten haben.

Zu Ihrer zweiten Frage: Die Landesregierung hat umfangreiche Maßnahmen ergriffen, um die Bekanntheit des Programms im Land zu erhöhen und Schulen und Kindertageseinrichtungen für eine Teilnahme zu begeistern.

Wir haben in den letzten Jahren eine Reihe von Akteuren gewonnen. So haben sich viele Kommunen – auch im Bereich der Schulen – engagiert, aber auch Einrichtungen wie die MBW und wir, das Ministerium, haben verschiedene Initiativen unternommen, um zu werben. Beispielsweise haben wir in diesem Jahr am 10. Juni zum ersten Mal den „Tag der Schulfrucht“ durchgeführt. Das war eine Aktion, um bewusst Aufmerksamkeit für diese Möglichkeit zu wecken. Die Zahlen, die ich eingangs zum Schulfruchtprogramm genannt habe, zeigen, dass diese Aufmerksamkeitsmaßnahmen, also das Werben um Schulen, in den letzten Jahren erfolgreich waren.

Das Schulfruchtprogramm hat in Baden-Württemberg auch im Rahmen des gewählten Sponsorenmodells stetigen Zulauf zu verzeichnen, und wir haben alle ein Interesse daran, das Schulfruchtprogramm mit den neuen europäischen Möglichkeiten entsprechend weiter auszuweiten. Wenn die neuen Gesetzesvorschläge vorliegen, werden wir uns im nächsten Jahr damit beschäftigen, wie wir das Programm für Baden-Württemberg weiterentwickeln können, um davon 2014/2015 entsprechend zu profitieren und noch mehr Kindern einen Zugang zu Schulobst zu verschaffen.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Ist die Anfrage damit erledigt? – Vielen Dank.

Vielen Dank, Herr Minister.

Ich rufe damit die Mündliche Anfrage unter Ziffer 2 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Lösungsansätze zur Vermeidung eines Verkehrschaos bei der geplanten Vollsperrung im Rahmen der Baumaßnahme B 19 in Untermünkheim, Landkreis Schwäbisch Hall

Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Herr Präsident, ich weiß nicht, ob ich die Frage schon verlesen kann. Denn ich sehe niemanden, der sie vielleicht kompetent –

(Zurufe: Staatssekretärin Dr. Splett ist da!)

– Wo?

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Frau Staatssekretärin Dr. Splett ist anwesend.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Entschuldigung. – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

- a) Welche Vorschläge macht die Landesregierung zur Vermeidung des befürchteten Verkehrschaos bei der im Jahr 2015 geplanten Vollsperrung im Rahmen der Baumaßnahme der B 19 in Untermünkheim?
- b) Unterstützt sie eine beschleunigte Durchführung der Baumaßnahme auch im Sinne der gewerbetreibenden Anlieger in Untermünkheim sowie ein Vorziehen des Baus des Weilertunnels in Schwäbisch Hall als Lösung?

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Vielen Dank. – Frau Staatssekretärin Dr. Splett, bitte.

Staatssekretärin Dr. Gisela Splett: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Abg. Dr. Bullinger, sehr geehrte Damen und Herren! Gestatten Sie mir, dass ich vorweg etwas zum Zustand der Sperbersbachbrücke sage.

Bei der Sperbersbachbrücke handelt es sich um eine 175 m lange Verdolung des Sperbersbachs. Das Bauwerk besteht aus den Teilbauwerken A und B oberstromseitig, inklusive Portal – diese sind in der Baulast des Bundes –, und der 15 m langen, unterstromseitigen Gewölbebrücke als Teilbauwerk C; dieses ist in der Baulast der Gemeinde. Bei der routinemäßig durchgeführten Bauwerksuntersuchung im Rahmen der Hauptprüfung im Jahr 2010 wurde festgestellt, dass die im Laufe der Zeit eingetretenen Schädigungen am Bauwerk die Tragfähigkeit der Brücke erheblich beeinträchtigen. Aufgrund der festgestellten Schäden wurde sie daraufhin auf die Brückenklasse 9 abgestuft, die eine erheblich geminderte Tragfähigkeit ausweist.

Zu den Schäden an der Sperbersbachbrücke wurde in einem Gutachten vom 27. Juli 2011 Folgendes festgestellt:

In die Stahlbetondeckenplatte sind großflächig Tausalze eingedrungen. Das Tausalz hat zu Betonstahlkorrosion und Betonabplatzungen geführt. Als Folge des Tausalzzutritts hat die Deckenbewehrung großflächige Schadensbereiche mit Querschnittsverlust der Tragbewehrung.

Die mittlere Betondeckung der Tragbewehrung beträgt ca. 26 mm und liegt in Bereichen geringer Alkalität des Betons. An einzelnen Stellen wird dieser Mittelwert wesentlich unterschritten.

Die Massivplatte ist in den stark geschädigten Bereichen mit 50 % der anrechenbaren Tragbewehrung nur noch eingeschränkt tragfähig.

Nachdem die Standsicherheit der Massivplatte nicht mehr gegeben war, wurde zur uneingeschränkten Aufrechterhaltung des Verkehrs auf der B 19 der Einbau von Hilfsunterstützungen im Abflussquerschnitt des Bauwerks erforderlich. Der Einbau der Joche wurde zu Beginn des Jahres 2012 ausgeführt.

Der Ersatzneubau der Brücke einschließlich des Gemeindeforts in der Gemeinschaftsmaßnahme ist daher dringend erforderlich. Eine Instandsetzung scheidet aufgrund der erheblichen Schäden aus. Zudem besteht in Anbetracht der geringen

lichten Höhe und mehrerer kleiner Abstürze in der Gewässer-
sohle, insbesondere am Einlauf, die Gefahr, dass das beste-
hende Bauwerk bei Hochwasser eingestaut wird. Daher ist ne-
ben der Tragfähigkeit auch der vorhandene Durchflussquer-
schnitt der Brücke unzureichend.

Die Hilfsunterstützungen verbleiben im Bauwerk. Bis zur Ausführung eines Ersatzneubaus wird in Abständen von ca. vier Wochen bzw. nach jedem starken Regenereignis oder Hochwasser kontrolliert.

Nun zur Frage nach dem befürchteten Verkehrschaos: Aus Sicht der Landesregierung wird es durch die Vollsperrung lediglich am Knotenpunkt B 19/Heimbacher Gasse/Hirschgraben zu verkehrlichen Problemen kommen. Hier wird während der Bauzeit gegebenenfalls eine Signalisierung erforderlich sein.

Nachdem die Ortsdurchfahrt im Zuge der B 19 in Schwäbisch Hall mit Fertigstellung der Westumfahrung Schwäbisch Hall, K 2576, deutlich entlastet wurde, ist nach Ansicht der Landesregierung nicht mit einem Verkehrsinfarkt während der Bauzeit zu rechnen.

Zur zweiten Frage: Die Landesregierung befürwortet grundsätzlich eine beschleunigte Durchführung der Baumaßnahme in Untermünkheim. Dieser Sachverhalt wie auch befürchtete Gefährdungen der Existenz gewerbetreibender Anlieger werden zentrale Themen im noch durchzuführenden Planfeststellungsverfahren des Regierungspräsidiums Stuttgart sein.

Nachdem die Sperbersbachbrücke aufgrund des schlechten Bauwerkszustands bereits vor fast zwei Jahren mit einer Notunterstützung gesichert werden musste, ist eine Verschiebung der Maßnahme über das absolut erforderliche Maß hinaus nicht zu vertreten. Bis zu einem Baubeginn des Weilertunnels vergehen aufgrund noch ausstehender Planungsleistungen mindestens zwei Jahre. Bei einer geschätzten Bauzeit von ebenfalls mindestens zwei Jahren könnte dann mit einem Ersatzneubau der Sperbersbachbrücke bestenfalls im Jahr 2018 begonnen werden.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Nein! Das ist unglaublich!)

Die Landesregierung sieht daher im Vorziehen des Baus des Weilertunnels keine Vorteile.

Ich verweise in diesem Zusammenhang auch auf ein Schreiben des BMVBS an die Stadt Schwäbisch Hall vom 10. September 2013; es ist wahrscheinlich bekannt. Darin weist das BMVBS auf den Sanierungsstau im Bundesstraßennetz hin, der Erhaltungsmaßnahmen wie den Ersatzneubau der Sperbersbachbrücke notwendig mache; hierbei seien Verkehrsbeeinträchtigungen unvermeidbar.

Weiter hat das BMVBS in diesem Schreiben bezüglich des Weilertunnels ausgeführt, dass der finanzielle Spielraum für Neubaumaßnahmen keinen weiteren Neubeginn zulasse.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Technikerdeutsch ist schön!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Vielen Dank. – Eine Zusatzfrage, Herr Abg. Sakellariou.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Frau Staatssekretärin, ich habe eine Ergänzungsfrage. Ich glaube auch, dass wir die Verkehrsproblematik in den Griff bekommen. Aber von der Maßnahme sind sehr viele Personen betroffen, die in den Einzelhandelsgeschäften entlang der B 19 in Untermünkheim tätig sind. Dort müssen stellenweise zehn, zwölf Leute entlassen werden. Das betrifft Apotheken, Bäckereien,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Metzgerei!
Tankstelle!)

Einzelhandelsgeschäfte, Metzgereien. Gibt es Überlegungen, wie man diesen Personen helfen kann? Die Unternehmer selbst werden wohl wirtschaftlich überleben können, aber die abhängig Beschäftigten müssen wohl für die Dauer der Bauzeit entlassen werden.

Mir ist durch den Kopf gegangen, ob man nicht vielleicht mit der Aufstellung von Containern entlang der Umleitung dafür sorgen könnte, dass sie neben dem Betrieb des Geschäfts im Innenort die Waren auch an Verkaufsstellen entlang der Umleitung verkaufen könnten.

Ich mache mir einfach Sorgen um die Beschäftigten. Die Zwangsläufigkeit der Baumaßnahme leuchtet mir ein. Aber wir haben keine Instrumente, um den abhängig Beschäftigten in den Geschäften entlang dieser Straße zu helfen. Ich hätte gern gewusst, was wir da machen können.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Frau Staatssekretärin.

Staatssekretärin Dr. Gisela Splett: Vielen Dank für diese Nachfrage. – Ich habe schon ausgeführt, dass das ein Punkt ist, der im Planfeststellungsverfahren zu behandeln sein wird. Da werden sich auch diese Fragen stellen.

Was die Anregung, Container aufzustellen, angeht, ist meine erste, persönliche Einschätzung, dass das wahrscheinlich nicht ganz einfach wäre. Denn der überregionale Verkehr wird etwas großflächiger umgeleitet.

Insoweit muss man einfach schauen, welche Ansatzmöglichkeiten es gibt. Ich gehe davon aus, dass das im weiteren Planungsverfahren beleuchtet wird und nach Lösungen gesucht wird.

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Danke schön!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine weitere Zusatzfrage, Herr Abg. Dr. Bullinger.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Frau Staatssekretärin, meine Frage geht in die gleiche Richtung. Für die Grundversorgung der Gesamtgemeinde sind diese Handelsunternehmen ganz wichtig. Sie leben zu rund 70 % vom Durchgangsverkehr. Wenn dort über ein Jahr oder anderthalb Jahre lang eine Baustelle ist, werden sie alle pleitegehen.

Meine Frage lautet konkret: Gibt es Möglichkeiten, die Maßnahme zu beschleunigen? Natürlich kostet dies mehr Geld. Aber nur dann ist gewährleistet, dass die Gemeinde nicht Gefahr läuft, dass die wichtigsten Gewerbebetriebe zur Daseinsversorgung womöglich nach Eröffnung der Straße geschlossen sind. Das wäre wirklich schlimm. Gibt es Möglichkeiten

einer beschleunigten Baudurchführung, und wie wäre das finanziell zu sehen?

Staatssekretärin Dr. Gisela Splett: Auch das kann ich jetzt noch nicht en détail beantworten. Aber natürlich bemüht man sich, die Baumaßnahme so schnell wie möglich durchzuführen. Man will ja auch die verkehrlichen Beeinträchtigungen möglichst begrenzen. Insoweit wird da sicherlich – wie bei vielen anderen Baumaßnahmen im Land – mit entsprechenden Verträgen gearbeitet, damit die Bauabwicklung möglichst rasch erfolgt, sodass ich nicht davon ausgehe, dass die Zeitdauer so lang ist, wie Sie das jetzt angedeutet haben.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine weitere Zusatzfrage, Herr Abg. von Eyb.

Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU: Frau Staatssekretärin, Untermünkheim gehört zu meinem Wahlkreis, dem Wahlkreis 21. Ich will nur darauf hinweisen, dass man zwischen Würzburg und Schwäbisch Hall überhaupt nur noch in drei Ortschaften einkaufen kann. Nach Untermünkheim kommen auch Personen aus Bad Mergentheim, wo man auch nicht mehr einkaufen kann, weil der Verkehr dort außen herumgeleitet wird. Die Firmen in Untermünkheim sind sehr stark von den Lastwagenfahrern abhängig, die wissen, dass man sich nur in diesem Ort entsprechend versorgen kann. Auch in Schwäbisch Hall ist dies nicht möglich, weil der Verkehr um Schwäbisch Hall herumgeleitet wird.

Deswegen die Frage: Wann werden diese Menschen befragt, wie sie ihre eigenen Ideen einbringen können, um dieses Problems Herr zu werden?

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Frau Staatssekretärin.

Staatssekretärin Dr. Gisela Splett: Herr Kollege, darf ich Ihre Fragestellung als Plädoyer gegen den Bau von Ortsumfahrungen werten?

(Heiterkeit – Beifall der Abg. Nikolaus Tschenk und Wilhelm Halder GRÜNE – Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU begibt sich an ein Saalmikrofon.)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das war keine Rückfrage, das war nur eine Feststellung.

(Heiterkeit – Abg. Volker Schebesta CDU: Eine persönliche Erklärung muss auch nicht provoziert werden!)

Staatssekretärin Dr. Gisela Splett: Wie dem auch sei: Ich habe schon ausgeführt, dass man sich um eine möglichst zügige Durchführung dieser Baumaßnahme bemühen wird. Nach meinem Kenntnisstand geht man im Moment davon aus, dass die erforderliche Vollsperrung eine Dauer von sechs Monaten in Anspruch nehmen wird.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das wäre gut!)

Wenn dem so ist, dann hoffe ich doch sehr, dass sich diese Unternehmen entsprechend darauf einstellen können und Lösungen gefunden werden.

Ich habe auch davon gesprochen, dass das Planfeststellungsverfahren noch ansteht. Ich denke, dass dieses Verfahren das

(Staatssekretärin Dr. Gisela Splett)

richtige Forum ist, damit auch die Gewerbetreibenden, die Bürgerinnen und Bürger, die Anwohnerinnen und Anwohner sowie diejenigen, die sonst noch betroffen sind,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Die Wahlkreisabgeordneten!)

ihre jeweiligen Belange einbringen können.

(Beifall des Abg. Nikolaus Tschenk GRÜNE – Abg. Nikolaus Tschenk GRÜNE: Sehr detailliert geantwortet!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Es liegen keine weiteren Zusatzfragen vor. – Vielen Dank, Frau Staatssekretärin.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 3 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Unterrichtsversorgung und Stundenausfall an den Schulen der Landkreise Schwäbisch Hall, Hohenlohekreis und Main-Tauber-Kreis

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Oi!)

Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

- a) Wie viele Unterrichtsstunden sind aufgrund der aktuellen Unterrichtsversorgung in den Jahren 2011 bis heute in den Landkreisen Schwäbisch-Hall, Hohenlohekreis und Main-Tauber-Kreis in den unterschiedlichen Schultypen (allgemeinbildende Schulen und Berufsschulen) ausgefallen?
- b) Was gedenkt die Landesregierung zu tun, um die Unterrichtsversorgung insgesamt zu verbessern, insbesondere um zukünftig Unterrichtsausfälle zu vermeiden?

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Minister Stoch.

Minister für Kultus, Jugend und Sport Andreas Stoch: Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich beantworte die Mündliche Anfrage des Herrn Abg. Dr. Bullinger wie folgt:

Wir können keine genauen Angaben darüber machen, wie viele Unterrichtsstunden in diesen Zeiten ausgefallen sind. Denn – das wissen Sie; das war bereits in früheren Legislaturperioden so – die gewünschten Detaildaten zu erheben – bezogen auf einzelne Landkreise – würde einen ganz erheblichen sachlichen und personellen Aufwand bewirken. Wir haben deshalb stichprobenartig im Jahr Erhebungen über die verschiedenen Schularten hinweg vorgenommen, und wir werden im Januar die aktuellen Daten für das laufende Schuljahr 2013/2014 veröffentlichen. Die Daten für die Jahre davor – bezogen auf das Land Baden-Württemberg, aber unterteilt nach den einzelnen Schularten – sind Ihnen, denke ich, bekannt.

Ihre Frage bezieht sich ja insbesondere auf die Entwicklung der Unterrichtsversorgung. Wir können sagen, dass wir durch die von uns ergriffenen Maßnahmen dafür gesorgt haben, dass

eine Stabilisierung, also ein geringerer Ausfall im Bereich des Pflichtunterrichts stattfindet. Sie wissen, dass wir, die Landesregierung, die fest installierte Krankheitsvertretungsreserve deutlich angehoben haben, um hier zumindest einmal eine sicherere Grundversorgung zu gewährleisten. Dies sorgt natürlich dafür, dass weniger Unterricht ausfällt.

Aber – das gilt im schulischen Bereich immer, wenn man keine Überversorgung um soundso viel Prozent bezahlen will – im Einzelfall wird es immer örtliche oder fachspezifische Engpässe geben. Je spezialisierter die Schulart ist, desto eher tritt das Problem des Ersatzes auf. Denken Sie beispielsweise an die Gymnasien oder an das hoch spezialisierte System der beruflichen Schulen. Hier immer gleich einen adäquaten Ersatz zu finden ist oft schwierig. Aber die Schulverwaltung ist dringend daran interessiert und arbeitet daran, möglichst schnell Ersatz für betroffene Schulen zu haben.

Ich kann Ihnen als Beispiel sagen, dass wir für die Schulen der Landkreise Schwäbisch Hall, Hohenlohekreis und Main-Tauber-Kreis zusätzlich zur festen Krankheitsvertretungsreserve insgesamt bereits 78 befristete Verträge abgeschlossen haben, beispielsweise in Fällen der Mutterschaftsvertretung oder in Fällen lang andauernder Erkrankungen. Das heißt, die Schulämter und Regierungspräsidien sind daran interessiert, möglichst schnell Ersatz an die Schulen zu bringen.

Wir haben z. B. für die Vorsorge in Tauberbischofsheim im zweiten Halbjahr des laufenden Schuljahrs mit mehreren Mutterschutzzeiten zu rechnen. Das heißt, wir wissen schon jetzt, dass es dort Ausfälle geben wird. Das Regierungspräsidium arbeitet bereits jetzt daran, dass der Unterricht mithilfe befristeter abgeschlossener Verträge sichergestellt wird.

Zur Entwicklung seit dem Jahr 2011 kann ich Ihnen mitteilen, dass es hier in den unterschiedlichen Schularten keine signifikante Veränderung gegeben hat. Eine pauschale Aussage macht aber keinen großen Sinn, weil sich die Situationen vor Ort, wie gesagt, aufgrund spezifischer Verhältnisse oft sehr stark voneinander unterscheiden können.

Bei einer kurzfristigen Abwesenheit einer Lehrkraft – beispielsweise aufgrund einer Krankheit oder durch eine Klassenfahrt – wird sehr häufig innerhalb der Schule Ersatz gesucht. Wir haben aber – das kann ich Ihnen als erfreuliche Mitteilung weitergeben – kein weiteres Anwachsen der sogenannten Bugwelle. Insbesondere an Gymnasien und beruflichen Schulen war es ja so, dass die Kolleginnen und Kollegen diese Lücken durch Mehrarbeit ausgeglichen haben. Wir haben es im vergangenen und im laufenden Schuljahr sogar geschafft, die sogenannte Bugwelle ein Stück weit abzubauen.

Wir, die Landesregierung, sind – ich habe es bereits erwähnt – weiterhin bemüht, durch entsprechende Maßnahmen – Erhöhung der fest installierten Krankheitsvertretungsreserve, aber vor allem auch feste Verankerung der Vertretungsmittel im Umfang von 65 Millionen € im Landeshaushalt – auch die notwendigen Mittel für den Abschluss der befristeten Verträge in ausreichendem Umfang zu haben.

Darüber hinaus sind wir natürlich daran interessiert, dass in allen Regionen des Landes – Sie wissen auch: Für ländliche Regionen ist es häufig schwieriger, einen Ersatz zu bekommen. Das ist auch in den Einstellungsperioden häufig schwieriger. Wir versuchen, durch vorgezogene Einstellungszeit-

(Minister Andreas Stoch)

punkte – ein sogenanntes Ausschreibungsprogramm Ländlicher Raum – die besonderen Erfordernisse des ländlichen Raums auch hier zu beachten.

Ich denke, die drei betroffenen Landkreise werden im Moment gut mit Unterricht versorgt.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine Zusatzfrage, Herr Abg. Dr. Bullinger.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Besten Dank, Herr Minister. – Mich interessieren jetzt vor allem einmal die Berufsschulen. Bei allgemeinbildenden Schulen ist es leichter, Lehrkräfte sowohl innerhalb der Schule als auch innerhalb des Schulbezirks woanders einzusetzen und das gerade bei Mutterschutzvertretungen entsprechend zu managen. Bei den Berufsschulen mit Spezialisten ist das viel schwieriger.

Ist gewährleistet, dass gerade dann, wenn Spezialisten fehlen, auch zwischen den einzelnen Berufsschulen, deren Einzugsbereich über Landkreisgrenzen und Schulamtsbezirke hinausgeht, über die Regionen hinaus ausgeglichen wird? Gibt es gerade hinsichtlich der Spezialisten eine mobile Reserve in einem Regierungsbezirk? Wie wird das gehandhabt? Das ist, glaube ich, ganz schwer zu handhaben.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Minister.

Minister für Kultus, Jugend und Sport Andreas Stoch: Herr Kollege Bullinger, Sie sprechen zu Recht diese Schwierigkeit an. Denn wir haben eine fest installierte Krankheitsvertretungsreserve, inzwischen fast 1 700 Deputate, die über die verschiedenen Schularten verteilt sind. Diese sind sozusagen eine Art mobile Reserve, die an bestimmten Stammschulen verankert sind, bei Bedarf jedoch an die jeweilige Schule abgeordnet werden.

Hier besteht konkret das Problem, dass wir bei den beruflichen Schulen eine so hohe Ausdifferenzierung haben, dass es gerade auch in Zeiten, in denen es der Wirtschaft gut geht – das ist ja der Anachronismus in diesem Zusammenhang –, wegen der attraktiveren Konditionen der Wirtschaft noch schwieriger ist, die entsprechenden Fachleute einstellen zu können. Deswegen ist es natürlich gerade im Vertretungsfall oft schwierig, kurzfristig zu reagieren.

Die Frage ist ja immer: Wie lange fällt der Unterricht aus, bzw. wie schnell kann reagiert werden? Es ist oft sehr schwierig, kurzfristig Ersatz zu organisieren. Da reicht auch der Anteil der fest installierten Reserve für die beruflichen Schulen, weil es so ausdifferenziert ist, oft nicht aus, da zumindest in den umliegenden Berufsschulen im konkreten Fall nicht der Ersatz vorhanden ist, mit dem – das wäre der Idealfall – das Defizit gedeckt werden kann.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Dann ist ein ganzes Lehrjahr weg!)

– Das muss auf jeden Fall vermieden werden.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine weitere Zusatzfrage, Herr Abg. Sakellariou.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Herr Minister, wir haben insgesamt sinkende Schülerzahlen, wir haben den letzten G-9-Jahrgang und dadurch in diesem Jahrgang auch mehr Schüler, und

wir haben eine zusätzliche Versorgung mit Krankheitsvertretungen und sogar 28 befristete Krankheitsvertretungsstellen. Habe ich Sie richtig verstanden, dass die Unterrichtsversorgung im Landkreis Schwäbisch Hall besser geworden ist?

Minister für Kultus, Jugend und Sport Andreas Stoch: Wie gesagt: Wir haben keine statistischen Erhebungen bezogen auf diese Landkreise.

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Diese drei Faktoren!)

– Diese drei Faktoren führen zu einer Stabilisierung der Unterrichtsversorgung. Dann ist der Ausfall nicht so groß und ist die Gefahr des Ausfalls geringer, weil man eben auch die entsprechenden Geldmittel zur Verfügung hat, um schneller mit befristeten Verträgen reagieren zu können. Das ist zutreffend.

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Danke schön!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Keine weiteren Fragen. – Vielen Dank, Herr Minister.

Wir kommen jetzt zur Mündlichen Anfrage unter Ziffer 4:

Mündliche Anfrage des Abg. Thomas Blenke CDU – Fortführung des Einstellungskorridors bei der Polizei

Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg. Thomas Blenke CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

- Wie viele Neueinstellungen sind für das Jahr 2014 und die Folgejahre bei der Polizei geplant?
- Wie steht die Landesregierung zu einer vollumfänglichen Weiterführung des Einstellungskorridors?

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Minister Gall.

Innenminister Reinhold Gall: Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und werte Kollegen! Ich beantworte die Anfrage des Kollegen Blenke im Namen der Landesregierung wie folgt:

Zu Frage a: Im Jahr 2014 sind ganz konkret 680 Einstellungen geplant. Auch in den Folgejahren werden wir eine für die Aufgabenbewältigung angemessene Personalstärke sicherstellen.

Zu Frage b: Wir alle wissen: Ein Einstellungskorridor – so ist er angelegt – soll eine harmonische Altersschichtung und demzufolge auch eine ausgewogene Ämterstrukturierung erreichen. Dazu sind möglichst kontinuierliche Einstellungszahlen erforderlich, die einen in die Zukunft gerichteten und auch homogenen Personalaufbau und eine gleichmäßige Auslastung der Bildungseinrichtungen der Polizei erzielen. Mit dem bisherigen Einstellungskorridor und den einmaligen Einstellungszahlen aus dem Jahr 2012 mit 1 200 Anwärterinnen und Anwärtern wurde deutlich über Bedarf eingestellt,

(Abg. Thomas Blenke CDU: Das haben wir absichtlich gemacht!)

(Minister Reinhold Gall)

um – neben den bereits erwähnten Gründen – auch die durch die künftige Pensionierungswelle stark ansteigenden Einstellungszahlen ab dem Jahr 2016, die dann bei weit über 1 000 pro Jahr liegen würden, kompensieren zu können.

Die Philosophie des Einstellungskorridors besteht also darin, die zunächst vorgenommenen Mehreinstellungen über den reinen Ersatzbedarf hinaus in den folgenden Jahren durch entsprechende Mindereinstellungen wieder vollständig auszugleichen. Die Prüfung der weiteren Umsetzung des Einstellungskorridors erfolgt dann logischerweise in Abstimmung mit dem Ministerium für Finanzen und Wirtschaft – jeweils im Zusammenhang mit den Haushaltsberatungen.

Kollege Blenke, ich darf Ihnen ganz kurz das folgende Diagramm zeigen.

(Der Redner hält ein Diagramm hoch.)

Dies nur zur Erklärung; ich darf Ihnen die Darstellung nachher gern geben. Unten sehen Sie rot dargestellt – in etwa jedenfalls, weil man es nicht auf zehn genau festlegen kann – die Schwankungen, die wir innerhalb des Korridors haben werden. Blau dargestellt sehen Sie die k.w.-Stellen, die wir benötigen, um ab dem Jahr 2019 wieder auf eine Deckung zwischen den ausgewiesenen Stellen und der tatsächlichen Besetzung zu kommen.

Das heißt, wir werden in den kommenden Jahren Schwankungen haben. Die Größenordnung der Einstellungen liegt im Jahr 2014 bei 680, aber die Zahl steigt in den Jahren 2017 und 2018 wieder auf annähernd 1 000, damit wir die Zahl der Altersabgänge kompensieren können.

Weil auch Sie mit diesem Thema intensiv beschäftigt waren, wissen Sie, glaube ich, dass sich die personalplanerischen Rahmenbedingungen, die dem ursprünglichen Korridor zugrunde lagen, verändert haben, weil sich das Themenportfolio – im Vergleich mit der damaligen Annahme –, was die Lebensarbeitszeit anbelangt, verändert hat.

Aber wir haben – um dies mit dem letzten Satz zu sagen – natürlich das Interesse, die Altersabgänge so abdecken zu können, dass keine Lücken entstehen und wir auch in den Ausbildungseinrichtungen eine angemessene Auslastung hinbekommen.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Danke!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Vielen Dank, Herr Minister.

Wir kommen zur Mündlichen Anfrage unter Ziffer 5:

Mündliche Anfrage des Abg. Werner Raab CDU – Finanzneutrale Ausstattung des Freiwilligen Polizeidienstes mit blauen Uniformen

Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg. Werner Raab CDU: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich frage die Landesregierung:

a) Stimmt die Landesregierung der Ausstattung der Mitglieder des Freiwilligen Polizeidienstes mit blauen Uniformen im Bereich des Polizeireviere Ettligen bzw. grundsätzlich

zu, wenn das Geld für die Beschaffung von einer lokalen Bank gespendet wird, beispielsweise an den Förderverein FöSSL (Förderverein Sicherer Südlicher Landkreis Karlsruhe e. V.)?

b) Welche Vorgaben sind in diesem Zusammenhang zu erfüllen?

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Vielen Dank. – Herr Minister, ich darf Sie ans Rednerpult bitten.

Innenminister Reinhold Gall: Herr Präsident,werte Kolleginnen,werte Kollegen! Ich beantworte die Mündliche Anfrage des geschätzten Kollegen Raab wie folgt – Sie gestatten, dass ich die Antworten auf die Fragen unter den Buchstaben a und b zusammenfasse, weil sich daraus eine gewisse Logik ergibt –:

Herr Kollege Raab, dem in der Anfrage zum Ausdruck kommenden Gedanken einer privaten Finanzierung der Dienstkleidung des Freiwilligen Polizeidienstes sollte – wirklich völlig unabhängig von der Trägerschaft des genannten Fördervereins, die jedenfalls mir nicht bekannt ist – nicht nähergetreten werden. Dies ergibt sich aus folgenden Überlegungen:

Polizeifreiwillige des Landes nehmen hoheitliche Aufgaben wahr und haben bei ihrer Dienstverrichtung die Stellung von Polizeivollzugsbeamten. Die Budgets für die für den hoheitlichen Einsatz erforderlichen Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände – das sind Dienstkraftfahrzeuge, aber auch Schusswaffen und Dienstkleidung, keine Frage – werden dementsprechend aus Landesmitteln zugewiesen. Das ist auch im Nachtrag 2014 sichtbar. Die Ausrüstung und Ersatzbeschaffung von Uniformen und sonstiger Ausstattung von Mitgliedern des Freiwilligen Polizeidienstes obliegt den für die Aufstellung der Polizeifreiwilligen zuständigen Dienststellen – das sind bisher die Direktionen, zukünftig die Präsidien – und erfolgt dezentral aus den Budgets der jeweiligen Haushalte.

Da der Freiwillige Polizeidienst mittelfristig aufgelöst wird – das wissen Sie –, entspricht es dem Gebot der wirtschaftlichen und sparsamen Haushaltsführung, hier die Umstellung auf blaue Uniformen – das haben wir immer erklärt – nur im Einzelfall und erst dann vorzunehmen, wenn Nachersatz zwingend erforderlich ist. Eine ursprünglich vorgesehene Einbeziehung der Polizeifreiwilligen in die Umstellung auf die neue Polizeiuniform 2010/2011 – ich sage das jetzt nicht ohne Grund, wie Sie vermuten können – wurde deshalb damals auch schon aufgegeben. Die Einsatzfähigkeit des Freiwilligen Polizeidienstes ist im gesetzlichen Rahmen – das ist, glaube ich, schon auch wichtig – unabhängig von der Farbe der Dienstuniform gewährleistet.

Ich will grundsätzlich sagen: Eine Finanzierung der für die Erfüllung polizeilicher Aufgaben erforderlichen Ausstattung und Ausrüstung durch private Träger bzw. auch durch Vereine ist ungeachtet ihrer Satzungen nicht vorgesehen und von uns deshalb abzulehnen. Sowohl die Bestimmungen über die Zulässigkeit des Sponsorings als auch die Korruptionstatbestände des Strafgesetzbuchs beinhalten das Gebot, dass schon der „böse Schein“ einer Beeinflussung des Staates zu vermeiden ist. Dabei ist zu unterstreichen, dass gerade Uniformen ein wesentliches Symbol der hoheitlichen Aufgabenwahrnehmung nach außen sind.

(Minister Reinhold Gall)

Ich will, damit ich in diesem Punkt nicht missverstanden werde, ausdrücklich sagen: Die Haltung, die ich jetzt beschrieben habe, beinhaltet keine Unterstellung unlauterer Motive seitens derer, die Sie in Ihrer Anfrage genannt haben und die Geld geben möchten. Jedoch lassen es sowohl das Neutralitätsgebot, das für die gegebenenfalls mit hoheitlichen Zwangsbefugnissen handelnde Polizei ganz besonders gilt, als auch die dem Innenministerium obliegende Verpflichtung zur Sicherstellung der polizeilichen Aufgabenerfüllung nicht zu, solche Beschaffungsmaßnahmen durch private Zuwendungen zu ermöglichen.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine Zusatzfrage, Herr Abg. Raab.

Abg. Werner Raab CDU: Herr Minister, die Länge Ihrer Ausführungen zeigt mir, dass man es eigentlich viel einfacher machen könnte.

Zum Ersten: Eine sparsame und wirtschaftliche Haushaltsführung kann nicht sparsamer sein, als wenn ein Dritter das Geld zur Verfügung stellt, mit dem diese Uniformen gekauft werden können. Insofern ist das das Tor zu einer sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltsführung.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das war jetzt keine Frage. Das war eine Kommentierung. Ich bitte um Fragen.

Abg. Werner Raab CDU: Entschuldigung. – Teilen Sie meine Auffassung?

(Heiterkeit)

Ich bitte den Stenografischen Dienst, vor meine Äußerung die Frage zu stellen: „Teilen Sie meine Auffassung?“

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Ein Fragezeichen reicht auch!)

– Das Fragezeichen am Ende, nicht davor.

(Abg. Walter Heiler SPD: Da kann man dann gleich sagen: Nein!)

Zweitens: Herr Minister, kennen Sie – Sie müssen ihn jetzt nicht kennen – den Förderverein Sicherer Südlicher Landkreis Karlsruhe? Dies ist ein gemeinnütziger Verein, der ausschließlich die Polizei in ihrer Aufgabe unterstützt und damit überhaupt gar nichts verbindet. Mitglieder dieses Vereins sind die Kommunen im südlichen Landkreis Karlsruhe. Der Verein hat in der Vergangenheit schon vieles gemacht und die Polizei unterstützt. Ist Ihnen dies bekannt?

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Minister.

Innenminister Reinhold Gall: Herr Kollege Raab, zu Ihrer letzten Frage: Ich hatte gesagt, dass ich den Verein kenne. Ich kenne aber nicht die Satzung.

(Abg. Werner Raab CDU: Die können Sie sofort haben! Ich habe sie!)

Ich konnte sie nicht kennen. Aber ungeachtet dessen, was Sie gesagt haben, und ungeachtet dessen, was dieser Verein sicherlich insgesamt Gutes

(Zuruf des Abg. Werner Raab CDU)

in den Themenbereichen Prävention und „Unterstützung der Polizei“ leistet, bleibt es bei der Aussage, dass die Zulässigkeit von Sponsoring gerade im hoheitlichen Bereich nicht unproblematisch ist. Die Korruptionstatbestände des Strafgesetzbuchs sind nicht unerheblich. Deshalb bleibe ich bei meiner Aussage, dass wir diese Unterstützung oder diese Spende – wie immer es gedacht ist – entsprechend ablehnen müssten.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine Zusatzfrage, Herr Abg. Blenke.

Abg. Thomas Blenke CDU: Vielen Dank, Herr Präsident. – Herr Minister, darf ich eine Bitte in Frageform kleiden? An uns sind Fälle herangetragen worden wie z. B. der, dass ein Angehöriger des Freiwilligen Polizeidienstes von einem in Pension gehenden hauptberuflichen Polizisten die blaue Uniform geschenkt bekam und ihm untersagt wurde, diese zu tragen, obwohl die Konfektionsgröße stimmt.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Wären Sie bereit – das ist die Frage –, vielleicht in die Truppe hineinzugeben, dass man hier zu flexiblen und mitarbeiterfreundlichen Lösungen kommen sollte?

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Herr Blenke möchte auch eine! – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Innenminister Reinhold Gall: Eine zwingende Voraussetzung sollte schon sein, dass die Uniform dann auch passt.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Das habe ich ja gesagt!)

Das ist überhaupt keine Frage. Den Fall, den Sie geschildert haben, kenne ich nicht. Jedenfalls nehme ich das einfach einmal mit. Das fällt für mich einfach unter das Treffen von praktikablen Regelungen. Da wissen Sie von mir – jedenfalls glaube ich das –, dass ich mit solchen praktikablen Lösungen kein Problem habe. Sagen Sie mir bitte nachher einmal, wo dieser Fall aufgetreten ist; denn ansonsten kann ich nicht aktiv werden.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine Zusatzfrage, Herr Abg. von Eyb.

Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU: Herr Minister, was machen Sie, wenn Sie von dritter Seite anonym einen Geldbetrag zur Verfügung gestellt bekommen mit dem Hinweis, diesen genau für diesen Zweck zu verwenden?

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Da fragen wir Herrn Döring!)

Innenminister Reinhold Gall: Dann werden wir es nicht für diesen Zweck verwenden.

(Zurufe)

Das ist doch eine hypothetische Frage. Wir regeln es dann von Fall zu Fall. Jedenfalls gilt auch dann der Grundsatz, den ich eben genannt habe.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Wenn es keine weiteren Fragen gibt, dann ist diese Mündliche Anfrage beantwortet.

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 6 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Matthias Pröfrock CDU – Außenbewirtschaftung während der Fußballweltmeisterschaft 2014

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg. Matthias Pröfrock CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich frage die Landesregierung:

- Beabsichtigt die Landesregierung, während der Dauer der Fußball-WM 2014 die Sperrzeiten – auch für die Außen-gastronomie – zu verkürzen?
- Wie kann die Entscheidungskompetenz, die Sperrzeiten während der Fußball-WM 2014 zu verändern, den Kommunen übertragen werden?

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Minister.

Innenminister Reinhold Gall: Herr Präsident, werte Kolleginnen und werte Kollegen! Ich möchte die Anfrage des Kollegen Pröfrock gern ausführlich beantworten. Ich hoffe, Sie ziehen daraus nicht die gleiche Schlussfolgerung wie eben der Kollege Raab. Aber das Thema ist von Parteivertretungen der CDU öffentlich aufgeschlagen worden, und schon deshalb gebietet es sich, dass man fachlich sauber darauf antwortet.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das müssen Sie Ihren Kollegen auch sagen, dass das ein Vor-satz ist!)

Ich beantworte die Anfrage wie folgt:

Nach der Gaststättenverordnung beginnt für Schank- und Speisewirtschaften sowie für öffentliche Vergnü-gungsstätten die Sperrzeit – um das noch einmal in Erinnerung zu rufen – um 3:00 Uhr, in Kur- und Erholungsorten um 2:00 Uhr. In der Nacht zum Samstag und zum Sonntag beginnt die Sperrzeit um 5:00 Uhr. Sie endet um 6:00 Uhr. Das ist jetzt gerade für die Fußballweltmeisterschaft nicht unerheblich.

Die Sperrzeitenregelung gilt für den gesamten Betrieb – Sie haben zwischen Außengastronomie und anderen Bereichen unterschieden – einer Schank- und Speisewirtschaft, unabhängig davon, ob dies eine Innen- oder eine Außenbewirtschaftung ist. Die Sperrzeit selbst ist für die Innen- und die Außenbewirtschaftung exakt die gleiche.

Im Zusammenhang mit der Außenbewirtschaftung stellen sich dagegen insbesondere – darauf kommt es dann wesentlich an – Fragen des Lärmschutzes. Eine Außenbewirtschaftung bei entsprechenden räumlichen Verhältnissen kann sich oftmals störend auf die in der Nachbarschaft schlafende Bevölkerung auswirken. Anders ausgedrückt: Die Frage der Zulassung einer Außenbewirtschaftung ist deshalb nicht nur eine Frage der Sperrzeit, sondern auch eine Frage des Lärmschutzes. Ich glaube, diese Frage wird in der Bevölkerung höher gewichtet und bewertet.

(Beifall des Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE)

Dabei weise ich insbesondere auf Folgendes hin: Auch bei einer verkürzten oder gar bei einer aufgehobenen Sperrzeit muss unter Lärmaspekten geprüft und entschieden werden, ob und gegebenenfalls unter welchen Voraussetzungen bzw. mit welchen Einschränkungen eine solche Außenbewirtschaftung zulässig ist.

Diese Entscheidung wird üblicherweise durch die Ordnungs-ämter im Rahmen von Sondernutzungserlaubnissen, gaststättenrechtlichen Erlaubnissen usw. getroffen, die den örtlichen Verhältnissen angepasste lärmschützende Regelungen für die Anwohner beinhalten. Dort besteht das Problem dann tatsächlich. Da es sich um immissionschutzrechtlich nicht genehmigungsbedürftige Anlagen handelt, bringt die Immissions-schutzbehörde ihren Sachverstand in die Entscheidungsfindung jeweils mit ein.

Anlässlich der EM 2012 – auf diese wird ja gelegentlich abgehoben – hat das Umweltministerium deshalb entsprechende Hinweise zur Entscheidungsfindung anhand des geltenden immissionschutzrechtlichen Regelwerks herausgegeben. Das Umweltministerium plant, dies auch für die Weltmeisterschaft 2014 in einer aktuellen Version vorzulegen.

Von der Frage des Lärmschutzes zu trennen ist die Frage der Sperrzeit. Anhand des zwischenzeitlich vorliegenden WM-Spielplans – deshalb bin ich für die Anfrage durchaus dankbar, denn mein Haus hat mir bzw. uns jetzt den Spielplan einmal richtig aufgearbeitet,

(Heiterkeit)

damit man dies in seinem Terminkalender schon vormerken kann – weise ich auf Folgendes hin:

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Dazu machen wir einmal eine Kleine Anfrage!)

Alle Fußballspiele enden vor Beginn der geltenden Sperrzeiten.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Oh!)

Beispielhaft verweise ich auf folgende Spiele: Die drei Gruppenspiele der deutschen Mannschaft enden sieben bzw. sechs Stunden vor Beginn der Sperrzeit. Es gibt also genügend Zeit zum Feiern.

Das Gruppenspiel, meine Damen und Herren, Elfenbeinküste gegen Japan

(Abg. Thomas Blenke CDU: Das wollen wir sehen!)

ist das einzige Spiel der gesamten WM, das um 3:00 Uhr mitteleuropäischer Sommerzeit beginnt. Da das Spiel in der Nacht von Samstag auf Sonntag stattfindet – deshalb habe ich dies eingangs in Erinnerung gerufen –, beginnt die Sperrzeit um 5:00 Uhr. Das heißt, auch dieses Spiel endet vor Beginn der Sperrzeit. Je nachdem, wer dann feiert, wer für Japan oder die Elfenbeinküste eine Ader hat, ist vielleicht davon betroffen.

Für uns ist nicht ganz unwichtig: Das Finale am Sonntag, 13. Juli 2014, beginnt um 21:00 Uhr. Die Sperrzeit beginnt am Montag um 3:00 Uhr – es sei denn, Sie wohnen in einem Kur- oder Erholungsort; dann beginnt sie schon um 2:00 Uhr.

(Minister Reinhold Gall)

Ich wiederhole: Alle Spiele enden – zum Teil deutlich – vor Beginn der geltenden Sperrzeiten. Daher sehe ich für eine Verkürzung oder gar Aufhebung der Sperrzeiten kein öffentliches Bedürfnis oder Interesse, jedenfalls nicht seitens der Landesregierung.

(Beifall des Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE – Abg. Thomas Blenke CDU: Sehr gut recherchiert!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine Zusatzfrage, Herr Abg. Halder.

Abg. Wilhelm Halder GRÜNE: Herr Minister, vielen Dank für die Auskunft. Da nur ein Spiel darunterfällt, sind wir wieder beruhigt.

Ich habe in diesem Zusammenhang eine andere Frage. Wir hatten heute Morgen eine sehr leidenschaftliche Diskussion über das Alkoholkonsumverbot. Kollege Pröfrock hat dieses heute Morgen auch sehr lautstark eingefordert. Auf der anderen Seite kommt es zu einer Sperrzeitenverlängerung. Ist das kontraproduktiv,

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Man kann ja auch Wasser trinken!)

oder sehe ich das falsch? Oder wäre in diesem Fall an eine Sperrzeitenverlängerung mit Alkoholkonsum gedacht?

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Können Sie verbieten!)

Gibt es also eine Auswirkung von Sperrzeitenverlängerungen auf Taten in alkoholisiertem Zustand oder auf Alkoholmissbrauch?

(Abg. Jörg Fritz GRÜNE: Beim Fußball gibt es bloß Wasser!)

Innenminister Reinhold Gall: Herr Kollege Halder, nehmen Sie es mir nicht übel, ich habe den Sinn der Frage wirklich nicht verstanden.

(Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Abg. Wilhelm Halder GRÜNE: Ich versuche es noch einmal: Gibt es einen Zusammenhang zwischen längeren Sperrzeiten und Alkoholmissbrauch? Führen sie zu irgendwelchen Ereignissen, die geeignet sind, sich störend auf die Umwelt auszuwirken?

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Innenminister Reinhold Gall: Das ist grundsätzlich eine allgemeine Frage. Es gibt Zusammenhänge – allerdings mit der Verkürzung der Sperrzeit. Dadurch, dass Alkohol länger erworben und getrunken werden kann – auch auf öffentlichen Flächen im Umfeld von gastronomischen Einrichtungen –, haben wir dort in der Tat entsprechende Entwicklungen zu beklagen. Wir stellen deutlich fest, dass die Polizei gerade in diesen Zeiten stärker gefordert ist als in zurückliegenden Jahren.

(Abg. Walter Heiler SPD: Dann kommt es darauf an, wie das Spiel ausgegangen ist! – Gegenruf des Abg. Thomas Blenke CDU: Können Sie das in eine Zu-

satzfrage kleiden, Herr Kollege Heiler? – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Herr Kollege Heiler, Mikrofon!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine weitere Zusatzfrage, Herr Abg. Schebesta.

Abg. Volker Schebesta CDU: Herr Minister, können Sie ausschließen, dass es in einem letzten Gruppenspiel, wenn die Mannschaften bis dahin punkt- und torgleich sind, zu einer Entscheidung kommt mit Verlängerung, Elfmeterschießen, möglicherweise mit vielen Elfmeter, sodass das Elfmeterschießen vielleicht doch bis annähernd 3:00 Uhr dauert,

(Heiterkeit)

dass dasselbe in einem Achtelfinale oder einem Viertelfinale – das Halbfinale ist, glaube ich, am Wochenende; das ist wieder etwas anderes – unter der Woche vorkommen kann? Und wie wird dann die Verwaltung reagieren, wenn in einer solchen Nacht möglicherweise eine kurzfristige Entscheidung notwendig ist, um besonderen Anliegen Rechnung tragen zu können, damit das Spiel in einem entsprechenden Umfeld verfolgt werden kann?

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das ist die Rote Karte wert!)

Innenminister Reinhold Gall: Da ich, wie allgemein bekannt ist, denke ich, als Fußballexperte gelte

(Abg. Walter Heiler SPD: Aber von welcher Mannschaft?)

– als Fan von Borussia Mönchengladbach muss man dies sein –,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

schließe ich einfach aus, dass dieser Fall, den Sie gerade genannt haben, eintreten könnte. Denn eine Verlängerung dauert bekanntlich zweimal 15 Minuten, mit der Pause gehen wir von 30 bis 45 Minuten aus. So viele Elfmeter kann ich mir gar nicht vorstellen, dass die restlichen sechs Stunden damit überbrückt werden könnten.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Können Sie das ausschließen?)

– Ich bin einmal mutig und schließe das aus.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Die Frage ist beantwortet. Es gibt keine weiteren Zusatzfragen. – Vielen Dank, Herr Minister, für die umfassende Beantwortung dieser Mündlichen Anfrage.

Mir liegen keine weiteren Anfragen vor. Damit ist Tagesordnungspunkt 3 erledigt.

*

Erklärung zu Protokoll

Innenminister Reinhold Gall: Zu Buchstabe b der Mündlichen Anfrage des Abg. Matthias Pröfrock:

Eine Verkürzung der Sperrzeit ist auch deshalb nicht angezeigt, weil die Gemeinden nach den geltenden gesetzlichen

(Minister Reinhold Gall)

Regelungen bereits heute die Möglichkeit haben, die Sperrzeit zu verkürzen oder aufzuheben. Bei Vorliegen eines öffentlichen Bedürfnisses oder besonderer örtlicher Verhältnisse können sie die Sperrzeit entweder allgemein durch Rechtsverordnung oder im Einzelfall durch Verwaltungsakt verkürzen oder aufheben. Die Einzelheiten sind in den §§ 11 und 12 in Verbindung mit § 1 Absatz 1, 5 und 6 der Gaststättenverordnung geregelt. Damit kann örtlichen Bedürfnissen ausreichend Rechnung getragen werden.

*

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Neuordnung der Flüchtlingsaufnahme, über die Erstattung von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und zur Änderung sonstiger Vorschriften – Drucksache 15/4352

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Integration – Drucksache 15/4453

Berichterstatteerin: Abg. Rosa Grünstein

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich Herrn Abg. Dr. Lasotta für die CDU-Fraktion das Wort.

Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst sind wir froh, dass die Frau Ministerin heute pünktlich anwesend ist. Wir waren – da noch mehrere Tagesordnungspunkte vorgezogen werden mussten – besorgt, ob das Gesetz noch rechtzeitig eingebracht werden kann.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Denn mit diesem Gesetz werden in der Tat Verbesserungen für Flüchtlinge vorgenommen, Verbesserungen, die durchaus in die richtige Richtung gehen.

Die Diskussion über die Flüchtlingsaufnahme in unserem Land hat uns im Parlament bereits öfter beschäftigt. Das betrifft Fragen mit Blick auf die europäischen Außengrenzen, aber auch die Frage, wie die Kommunen mit den gestiegenen Flüchtlingszahlen so umgehen können, dass die Flüchtlinge menschenwürdig untergebracht werden. Auch im Koalitionsvertrag hat das Thema eine große Rolle gespielt. Es wurde nämlich definiert, dass die Verfahren wesentlich beschleunigt werden sollen und auch die Arbeitsaufnahme bereits nach drei Monaten stattfinden soll.

Diese Punkte werden uns sicherlich auch im nächsten Jahr beschäftigen. Hier müssen wir Hand in Hand mit dem Bund zusammenarbeiten.

Der Gesetzentwurf sieht einige Verbesserungen vor, nämlich eine höhere Quadratmeterzahl bei der Unterbringung sowie Verbesserungen im Bereich der Integration, der Sprachförderung und der dezentralen Unterbringung. Aber der Gesetzentwurf sieht auch Regelungen vor, die wir nicht mittragen kön-

nen, beispielsweise die generelle Umstellung von Sach- auf Geldleistungen. Hier sieht das Bundesgesetz etwas anderes vor. Wir wollen, dass den Kommunen ihre Flexibilität erhalten bleibt.

Die kommunalen Landesverbände haben das Gesetz nicht wegen seiner Inhalte, wegen seiner Verbesserungen kritisiert, sondern weil dezidiert dargelegt werden konnte, dass die Geldmittel, die das Land zur Verfügung stellt, nicht ausreichen. Dies gilt insbesondere für die Verbesserung im Bereich der Unterbringung, der dezentralen Unterbringung und der Erhöhung der Quadratmeterzahl. Hierzu sagen die kommunalen Landesverbände, dass ihnen bis zu 50 Millionen € fehlten. Deswegen sagen wir: Hier ist schlecht verhandelt worden.

Ein fairer Kompromiss mit den Kommunen konnte nicht erzielt werden. Damit gefährdet die Landesregierung den gesellschaftlichen Konsens, das gemeinsame Ziel, Verbesserungen für die Flüchtlinge zu erreichen, sie menschenwürdig unterzubringen. Denn hierbei handelt es sich um eine staatliche Aufgabe, die nicht auf dem Rücken der Kommunen finanziert werden darf.

Der Ministerpräsident hat angekündigt, dass die Pauschalen weiterhin überprüft werden. Im Gesetzentwurf steht, dies solle erst 2016 stattfinden. Jetzt legen die Regierungsfractionen noch kurz vor knapp einen Antrag vor.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

In diesem wird gefordert, den wohnungsbezogenen Anteil der Pauschalen zu überprüfen. Warum lassen Sie sich nicht darauf ein, gemeinsam mit den Kommunen, mit denen ein fairer Finanzierungskompromiss gefunden werden muss, alle Anteile der Pauschalen zu überprüfen? Der Antrag von uns und der FDP/DVP geht in diese Richtung. Geben Sie von den Regierungsfractionen sich einen Ruck. Ich glaube, Sie könnten viel Ärger aus dieser Diskussion nehmen, wenn Sie sich auf diesen Weg einlassen würden.

Die Finanzierung ist völlig unseriös gestaltet. Auch hier legen die Regierungsfractionen kurz vor knapp einen Änderungsantrag vor, in dem gefordert wird, Pauschalen zu erhöhen. Dies ist aber in keiner Weise im Haushalt abgesichert. Die Begründung für die Erhöhung der Ausgaben im Haushalt – das haben wir auch in der heutigen Debatte gehört – waren die gestiegenen Flüchtlingszahlen und nicht die neuen Pauschalsätze, die Sie berechnet haben. Das widerspricht dem Grundsatz der Haushaltsklarheit und der Haushaltswahrheit. Auch deswegen ist eine faire Finanzierungsvereinbarung mit den Kommunen nicht gegeben. Vielmehr haben wir die berechnete Befürchtung, dass auf dem Rücken der Kommunen Leistungen erbracht werden.

Das Gesetz ist gut gedacht und schlecht gemacht. Sie lassen den Kommunen insbesondere in der Wohnraumgestaltung über 2016 hinaus nicht die nötige Flexibilität, wenn entsprechende Objekte vorhanden sind, sondern Sie wollen hier eine harte Linie durchdrücken.

Sie gehen nicht an die Gesundheitskosten heran. Hier klagen die Stadt- und Landkreise bei entsprechenden Einzelfällen, dass die Pauschalen nicht ausreichen. Sie sorgen nicht für die zeitnahe Anpassung aller Anteile der Pauschalen.

(Dr. Bernhard Lasotta)

Deswegen können wir Ihrem Gesetzentwurf trotz der damit verbundenen Verbesserungen nicht zustimmen. Ich möchte ausdrücklich betonen, dass wir die Verbesserungen begrüßen. Das geht in die richtige Richtung. Aber die massive Kritik zwingt uns dazu, diesen Gesetzentwurf als handwerklich schlecht und vor allem in der Erarbeitung mit den Kommunen als nicht ausreichend zu bezeichnen. Wenn es nicht um die Flüchtlinge ginge, würden wir sogar gegen diesen Gesetzentwurf stimmen. Aber da es um die Flüchtlinge und ihre menschenwürdige Unterbringung geht, werden wir uns bei der Abstimmung der Stimme enthalten.

Es ist schade, dass Sie in dieser wichtigen Frage die Chance auf einen gemeinsamen Konsens nicht genutzt haben.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Vielen Dank. – Bevor ich Herrn Abg. Lede Abal das Wort erteile, muss ich noch etwas richtigstellen. In der Fragestunde ist die Frage des Herrn Abg. Pröfrock aus Buchstabe b der Mündlichen Anfrage unter Ziffer 6 nicht beantwortet worden. Der Innenminister wird dies schriftlich nachholen. Ich bitte darum, dass man das im Protokoll vermerkt. (Siehe Erklärung zu Protokoll am Schluss von Tagesordnungspunkt 3.)

Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Lede Abal das Wort.

Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Wir verabschieden heute die Novelle des Flüchtlingsaufnahmegesetzes des Landes Baden-Württemberg.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Das werden wir noch sehen!)

Ich appelliere an die Kolleginnen und Kollegen der Fraktion der CDU, diesem Gesetzentwurf zuzustimmen. Das Gesetz ist ein Meilenstein für die Flüchtlingspolitik in Baden-Württemberg, und zwar nicht nur wegen seiner Bestimmungen, sondern auch wegen der Art und Weise, wie es zustande gekommen ist. Das Ministerium, die Stadt- und Landkreise und auch der Flüchtlingsrat haben die Eckpunkte dieses Gesetzentwurfs erarbeitet. Anschließend kam den Fraktionen die Aufgabe zu, Feinheiten einzubringen.

(Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU)

Das unterscheidet uns von der Art und Weise, wie früher hier in der Flüchtlingspolitik vorgegangen worden ist.

Sie äußern Kritik an unserem Gesetzentwurf. Das ist auch das Vorrecht einer Opposition. Dagegen ist zunächst einmal nichts zu sagen. Aber zu Ihrer Kritik möchte ich gern noch etwas sagen:

Sie haben die Kritik an Ihrer Flüchtlingspolitik immer ignoriert, ganz gleich, ob sie der Landkreistag, der Flüchtlingsrat oder die Opposition vorgebracht hat. Sogar die Kritik Ihrer Abgeordneten in diesem Haus haben Sie ignoriert. Ich darf Sie daran erinnern, dass hier im Haus ein ehemaliger CDU-Landtagsabgeordneter voller Überzeugung angekündigt hat, er wolle mit seiner Familie einen Monat lang von Essenspaketen für Asylbewerber leben.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Das würde Ihnen auch nicht schaden!)

Diesen Versuch hat er nach zwei Wochen abgebrochen, weil er gesundheitliche Schäden befürchtet hat. Wie haben Sie damals auf die Kritik reagiert? Sie haben gar nicht reagiert.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Olle Kamellen! – Abg. Peter Hauk CDU: Natürlich haben wir reagiert!)

– Aber dieses Versorgungssystem gibt es nach wie vor, Herr Lasotta. Deswegen sind das keine ollen Kamellen. – Im Übrigen bleibt den Kommunen die Entscheidung darüber, ob sie den Betroffenen Sach- oder Barleistungen zukommen lassen, vorbehalten; denn solange dieser Entscheidungsvorbehalt im Bundesgesetz steht, können wir ihn auch nicht ganz aushebeln. Aber wir haben den Kreisen die Möglichkeit gegeben, selbst zu entscheiden, wie sie vorgehen wollen.

(Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU)

Sie wollten in Ihrer Regierungszeit in der Flüchtlingspolitik nichts ändern. Sie haben auch nichts geändert. Sie wollten auch jetzt nichts ändern. Denn Sie haben in dieser Sache keine Vorschläge gemacht. Sie haben auch keine glaubhaften Vorschläge zur Erstattung der Kosten der Stadt- und Landkreise gemacht.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Das stimmt doch gar nicht! – Zurufe der Abg. Andreas Glück FDP/DVP und Karl Zimmermann CDU)

Wir erstatten bis heute die Kosten für die Flüchtlingsunterbringung. Derzeit ist die Kostenerstattung immer noch so geregelt, wie Sie es bestimmt haben. Wir legen in der Folge eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts zum Asylbewerberleistungsgesetz sogar etwas drauf.

(Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU)

Jetzt heben wir beispielsweise die Größe der Mindestwohnfläche an. Wir machen das genau nach Ihrem Modell, nur dass wir die Größe des Wohnraums nun von 4,5 m² auf 7 m² anheben. Wir schreiben an dieser Stelle eigentlich Ihr Modell fort. Wenn Sie uns kritisieren, dann kritisieren Sie sich selbst. Dann kritisieren Sie die Kostenerstattung, die Sie selbst eingeführt und in Ihrer Regierungszeit gelobt haben, meine Damen und Herren von der Opposition.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Das haben wir nicht kritisiert! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Wir haben die Botschaften gehört. In den Landkreisen wird darüber diskutiert, ob eine Erstattung der Kosten in dieser Form für alle Landkreise auskömmlich ist. Dazu gibt es aus den Landkreisen unterschiedliche Antworten. Deshalb haben wir in den Fraktionen, die aufseiten der Regierung stehen, darüber diskutiert und haben im Ausschuss beschlossen, die Pauschalen sofort einer Revision zu unterziehen.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Nur den wohnungsbezogenen Anteil!)

– den auf die Unterbringung bezogenen Anteil –, um gemeinsam mit den Kommunen eine tragfähige Lösung zu erarbeiten.

(Daniel Andreas Lede Abal)

Wir halten an dem Entschließungsantrag fest, weil wir bezüglich der Unterbringung eine zügige Einigung wollen, und wir glauben, dass wir hinsichtlich der Unterbringung zu einer zügigen Einigung kommen werden.

Wir nehmen die Kritik also auf. Wir suchen an den Stellen nach Lösungen, an denen Sie die Kritik immer ignoriert haben. Wir tun auch noch einiges mehr. Wir haben inzwischen festgestellt, dass Sie in der Vergangenheit nicht nur nichts verbessert, sondern auch gekürzt haben. Bei der letzten Revision der Pauschalen haben Sie die Mittel für die Sozialbetreuung der Flüchtlinge zusammengestrichen. Sie haben den Kreisen und den Flüchtlingen Mittel gestrichen, die wir wieder zur Verfügung stellen, damit die Sozialbetreuung und die Eingliederung von Flüchtlingen sowohl in den Städten als auch im ländlichen Raum besser gelingen können.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Sie haben die Krankenversorgung von Flüchtlingen erwähnt. An dieser Stelle möchte ich Ihnen auf den Weg geben: Setzen Sie sich in Berlin für die Öffnung der Sozialgesetzbücher für die Asylbewerberinnen und Asylbewerber ein! Dann werden wir beim Thema „Krankenversorgung für Flüchtlinge“ sehr schnell zu guten Ergebnissen kommen.

Ich fasse noch einmal die zentralen Punkte und Verbesserungen des Gesetzentwurfs zusammen. Wir erhöhen die Mindestquadratmeterzahl in den Unterkünften. Wir eröffnen die Möglichkeit, die Essenspakete abzuschaffen. Wir schaffen Klarheit und Garantien hinsichtlich des Umgangs mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen. Wir schaffen erstmalig die Möglichkeit, Sprachkurse für Flüchtlinge anzubieten. Wir schaffen eine neue Sozial- und Verfahrensberatung in der Landeserstaufnahmeeinrichtung. Wir schaffen eine Qualitätsverbesserung bei der Flüchtlingssozialarbeit.

An dieser Stelle möchte ich die Gelegenheit nutzen, allen zu danken, die am Zustandekommen des Gesetzentwurfs beteiligt waren. Vor Weihnachten möchte ich auch diejenigen danken, die sich hauptamtlich oder ehrenamtlich in der Flüchtlingshilfe des Landes engagieren.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Was ist eigentlich mit den Bezirksräten?)

Ich weiß, dass sie schon seit vielen Jahren auf dieses Gesetz warten. Ab dem 1. Januar ist es so weit.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Frau Abg. Grünstein das Wort.

Abg. Rosa Grünstein SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In wenigen Minuten werden wir die Novellierung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes beschließen. Bereits jetzt gibt es positive Pressemitteilungen dazu, z. B. von den Kirchen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Von der SPD!)

Wir haben uns viel Mühe gegeben, jeden wichtigen Aspekt mehrmals besprochen und in die erste Fassung noch einige wichtige und richtige Änderungen eingebracht. Mit der No-

velle können wir endlich auch die rote Laterne abgeben, die die Vorgängerregierung nicht einmal beachtet hat.

Ich darf mich ganz herzlich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Integrationsministeriums für diese umfassende Arbeit bedanken. Soweit es machbar war, wurden alle von uns eingebrachten Änderungen und Erwägungen integriert. Das war eine Meisterleistung. Hierfür möchte ich noch einmal ein Dankeschön sagen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Allerdings kommt bei mir fast so etwas wie Mitleid mit der Opposition auf;

(Oh-Rufe von der CDU)

denn alles, was Sie im Rahmen der Halbzeitbilanz über das Integrationsministerium gesagt haben, ist falsch. Falsch ist, dass wir keine Novellierung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes auf den Weg gebracht hätten. Falsch ist, dass wir keinen Gesetzentwurf zur Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen auf den Weg gebracht hätten.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das hat doch alles gestimmt!
– Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Das haben wir doch nicht heute gesagt! Das haben wir Anfang des Jahres gesagt!)

Falsch ist, dass das Integrationsministerium keine Daseinsberechtigung hätte. Genau das Gegenteil ist der Fall.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Endlich haben Menschen, die oftmals unter dramatischen Umständen geflohen sind, die Gewissheit, dass sie menschenwürdig bei uns aufgenommen werden.

Falsch ist auch die Behauptung der Opposition, wir würden die Kommunen im Regen stehen lassen. Im Gegenteil: So viel Unterstützung hatten sie bisher noch nie erhalten.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Weswegen kritisieren sie es dann?)

Wir haben die Mittel für die soziale Betreuung der Flüchtlinge erhöht.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Wir wollen, dass jede und jeder aufgefangen und niemand alleingelassen wird; denn nur so kann gute Integration funktionieren. Wir haben eine Dynamisierungsklausel mit einer Quote von 1,5 % und eine grundlegende Revision der Kostenpauschale im Jahr 2016 im Gesetz verankert. Bereits im kommenden Jahr soll der liegenschaftsbezogene Kostenanteil auf den Prüfstand.

Der Krieg in Syrien, politische Unruhen und Armut in der Welt haben dazu geführt, dass wir weit mehr Flüchtlinge aufnehmen müssen als prognostiziert. Statt ursprünglich 6 000 werden jetzt rund 14 000 Personen zu uns kommen. Der Strom der Menschen, die zu uns kommen werden, wird vorerst auch nicht abreißen. Darunter sind auch viele Flüchtlinge aus Syrien.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Nein! Eben nicht!)

(Rosa Grünstein)

Wir stellen fest, dass bis heute nur eine geringe Zahl sogenannter Kontingentflüchtlinge bei uns einreisen konnte. Das ist ein Skandal.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

– Herr Zimmermann, hören Sie einmal zu! Dann lernen Sie auch einmal etwas. Nicht immer nur die Bilder in der Zeitung angucken.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen
– Abg. Karl Zimmermann CDU: Nennen Sie einmal den Anteil der syrischen Flüchtlinge! Können Sie einmal den wahren Anteil beziffern?)

– Hören Sie doch einmal zu! Dann lernen Sie etwas.

Für 461 Anfragen liegen 441 Vorabzustimmungen der Ausländerbehörden vor. Bisher sind aber nur 69 Personen bei uns angekommen. Viele Prüfungen und ein erheblicher bürokratischer Aufwand erfordern Zeit. Doch die schleppende Genehmigung von Einreisen beruht offenbar auf der deutschen Botschaft in Beirut, die die Vielzahl der Anträge kaum noch bewältigen kann. Hier ist ein Flaschenhals entstanden. Das Innenministerium hat deswegen auch schon beim Auswärtigen Amt interveniert.

Dass zügig eine Lösung gefunden wird, ist umso wichtiger, als Deutschland weitere 5 000 syrische Flüchtlinge aufnehmen will. Die Regelung soll noch vor Weihnachten getroffen werden.

Ja, das ist Bundessache. Das ist aber auch unsere Angelegenheit. Wir haben auf Bundesebene eine höchst patente und fähige Frau, nämlich Aydan Özoguz, die als Staatsministerin für die Bereiche Migration, Flüchtlinge und Integration zuständig sein wird.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Wie heißt die?)

Ich kenne sie, und ich bin sicher, dass sie viel auf den Weg bringen wird. Bitte verstehen Sie mich nicht falsch. Auch Frau Böhmer habe ich sehr geschätzt.

Diese Menschen, die zu uns kommen, weil sie in ihrem Heimatland um ihr Leben fürchten müssen, haben teilweise eine sehr gute Ausbildung und müssen schnellstens bei uns integriert werden. Auch dafür wird das neue Flüchtlingsaufnahmegesetz wichtige Weichen stellen.

Es ist schon seltsam, dass die Opposition Vorschläge einbringt, die ihr in den vergangenen Jahrzehnten nicht eingefallen sind, und nun so tut, als habe sie damit das Gelbe vom Ei erfunden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Wir sind bereits einige Schritte weiter und fordern Sie auf, mit uns gemeinsam Politik zum Wohle der Menschen in diesem Land zu machen, sei es für Flüchtlinge oder für Bürgerinnen und Bürger mit Bleiberecht. Herr Dr. Lasotta hat dies soeben zugesagt. Ich danke ihm dafür.

Die Novellierung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes ist ein enormer Fortschritt. Ich fordere Sie alle auf, mit einem deutlichen Ja zu stimmen.

Die Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP sind teilweise bereits im Ausschuss abschlägig beschieden worden. Sie werden auch durch mehrere Wiederholungen nicht wirklich besser.

Ich wünsche Ihnen allen frohe und ruhige Weihnachtstage und alles Gute für das kommende Jahr. Ich bin sicher, dass dieses Gesetz für die Menschen etwas Gutes bringt.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Glück das Wort.

Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Werte Frau Kollegin Grünstein, Sie wissen, dass Sie von mir sehr geachtet werden. Eines müssen Sie sich aber schon sagen lassen. Sie haben hervorgehoben, bis zur Halbzeit sei schon einiges passiert. Die Halbzeit ist aber schon im Oktober abgelaufen. Tatsache ist: Ihr eigenständiges Integrationsministerium hatte bis dahin keine Gesetzentwürfe auf den Weg gebracht. Sie haben auch keine Gesetzentwürfe verabschieden können. Das würde mir an Ihrer Stelle zu denken geben.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Die Motivation, die hinter diesem Gesetzentwurf steht, ist völlig klar. Zunächst einmal hat das Bundesverfassungsgericht höhere Standards gefordert. Auf das vom Bundesverfassungsgericht Geforderte haben Sie aber noch manches on top draufgelegt. Dies betrifft z. B. die Deutschkurse oder die verstärkte Sozialarbeit. Wir wollen das nicht kritisieren. Das ist vielleicht sogar sinnvoll. So viel zunächst einmal zu dem Bereich der Ankündigungen.

Erschwerend kommt hinzu – das konnte niemand vorhersehen –, dass die Zahl der Flüchtlinge, wie von Ihnen gerade erwähnt, rapide angestiegen ist, und zwar von 6 000 auf 14 000. Das stellt das Land, aber vor allem – das wollen wir nicht vergessen – die Landkreise und Kommunen vor große Herausforderungen.

Es ist schon bemerkenswert, wie lange dieses eigenständige Ministerium gebraucht hat. Frau Ministerin, auch das werden Sie mir vielleicht bestätigen können. Ich hatte Ihnen bereits vor geraumer Zeit versprochen, dass ich Sie so lange nerven werde, bis dieses Gesetz da ist.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das hört auf!)

– Wir werden bestimmt noch einen neuen Grund finden.

(Zuruf: Du schon!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Unterbringung von Flüchtlingen ist zunächst einmal eine Aufgabe des Landes. Das Land verfügt zwar über eine Landeserstaufnahmestelle. Ansonsten wurde diese Aufgabe aber an die Landkreise und Kommunen delegiert. Diese erhalten hierfür eine Kostenpauschale. Das ist aber eigentlich eine Aufgabe des Landes.

Die Pauschale beträgt zurzeit 12 270 €. Nach dem vorliegenden Gesetzentwurf soll sie stufenweise auf 13 972 € im Jahr

(Andreas Glück)

2016 angehoben werden. Zunächst einmal stellt sich die Frage, wie Sie auf 2016 kommen. Auch hört sich das vielleicht adäquat an. Der Präsident des Landkreistags, Herr Walter, hat aber gesagt:

Die von Frau Öney ins Spiel gebrachte Erhöhung der pauschalen Kostenerstattung pro Flüchtling reicht bei Weitem nicht aus, um den hohen Aufwand der Landkreise für die Flüchtlinge zu decken!

Das ist nachvollziehbar; er hat recht. Denn zum einen bezieht sich die Pauschale – das mögen Sie uns vielleicht vorwerfen; Sie müssen sich diesen Vorwurf aber ebenso selbst gefallen lassen – auf die Zahlen des Jahres 2007. Es schlägt jetzt aber viel stärker durch, weil wir nun in der Tat deutlich mehr Flüchtlinge haben. Zum anderen fordern Sie mit dem neuen Flüchtlingsaufnahmegesetz nun mehr Leistungen von den Kreisen ein. Beispielsweise kommen Leistungen wie Sozialarbeit oder Deutschkurse hinzu.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das wurde erhöht!)

Deswegen ist es, Herr Lede Abal, schlicht falsch, zu behaupten, es werde lediglich das Modell der alten Landesregierung fortgeschrieben, das auf der Quadratmeterzahl basiert. Das stimmt einfach nicht. Sie erhöhen zwar die Pauschale ein wenig, aber Sie verlangen auf der anderen Seite deutlich mehr Leistungen von den Kommunen. Deswegen ist die Befürchtung von Herrn Walter nachvollziehbar.

Aus diesem Grund haben wir einen Änderungsantrag eingebracht. Es sollen nämlich unverzüglich nach Inkrafttreten des Gesetzes alle Kosten genau evaluiert werden. Warum beziehen Sie sich nur auf die Unterbringungskosten? Den Kreisen ist es völlig egal, wie die Kosten zustande kommen. Sie wollen eine adäquate Kostenerstattung haben, und das zu Recht. Deshalb müssen alle Kosten nochmals überprüft werden, und danach müssen die Pauschalen – eventuell sogar rückwirkend – entsprechend angepasst werden können. Nur so kann das Konnexitätsprinzip funktionieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn Sie nur die Unterbringungskosten sehen wollen, so ist dies eine selektive Wahrnehmung; das ist nicht ehrlich. Ich sage Ihnen an dieser Stelle: Stimmen Sie unserem Änderungsantrag zu, dann werden wir Ihren Gesetzentwurf nicht ablehnen. Aber wir wollen nicht das Risiko eingehen, dass jetzt die Kreise und Kommunen gewissermaßen in Vorleistung gehen, ohne hinterher eine adäquate Vergütung zu erhalten. So können und wollen wir das Gesetz nicht mittragen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Frau Ministerin Öney.

Ministerin für Integration Bilkay Öney: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Flüchtlingspolitik ist ein sehr sensibles Feld. Diskussionen hierüber können ziemlich schnell emotional werden, und zwar in die positive wie auch in die negative Richtung. Dies kann

natürlich auch Auswirkungen auf die öffentliche Meinung haben.

Ich will Ihnen allen heute herzlich dafür danken, dass die Debatte zu dieser Gesetzesnovelle insgesamt sehr sachlich war und blieb, auch aufseiten der Opposition. Das ist nicht immer selbstverständlich. Ich stelle fest, dass die Opposition ebenfalls Verbesserungsbedarf im Umgang mit Asylbewerbern und Flüchtlingen sieht.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Ich habe Angst vor der Großen Koalition! – Gegenruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Wir auch!)

Die zentralen Anliegen des Gesetzentwurfs sind kaum strittig. Soweit es Kritik gibt, bezieht sich diese vor allem auf Fragen der praktischen Umsetzung und auf die Ausgabenerstattung. Ich verzichte daher darauf, unseren Gesetzentwurf heute nochmals umfassend darzustellen, möchte aber in aller Kürze auf einige Schwerpunktfragen eingehen, die Sie vorhin bereits angesprochen haben. Vielleicht gelingt es uns ja, den von uns verspürten Konsens zum Flüchtlingsrecht noch etwas zu verbreitern.

Meine Damen und Herren, wir wollen mit dem Gesetz humanitäre Verbesserungen für die Flüchtlinge erreichen. Wir wollen aber auch den Bedürfnissen der Verwaltungspraxis gerecht werden. Dies gilt auch für die künftigen Flächenstandards in den Unterkünften. Ich weiß um die Anstrengungen der Landräte und der Oberbürgermeister; sie kämpfen vor Ort darum, überhaupt geeignete Unterkünfte zu bekommen. Das ist im Moment eine sehr schwierige Situation; das wissen wir.

(Abg. Günther-Martin Pauli CDU: Richtig!)

Natürlich können wir auch nichts Unmögliches von ihnen verlangen. Wir sollten aber das Ziel einer Wohnfläche von 7 m² pro Person nicht verwässern. Deshalb halte ich auch den Vorschlag der CDU für problematisch. Er hätte nämlich eine Zweiklassengesellschaft zur Folge: auf der einen Seite Bestandsunterkünfte, auf der anderen Seite neue Unterkünfte.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Als Ausnahmeregelung!)

Wenn innerhalb eines Kreises Wohnraumgrößen von 4,5 m² und von 7 m² gleichzeitig nebeneinander bestünden, wäre dies in der Praxis schwer durchzuhalten; Unruhe und Proteste bei den betroffenen Flüchtlingen wären sehr wahrscheinlich. Wir haben dies ja erst im vergangenen Sommer bei den Flüchtlingen im Main-Tauber-Kreis erlebt. Das kann nicht im Sinne der Kreise sein.

Wir tragen Ihrem Anliegen, Herr Abg. Dr. Lasotta, Rechnung. Nach unserem Entwurf kann das Integrationsministerium in kritischen Zugangssituationen zeitweilig Abweichungen von Unterbringungsstandards zulassen. Dazu zählen natürlich auch die Flächenstandards, egal, ob in neuen Unterkünften oder in Bestandsunterkünften. Von dieser Befreiungsmöglichkeit werden wir bei dringendem Bedarf natürlich auch in den Jahren ab 2016 Gebrauch machen, wenn dies nötig ist.

Ein weiterer Kritikpunkt ist die Frage der Leistungsgewährung: Geldleistungen oder Sachleistungen? Unser Gesetzentwurf lässt den Behörden Spielraum im Ermessen, ob sie Geld oder andere geldwerte Zahlungsmittel gewähren. Verwendet

(Ministerin Bilkay Öney)

jemand das Geld z. B. für Alkohol, Drogen oder anderes, kann die Behörde laut Gesetzentwurf im Einzelfall sogar zu Sachleistungen zurückkehren. Grundsätzlich wollen wir jedoch keine Essenspakete und Kleiderzuteilungen mehr, sondern wir wollen den Menschen ein Minimum an Selbstbestimmung ermöglichen. Auch das gehört zur Menschenwürde.

Den Änderungsantrag zu Artikel 1 § 19 des Gesetzentwurfs kann ich, ehrlich gesagt, nicht nachvollziehen. Wenn wir eine Verordnung auf der Grundlage des Flüchtlingsaufnahmegesetzes machen, werden selbstverständlich alle relevanten Akteure vorab beteiligt – so, wie wir auch bei der Erarbeitung der Eckpunkte bereits alle relevanten Akteure beteiligt haben. Bei unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen sind dies naturgemäß auch die Träger der Jugendhilfe. Einer ausdrücklichen Regelung bedarf es wegen dieser Selbstverständlichkeit aber nicht.

Ich möchte noch einmal das zentrale Thema der Ausgabenerstattung an die Kreise ansprechen. Dies ist, glaube ich, eines der wichtigsten Themen für alle Parteien. Wir lassen die Kreise keineswegs im Regen stehen, auch wenn ein solcher Eindruck hier teilweise vermittelt wurde und immer noch vermittelt wird. Im Gegenteil: Gerade die personenbezogene Einmalpauschale stellt sicher, dass die Kreise linear zu einem höheren Flüchtlingszugang auch mehr Geld bekommen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

In den letzten zehn Jahren ist die Pauschale um etwa 64 % gestiegen. In Zahlen heißt dies für 2014: Statt der ursprünglich eingeplanten 81,4 Millionen € für die zunächst angenommene Zahl von 6 000 Flüchtlingen mussten wir die Ausgabenerstattungen an die Kreise nun auf 187 Millionen € für die prognostizierte Zahl von 14 000 Flüchtlingen aufstocken.

Im Übrigen halte ich auch die festgelegte Höhe der Einmalpauschalen pro Person für fair. Die Berechnung enthält nicht, wie teilweise ebenfalls behauptet wurde, irgendwelche Tricks, sondern beruht auf soliden Zahlen, nämlich den Zahlen des Rechnungshofs. Wir haben diese Zahlen fortgeschrieben und an die neuen Standards angepasst; wir haben sie insgesamt deutlich angehoben. Bis 2016 wird sich die Pauschale nochmals stufenweise erhöhen; danach wird sie um jährlich 1,5 % dynamisiert. Wenn Sie die Inflationsraten im Durchschnitt der letzten Jahre betrachten, ist dies vom Ansatz her ein fairer Ausgleich.

Zusätzlich soll auf Antrag der Regierungsfraktionen die Pauschale um 250 € für die Flüchtlingssozialarbeit aufgestockt werden. Ich denke, auch das ist im Sinne der Kommunen. Sie haben ausdrücklich einen höheren Betreuungsbedarf pro Person reklamiert, vor allem wegen der künftig dezentraleren Unterbringung, aber auch aufgrund der Vorhaben, die im neuen Koalitionsvertrag vorgesehen sind.

Zur künftigen Pauschalenrevision wage ich daher schon heute eine Prognose: Die Zahlen auf der Grundlage von 2016 werden höchstwahrscheinlich zeigen, dass die Pauschalen auskömmlich waren. Falls es wider Erwarten Abweichungen geben sollte, müsste nachgesteuert werden. Das ist genauso selbstverständlich wie bereits bei früheren Pauschalenregelungen.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Glück?

Ministerin für Integration Bilkay Öney: Sehr gern.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Frau Ministerin, herzlichen Dank, dass Sie die Frage zulassen. – Wenn Sie sagen, Sie hätten das Gesetz auch bezüglich der Vergütung für die Kreise fair ausgestaltet, frage ich Sie: Warum tragen Sie unseren Änderungsantrag nicht mit, der vorsieht, dass ein Monitoring der tatsächlichen Kosten stattfindet und dann möglicherweise eine Anpassung der Erstattung erfolgt?

Wenn Sie sagen, Sie machen das so fair, warum scheuen Sie dann die Überprüfung?

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Weil sie Ministerin ist und nicht im Parlament sitzt!)

Ministerin für Integration Bilkay Öney: Herr Glück, ich darf heute leider nicht mitstimmen, weil ich keine Abgeordnete bin, sondern nur die für das Gesetz zuständige Ministerin.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Hätten Sie denn zugestimmt?)

Ich habe aber zugesagt, dass wir die Pauschalen noch einmal unter die Lupe nehmen werden. Wenn Sie das Ende meiner Rede abgewartet hätten, hätten Sie dies noch gehört. Deswegen mache ich an dieser Stelle nun weiter und komme gleich noch einmal auf diesen Punkt.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Hätten Sie denn zugestimmt, wenn Sie im Parlament wären?)

– Das kann ich jetzt nicht sagen. „Hätte, hätte, Fahrradkette.“

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen und der SPD)

Es gibt in der Tat einen Pauschalenbestandteil, der gerade von den kommunalen Landesverbänden besonders kritisch gesehen wird. Das sind die Unterkunftskosten, insbesondere also Mieten und Energiekosten.

(Unruhe)

Wir haben uns schon vor der Einbringung des Gesetzentwurfs bereit erklärt, diese Ausgaben unter die Lupe zu nehmen. Ich halte diese Eingrenzung auch durchaus für nachvollziehbar. Denn gerade die Liegenschaftskosten unterlagen in den letzten Jahren – regional unterschiedlich – einer gewissen Dynamik. Das wollen wir uns anhand von Istzahlen noch etwas genauer anschauen. Der im Ausschuss behandelte Entschließungsantrag der Regierungsfraktionen unterstützt mich in dieser Absicht.

Zusammenfassend meine ich, dass unser Gesetzentwurf mehreren zentralen Aspekten gerecht wird: humanitäre Verbesserungen, Erhalt der Integrationsfähigkeit, mehr Flexibilität für die Praxis und ein fairer finanzieller Erstattungsmechanismus. Bisher hat uns auch kein Landkreis den Nachweis darüber erbracht, dass er mehr Kosten getragen hat, als ihm erstattet

(Ministerin Bilkay Öney)

wurden. Wenn das passiert, können wir gern noch einmal mit den Betroffenen reden. Wir werden das ja in einer Arbeitsgruppe tun.

Aber ich glaube, der Gesetzentwurf ist sehr ausgewogen. Deshalb bitte ich Sie, dem Gesetzentwurf zuzustimmen, und wünsche Ihnen allen schon frohe Weihnachten.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, in der Allgemeinen Aussprache liegen keine Wortmeldungen mehr vor.

Wir kommen deshalb in der Zweiten Beratung zur Abstimmung über den Gesetzentwurf Drucksache 15/4352. Zu dem Gesetzentwurf liegen zwei Änderungsanträge der Fraktion der CDU, Drucksachen 15/4516-1 und 15/4516-2, sowie ein Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/4516-3, vor. Die Änderungsanträge werde ich an den betreffenden Stellen aufrufen und zur Abstimmung stellen.

Abstimmungsgrundlage ist jetzt die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Integration, Drucksache 15/4453. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf mit Änderungen in Artikel 1 zuzustimmen.

Ich rufe auf

Artikel 1

Gesetz über die Aufnahme von Flüchtlingen (Flüchtlingsaufnahmegesetz – FlüAG)

und dazu Abschnitt I der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Integration, Drucksache 15/4453, sowie den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/4516-1.

Kann ich die Abstimmung über Teil 1 – Allgemeiner Teil – mit den §§ 1 bis 5 zusammenfassen?

(Zurufe: Ja!)

Das ist der Fall. Ich rufe also auf

Teil 1

Allgemeiner Teil

Wer dem Teil 1 mit den §§ 1 bis 5 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Teil 1 einstimmig zugestimmt.

Wir kommen zu

Teil 2

Erstaufnahme und vorläufige Unterbringung

mit den §§ 6 bis 16. Zu § 11 liegt Ziffer 1 des Änderungsantrags der Fraktion der CDU, Drucksache 15/4516-1, vor. Wer Ziffer 1 dieses Änderungsantrags zustimmen möchte, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Ziffer 1 dieses Änderungsantrags mehrheitlich abgelehnt.

Zu § 15 liegt Abschnitt I Ziffer 1 der Beschlussempfehlung des Integrationsausschusses vor. Wer Teil 2 in der Fassung von Abschnitt I Ziffer 1 der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Teil 2 ist mehrheitlich zugestimmt worden.

Ich rufe auf

Teil 3

Anschlussunterbringung

mit den §§ 17 und 18. Wer Teil 3 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Teil 3 ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen zu

Teil 4

Weitere Verordnungsermächtigungen

mit § 19. Zu § 19 liegt Ziffer 2 des Änderungsantrags der Fraktion der CDU, Drucksache 15/4516-1, vor. Wer Ziffer 2 dieses Änderungsantrags zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Ziffer 2 des Änderungsantrags der Fraktion der CDU abgelehnt.

Wer Teil 4 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Teil 4 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Teil 5

Übergangs- und Schlussbestimmungen

mit den §§ 20 bis 23 und hierzu Abschnitt I Ziffer 2 der Beschlussempfehlung des Integrationsausschusses, Drucksache 15/4453, die § 22 betrifft.

Außerdem liegt zu § 23 die Ziffer 3 des Änderungsantrags der Fraktion der CDU, Drucksache 15/4516-1, vor.

Ich lasse zunächst über diesen Änderungsantrag abstimmen. Wer Ziffer 3 des Änderungsantrags der Fraktion der CDU, Drucksache 15/4516-1, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Ziffer 3 des Änderungsantrags der Fraktion der CDU abgelehnt.

Ich lasse nun abstimmen über Teil 5 in der Fassung von Abschnitt I Ziffer 2 der Beschlussempfehlung des Integrationsausschusses. Wer Teil 5 in der Fassung der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Teil 5 mehrheitlich zugestimmt.

Sind Sie damit einverstanden, dass ich die Abstimmung über Artikel 2 – Gesetz über die Erstattung von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz – bis Artikel 4 – Änderung der Aufenthalts- und Asyl-Zuständigkeitsverordnung – zusammenfasse? –

(Zuruf: Ja!)

Das ist der Fall.

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Artikel 2 bis Artikel 4

Wer den Artikeln 2 bis 4 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist diesen Artikeln einstimmig zugestimmt.

Wir kommen zur Abstimmung über

Artikel 5

Inkrafttreten; Außerkrafttreten

Wer Artikel 5 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Artikel 5 mehrheitlich zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 19. Dezember 2013 das folgende Gesetz beschlossen“:

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Neuordnung der Flüchtlingsaufnahme, über die Erstattung von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und zur Änderung sonstiger Vorschriften“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. –

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ja wie? – Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Vielen Dank. Damit ist dem Gesetz mehrheitlich zugestimmt worden.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir haben jetzt noch über Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Integrationsausschusses, Drucksache 15/4453, abzustimmen. Hierzu liegen der Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/4516-2, sowie der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/4516-3, vor.

(Unruhe)

– Es ist schwierig, der Abstimmung zu folgen. Aber wenn Sie sich noch unterhalten, ist es mit der Abstimmung erst recht schwierig.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir können Sie gut verstehen, Herr Präsident!)

– Ja, aber der Kollege dort sollte sich vielleicht umdrehen. Dann kann er mitstimmen.

(Heiterkeit bei den Grünen)

Ich lasse zunächst über den weiter gehenden Antrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/4516-3, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun abstimmen über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/4516-2. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wer Abschnitt II der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Abschnitt II der Beschlussempfehlung mehrheitlich zugestimmt.

Vielen Dank. Tagesordnungspunkt 4 ist erledigt.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes und des Landesverfassungsschutzgesetzes – Drucksache 15/4421

Das Wort zur Begründung erteile ich Herrn Innenminister Gall.

Innenminister Reinhold Gall: Herr Präsident, werte Kolleginnen, werte Kollegen! Mit dem Gesetzentwurf zur Änderung des Polizeigesetzes und des Landesverfassungsschutzgesetzes wollen wir die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 24. Januar 2012 zur Erhebung von Telekommunikationsbestandsdaten umsetzen. Bestandsdaten, meine Damen und Herren, sind z. B. Name und Anschrift des Inhabers eines Telefon- oder Internetanschlusses – im Prinzip vergleichbar mit der Zuordnung von Kraftfahrzeugkennzeichen. Ich will damit deutlich machen: Das hat nichts mit Verkehrsdaten und nichts mit Inhaltsdaten zu tun.

Wir haben den Ihnen jetzt vorliegenden Entwurf nicht mit der letzten Änderung des Polizeigesetzes im Jahr 2012 verbinden können, weil der Bund erst kurz vor dem Ende der vom Bundesverfassungsgericht gesetzten Übergangsfrist – das war zum 30. Juni 2013 – das vorrangig neu zu regelnde Telekommunikationsgesetz geändert hat. Nichtsdestotrotz entstand dadurch kein großer Schaden, weil die umfangreiche Diskussion zur Neuregelung der Bestandsdatenauskunft auf Bundes- und auf Landesebene jetzt dazu geführt hat, dass nunmehr ein Gesetzentwurf vorliegt, der die Datenschutzbefugnisse und den Datenschutz der Betroffenen gut – ich meine, sogar sehr gut – zum Ausgleich bringt.

Warum und wofür benötigen wir solche Bestandsdaten? Für die Polizeiarbeit brauchen wir die Telekommunikationsbestandsdaten, um beispielsweise bei Suizidankündigungen oder Amokdrohungen die Betroffenen und ihre möglichen Aufenthaltsstandorte rasch ermitteln zu können. Beim Verfassungsschutz ist die Abfrage von Bestandsdaten erforderlich, um Beteiligte von Kommunikationsvorgängen zu identifizieren und damit das Erkennungsbild beispielsweise von extremistischen Personen zu vervollständigen.

Für den gleichen Schutzzweck soll diese Erhebungsbefugnis auch die Daten nach dem Telemediengesetz umfassen. Dies betrifft die der Telekommunikation vergleichbare Nutzung von Internetdiensten wie beispielsweise Chats oder Videoportalen.

Ich will ausdrücklich sagen: Neue Befugnisse für den Verfassungsschutz oder die Polizei werden nicht begründet. Abge-

(Minister Reinhold Gall)

sehen von der zeitlichen Unterbrechung vom 1. Juli dieses Jahres bis zum Inkrafttreten des neuen Gesetzes erhalten die Polizei und der Verfassungsschutz nicht mehr, aber auch nicht weniger Befugnisse, als dies bis zum 30. Juni dieses Jahres der Fall war. Die einschlägigen Befugnisnormen werden lediglich normenklarer gefasst, so, wie es vom Bundesverfassungsgericht gefordert wurde, und noch um zusätzliche Regelungen des Datenschutzes ergänzt. Darauf hatte ich hingewiesen.

So wollen wir die polizeiliche Befugnis für die Ermittlung von Bestandsdaten beispielsweise anhand einer bekannten Internetprotokolladresse auf die Gefahrenabwehr für hochrangige Rechtsgüter, also auf die Abwehr einer Gefahr für Leib und Leben, für die Freiheit einer Person oder für den Bestand der Sicherheit eines Landes, beschränken. Dasselbe gilt auch für die Abfrage eines sogenannten Zugangssicherungscode – Stichwort PIN – eines Mobiltelefons, wenn nur damit beispielsweise das aufgefundene Handy eines Vermissten reaktiviert werden kann, um Hinweise zu dessen letzten Kontakten zu erhalten.

Im Sinne einer besseren Transparenz der Datenverarbeitung und zur Ermöglichung nachträglichen Rechtsschutzes sieht der Entwurf zusätzliche Dokumentations- und Benachrichtigungspflichten gegenüber den Betroffenen vor. Die im Gesetz vorgeschlagene Evaluierung nach spätestens fünf Jahren ermöglicht zudem, zu prüfen, wie diese Regelung verbessert bzw. weiterentwickelt werden kann.

In diesem Sinn bitte ich um Ihre Unterstützung für diesen Gesetzentwurf.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie des Abg. Thomas Blenke CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Aussprache in der Ersten Beratung hat das Präsidium eine Redezeit von knapp fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

(Heiterkeit – Zurufe: Knapp!)

Das Wort für die CDU-Fraktion erhält Herr Abg. Pauli.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Der neue innenpolitische Sprecher!)

Abg. Günther-Martin Pauli CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Innenminister Gall hat in Anbetracht der fortgeschrittenen Stunde in dieser Zeit des Jahres den Gesetzentwurf erschöpfend dargestellt. Wir werden den Gesetzentwurf selbstverständlich in den Ausschüssen wohlwollend prüfen und ihn wahrscheinlich auch mittragen.

Wir haben auch mit großem Interesse die Anregung des Landesdatenschutzbeauftragten gelesen. Meine Damen und Herren, ich denke, in diesem Landtag ist es fraktionsübergreifend Konsens, dass wir uns darüber bewusst sind, dass uns die Sicherheit und das Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land wichtig sind. Diese sind sehr wertvoll. Uns ist aber auch bewusst – das ist das Signal, das von diesem Gesetzentwurf ausgehen muss –, dass das geplante Gesetz nicht nur der Erfüllung der Vorgaben des Bundesver-

fassungsgerichts dient und diesen entspricht, sondern dass damit auch die Arbeit des Landesverfassungsschutzes gestärkt wird.

An dieser Stelle möchte ich vor allem gegenüber den Regierungsfractionen betonen, dass es fatal ist, die wertvolle Arbeit der Sicherheitsorgane – in diesem Fall der Polizei des Landes, aber auch des Landesverfassungsschutzes – durch Einsparvorschläge, unausgelegene Ideen zu torpedieren, indem – aus welchen Motiven auch immer – Aufgaben, die bei uns im Land sehr gut dezentral aufgehoben sind, einfach nach Berlin oder sonst wohin verschoben werden sollen, obwohl die dortigen Erfahrungswerte bezüglich der Sicherheitslage bei Weitem nicht so positiv sind, wie wir es aus Baden-Württemberg gewohnt sind.

(Beifall des Abg. Thomas Blenke CDU)

Meine Damen und Herren, das Sicherheitsempfinden der Menschen darf man nicht unterschätzen. Die Anforderungen an die Schlagkraft und die Stärke der Polizeiarbeit, aber auch an die Arbeit des Verfassungsschutzes in Baden-Württemberg werden nicht geringer. Sie werden auch nicht geringer, wenn wir zu dem vorliegenden Gesetzentwurf feststellen, dass entlang von neuen digitalen Möglichkeiten – die wir auch gern nutzen, die unsere Gesellschaft zukunftsfähig machen, und die eine Stärke Baden-Württembergs ausmachen – auch im Bereich von verfassungsgefährdenden Faktoren neue Potenziale geschöpft werden. Deshalb ist es auch richtig, dass sich ein Rechtsstaat entsprechend aufstellt, dass er das Handwerkszeug in der Hand hat, um verfassungswidrigen und verfassungsgefährdenden Kräften Einhalt zu gebieten.

In diesem Sinn, meine Damen und Herren, bitte ich die Regierungsfractionen, künftig etwas verantwortungsbewusster mit diesen Organen umzugehen. Unser Dank sollte all denen gelten, die tagtäglich hoch motiviert ihre Arbeit verantwortungsbewusst wahrnehmen.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Salomon das Wort.

Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, meine werten Kolleginnen und Kollegen! Herr Pauli, zum Gesetzentwurf hätten Sie auch noch ein paar Worte sagen können. Denn in der Sache, in Bezug auf die Neuaufstellung der Sicherheitsstruktur in Deutschland, kann man dem Herrn Innenminister ein Lob dafür aussprechen, dass er sich neuen Ideen öffnet und an der Sache orientiert ist. Das sollten Sie auch unterstützen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Günther-Martin Pauli CDU)

Ich möchte noch ein paar Worte konkret zum Gesetzentwurf sagen. Der Herr Innenminister hat die Bundesverfassungsgerichtsentscheidung bereits erwähnt. Das war der Ausgangspunkt. Wir haben uns ein paar Monate Zeit gelassen. Das war meines Erachtens genau richtig. Wir sind nämlich nicht in die hitzige Debatte, die auf Bundesebene geführt wurde, geraten, sondern können jetzt ein gutes Beispiel für grün-rote Bürger-

(Alexander Salomon)

rechts- und Sicherheitspolitik vorlegen, das auch die grüne Handschrift trägt. Ich bin dankbar dafür, dass wir mit diesem Gesetzentwurf eine Lösung gefunden haben, die im Vergleich zu denen anderer Bundesländer sehr weit geht, die liberal ist und die sich auch von den Grünen gut vertreten lässt.

Worum geht es genau? Es geht um die hilflosen Vermissten und die suizidgefährdeten Menschen. Im Polizeigesetz steht in § 23 a Absatz 10, dass der Landtag jährlich einen Bericht darüber erhält, welche Maßnahmen nach § 23 a Absatz 1 durchgeführt wurden. Es ist sehr lohnend, sich diesen Bericht einmal anzusehen, weil man dann sieht, wie vielen Menschen geholfen wurde und wozu dieses Mittel eingesetzt wurde. Das können wir nur unterstützen.

Ich möchte noch zwei weitere Punkte herausheben. Im Entwurf geht es um die öffentliche Sicherheit – ursprünglich war von der öffentlichen Ordnung die Rede, dies wurde aber herausgenommen –, die auch ein wichtiger Punkt ist. Denn auf Bundesebene wurde häufig der oft zitierte Dorfpolizist angeführt, der dann irgendwann bei einer kleinen Ordnungswidrigkeit Bestandsdaten abrufen könnte. Dem haben wir einen Riegel vorgeschoben. Das gibt es bei uns nicht. Ich denke, das ist auch ein ganz klarer Erfolg dieser Regierung und der sie tragenden Fraktionen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Günther-Martin Pauli CDU: Es gibt keine Dorfpolizisten!)

– So wurde er auf Bundesebene immer tituliert, Herr Pauli. Wir wissen beide, dass es ihn in dieser Form nicht gibt.

Außerdem möchte ich auf die Unterrichtungspflicht hinweisen. Aus unserer Sicht ist sie enorm wichtig, um die Möglichkeit zu eröffnen, den Vorgang durch eine Gerichtsbarkeit zu überprüfen. Ich glaube, damit wurde dem Gesetzentwurf genügend Weite und Tiefe mitgegeben. Ich denke, wir machen hier einen guten Vorstoß. Ich freue mich darauf, in der Ausschussberatung dann über weitere Details sprechen zu können.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Sakellariou.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist wahr, dass der Gesetzentwurf erschöpfend begründet worden ist. Es handelt sich um ein Gefahrenabwehrinstrumentarium, also um etwas, gegen das man gar nichts haben kann. Es kommen gar keine zusätzlichen Ermächtigungen hinzu. Lediglich wird die Rechtsgrundlage an die vom Bundesverfassungsgericht festgelegten Voraussetzungen angepasst.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Ich wundere mich deshalb schon, dass Sie, Herr Kollege Pauli, angekündigt haben, Sie würden diesen Gesetzentwurf „im Wesentlichen“ mittragen. Da muss ich mich schon sehr wundern. Ich kann erklären: Die SPD-Fraktion wird diesen Gesetzentwurf mittragen, weil die Befugnisse, die darin erteilt werden, geradezu im Interesse der Anschlussinhaber gegeben werden, um diese – beispielsweise Kinder, die einen Amok-

lauf angekündigt haben oder die angekündigt haben, Suizid zu begehen – aufzufinden. Insofern haben Sie vielleicht nur für sich gesprochen. Ich gehe davon aus, dass die restliche Fraktion den überzeugenden Begründungen folgen wird und wir am Ende dieses vernünftige Gesetz gemeinsam verabschiedet haben werden.

(Zuruf des Abg. Günther-Martin Pauli CDU)

Frohe Weihnachten!

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Professor Dr. Goll das Wort.

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, es besteht hier Einigkeit darüber, dass die Polizei- und Strafverfolgungsbehörden bei entsprechend schweren Delikten bzw. bei erheblichen Gefahren die Möglichkeit haben müssen, auf Daten der Telekommunikation und auf Telemediendaten zuzugreifen.

Diese Zugriffsmöglichkeit bestand einmal. Sie ist dann im Laufe der Diskussion über die sogenannte Vorratsdatenspeicherung, mit der dieses Thema streng genommen formal nichts zu tun hat, und über die diesbezügliche bundesverfassungsrechtliche Rechtsprechung kaputtgegangen, sodass die Behörden heute keine zuverlässige Grundlage mehr haben, um an die Daten heranzukommen. Diese Grundlage wird wiederhergestellt.

Vertiefend können wir das im Ausschuss und in der zweiten Lesung behandeln. Aber man muss, so denke ich, darauf hinweisen, dass dies eine Sache ist, die vernünftig ist. Sie wird ja auch absehbar im Interesse der Sicherheit aller von allen Seiten getragen werden.

(Abg. Günther-Martin Pauli CDU: Richtig!)

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aussprache ist damit beendet.

Ich schlage vor, den Gesetzentwurf Drucksache 15/4421 zur weiteren Beratung an den Ständigen Ausschuss und federführend an den Innenausschuss zu überweisen. – Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Tagungsordnungspunkt 5 ist beendet.

Ich rufe die **Punkte 6 bis 10** der Tagesordnung gemeinsam auf:

Punkt 6:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu dem Schreiben des Staatsgerichtshofs vom 28. November 2013, Az.: 1 VB 115/13 – Verfassungsbeschwerde gegen das Landesglücksspielgesetz – Drucksache 15/4486

Berichterstatter: Abg. Sascha Binder

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Punkt 7:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 28. September 2013 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2012 des Rechnungshofs zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg – Beitrag Nr. 12: Wirtschaftlichkeit von ÖPP-Projekten im kommunalen Bereich – Drucksachen 15/4094, 15/4414

Berichterstatter: Abg. Jörg Fritz

Punkt 8:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 28. November 2012 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2011 des Rechnungshofs zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg – Beitrag Nr. 26: Verwendung der Studiengebühren an den Pädagogischen Hochschulen des Landes – Drucksachen 15/2767, 15/4415

Berichterstatterin: Abg. Katrin Schütz

Punkt 9:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung des Rechnungshofs vom 14. November 2013 – Ergebnisbericht 2013 – Drucksachen 15/4300, 15/4418

Berichterstatter: Abg. Klaus Herrmann

Punkt 10:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu dem Antrag des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft vom 25. November 2013 – Freiburg, Bestellung eines Erbbaurechts zugunsten der Fraunhofer-Gesellschaft – Drucksachen 15/4389, 15/4420

Berichterstatter: Abg. Klaus Maier

Gemäß § 96 Absatz 5 der Geschäftsordnung stelle ich die Zustimmung entsprechend dem Abstimmungsverhalten in den Ausschüssen fest. – Es ist so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 11** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 15/4462, 15/4463, 15/4464, 15/4465

Bei der Drucksache 15/4464 gibt es eine Besonderheit. Der Berichterstatter, Herr Abg. Grimm, hat in Absprache mit der Vorsitzenden des Petitionsausschusses, Frau Abg. Böhlen, darum gebeten, die Petition mit der laufenden Nummer 7 der Drucksache 15/4464 an den Petitionsausschuss zurückzuverweisen. – Sie sind damit einverstanden.

Im Übrigen stelle ich gemäß § 96 Absatz 5 der Geschäftsordnung die Zustimmung zu den Beschlussempfehlungen des Petitionsausschusses bei den Drucksachen 15/4462 bis 15/4465 entsprechend dem Abstimmungsverhalten im Ausschuss fest. – Dies ist so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 12** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksache 15/4379

Gemäß § 96 Absatz 5 der Geschäftsordnung stelle ich die Zustimmung entsprechend dem Abstimmungsverhalten in den Ausschüssen fest. – Es ist so beschlossen.

Wir sind damit am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dies war die letzte Plenarsitzung vor Weihnachten und in diesem Jahr. Ich wünsche Ihnen frohe und erholsame Weihnachtsfeiertage und alles Gute für das Jahr 2014.

Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, 22. Januar 2014, um 9:00 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

(Beifall)

Schluss: 15:44 Uhr